

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Gebührenentlastungspreis pro Monat einschließlich Bringerlobn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenblätter Neue Welt einschließlich Bringerlobn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2.10 M., für 2 Monate 1.40 M., für 1 Monat 70 Pf. ausschließlich Bestellgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 13693.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Interate werden die gespaltene Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Soh nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Interaten für die fällige Nummer früh 6 Uhr. — Ausgegebene Interate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Str. 19/21. Telephon 2721. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Tageskalender.

Genosse Liebknecht tritt heute in Glas seine Festungsprozeß an.

In der zweiten sächsischen Kammer wurde gestern die Leipziger Einverleibungsfrage besprochen.

Der Molte-Garden-Prozeß in Berlin deckt einen politischen und gesellschaftlichen Sumpf auf.

Gegen neun polnische Geistliche in der Provinz Posen wurde ein Strafverfahren wegen Aufforderung zum Ungehorsam eingeleitet.

In Italien hat eine schwere Erdbebenkatastrophe große Verwüstungen angerichtet.

Die Vorfrucht.

Leipzig, 24. Oktober.

Ob die Herren wohl zufrieden sind mit der Rede, die auf dem "deutschen Arbeiterkongreß" in Berlin gespielt haben? Herr Bethmann-Hollweg mußte erleben, daß man ihn höhnisch aufforderte, seine Rede doch einmal vor einem Unternehmerkongreß zu halten, dieselbe Rede, von der Herr Verleysch mit Recht behauptete, hätte sie ein Minister zehn Jahre früher gehalten, er wäre sofort in den Verdacht sozialdemokratischer Gefinnung gekommen. Und heute genügt sie nicht einmal mehr den bescheidenen Christen. Ja, die Zeiten haben sich geändert. Vor zehn Jahren hätte die gesamte bürgerliche Presse geschämt vor Empörung darüber, daß der Stellvertreter des Reichstagslangen sich so weit wegwerfen und vor Arbeitern überhaupt reden kann. Heute höhnt dieselbe bürgerliche Presse über den "Betrunder" des Herrn Bethmann und über die "sozialpolitische Wasseruppe", die er den Arbeitern vorgesetzt habe.

Durch diese Tatsachen ist das Bemühen der Reichsregierung, wenigstens einen Teil der deutschen Arbeiterschaft für ihre dunklen Zwecke einzufangen, von vornherein in seiner ganzen Aussichtslosigkeit gekennzeichnet. Die Herren haben eben den Anschluß verpaßt, und der Herr Staatssekretär von Bethmann-Hollweg spielte auf dem Berliner Kongreß nur die Rolle des betrübten Reisenden, der just in dem Augenblick die Bahnhofshalle betritt, wo der lezte Wagen des Zuges langsam zum Bahnhof hinausrollt. Die "christlichen" Arbeiter sind im Marsch, sie hatten unbestritten die geistige Führung auf dem Kongreß, und ihrem Beispiel werden sich nach und nach auch die übrigen "nationalen" Arbeiterorganisationen

nen anschließen, die jetzt noch im Ruhende der politischen Unschuld umherwandeln, und ihren eigentlichen Zweck nur in patriotischem Altimbi und schalem Amusement erblicken. Zum erstenmal vielleicht haben sie in Berlin vernommen, daß sie um politische, um wirtschaftliche Rechte zu kämpfen haben, die ihnen die Regierung vorenthalten, dieselbe Regierung, deren Vertreter sie soeben erst seines höchsten Wohlwollens versicherte. Das wird, das muß sie zum Nachdenken über ihre Lage bringen. Und so wird derselbe Kongreß, dessen Zusammentritt von den herrschenden Klassen nur deshalb begünstigt wurde, um den Massen Sand in die Augen zu streuen, umgekehrt ein Instrument der politischen Aufklärung.

Zum allgemeinen vollzieht sich hier, was sich vor einem Dutzend Jahren im speziellen vollzogen hat. Damals befand es die katholische Geistlichkeit mit der Angst, als sie das Anwachsen der freien Gewerkschaften mit anahm. "Wir müssen christliche Gewerkschaften gründen," hieß es damals, "sonst verlieren wir das Vertrauen der katholischen Arbeiter." Und man gründete sie, nicht um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu verfolgen, um die man sich bis dahin überhaupt nicht gekümmert hatte, sondern um die christlichen Arbeiter von der politischen Aufklärung fernzuhalten und die Arbeiterbewegung zu spalten. Aber die Tatsachen hatten ihre eigne Logik. Je mehr die christlichen Arbeiter in die wirtschaftlichen Kämpfe hineingezogen wurden, desto rascher brügften sie, daß diese Kämpfe Klassenkämpfe sind, daß man in ihnen mit christlicher Charitas und Nächstenliebe ebensowenig auskomme, wie mit untertänigen Witten und Gesuchen. Die Unternehmer machten bald keinen Unterschied mehr zwischen christlichen und freien Gewerkschaften und so wurde auch ihnen die Waffe des Klassenkampfs, der Streik, ebenso vertraut, wie den andern. Und heute steht es so, daß die christlichen Gewerkschaften vom Zentrum mit stets größerer Sorge betrachtet werden, da sie bereits Forderungen stellen, die zu vertreten der schwächeren Reichstagsfraktion immer schwerer fällt. Faßt doch ein bürgerliches Blatt die Eindrücke des Berliner Kongresses dahin zusammen:

Es hat sich abermals gezeigt, daß die Forderungen der christlich organisierten Arbeiter bereits stark über das hinausgehen, was ihre politischen Freunde ihnen augestehen möchten. Ob es da nicht zweckmäßig wäre, unbeschadet der politischen und religiösen Stellung des einzelnen die Bewegung durch Befreiung der politisch-religiösen Organisationsstrukturen weiter und somit mächtiger zu machen, das mögen die christlichen Arbeiter, da es ihre eigene Sache ist, sich selber überlegen.

Heute steht das Zentrum auffällig in Opposition, und in dieser Stellung mag es ihm leichter fallen, Arbeiterforderungen zu vertreten, die es sonst nicht gutheißen würde. Aber selbst auf dem Berliner Kongreß fanden Delegationen auf, die den clerikalischen außerordentlich ungemein waren. So vor allem der Antrag auf Ans-

dehnung des Reichstagswahlrechts auf die Landtage, wo mit die perfide Haltung des Zentrums in der preußischen Wahlrechtsfrage grell beleuchtet wurde. Man arbeitete daher geschäftig hinter den Kulissen und sah es auch schließlich durch, daß der Antrag "aus Kompetenzrücksicht" zurückgezogen wurde. Aber der Begründung dieser Zurücknahme folgte der Vorsitzende Stegerwald die bezeichnenden Worte hinzu: "Wie die Mehrheit der hier Versammelten über die Wahlrechtsfrage denkt, darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit."

Wenn wir also der festen Zuversicht sind, daß der "deutsche" Arbeiterkongreß sich als eine Vorfrucht der Sozialdemokratie erweisen wird, so übersehen wir damit keineswegs die dieser Entwicklung widerstrebenden Momente. Die gerissene Demagogie des Zentrums, die schwachwillen Dienste als Rausreißer und Streikbrecher, die gerade den christlichen Organisationen zur Last fallen, sie sind ohne Frage dazu angestan, die politische Aufklärung der christlichen Arbeiter zu verlangsamen und ihr Verhältnis zu den freien Gewerkschaften stets von neuem zu vergiften. Aber was bedeuten diese Faktoren gegenüber der unüberstiezbaren Kraft der wirtschaftlichen Verhältnisse? Die Verteilung der gesamten Lebenshaltung durch Rolltarif und neue Steuern drängt die Arbeiter, auch die christlichen, ob sie wollen oder nicht, in stets neue Kämpfe, die das Industrieleben beständig in Unruhe halten und den Hass der Unternehmer immer neu schüren. Je mehr die Klassenkämpfe sich anspitzen, desto weniger werden die herrschenden Klassen geneigt sein, den Arbeitern neue politische Rechte einzuräumen, die ja doch nur zur weiteren Verstärkung des Klassenkampfes benutzt würden. Das hat sich ja schon auf dem Berliner Kongreß gezeigt, als Herr Bethmann-Hollweg im Tone eines "Brüder", wie die Frankfurter Zeitung, oder eines "Patriarchen", wie das Berliner Tageblatt sagt, den leeren Bettelstab schwang und um einen Pfennig Popularität für Bülow und seine Schwaben bat. Was hat er denn den "christlichen" Arbeitern an gezeigten Koncessionen gebracht? Nichts, gar nichts! Ein Reichsvereinsgesetz, das den fremden Arbeitern das Koalitionsrecht rauben soll, eine Novelle über die Frauenaarbeit und die Arbeitskammer, beide noch von Posadowsky's Seiten her. Wenn er nicht besser Dampf hinter die Sozialpolitik macht, dann wird er mit einem Haßlo endigen, das nicht bloß ihn selbst trifft, sondern die bürgerliche Gesellschaft mit." Also schreibt ein bürgerliches Blatt. Wie dieser "Dampf" zieht, den die Regierung macht, haben wir ja schon gehört: neue Marinevorlagen, neue Kolonialvorlagen, neue Militärvorlagen, neue indirekte Steuern, Branntweinmonopol.

Als Bismarck mal im Reichstage den geistvollen Verdacht ausprach, Karl Marx in London habe Mörder gegen

Aber der Junge kommt immer noch nicht. Sie ruft mehrmals seinen Namen. Aber er antwortet nicht.

Sie legt das Ohr ans Fenster und hört. Die Blätter ihres Antikes leuchten durch die Dämmerung.

Sie richtet sich wieder auf und schüttelt den Kopf.

"Laufst, laufst!" sagt sie zu den Kindern, "sag noch einmal Bescheid! Ach, du mein Gott, du mein Gott!"

Sie beugt den Kopf vor, hält die Hand schirmend vor die Augen und starrt hinein. Sie sieht nichts als Rauch.

Und dann — ist dort nicht Feuer?

Von neuem starrt sie hinein.

Ja, ihr ist, als läge sie etwas flattern.

Da stößt sie einen Schrei aus und fällt zu Boden.

Ein paar Kinder, die daneben stehen, fangen an zu weinen.

Es herrscht schon Dämmerung.

Da sieht man draußen vom Gut etwas Schwarzes über die Schneefläche eilen. Es scheint zu schweben, so gleichmäßig bewegt es sich, aber in wenigen Sekunden vergrößert der Punkt sich zu einem Mann, mit so sinnender Geschwindigkeit eilt es vorwärts.

Es ist Per Holt.

Die Kinder kehren sich um, wie Blätter bei einem Windstoß, als er an ihnen vorbei faust.

Zum Nu ist er durch die Tür. Aber dann hören sie ihn fallen.

Er stolpert über seinen großen Zungen, der auf der Türschwelle, den kleinsten Bruder fest an die Brust drückt, zusammengefunkt ist.

Per Holt trägt sie hinaus. Sie liegen leblos in Amalias Wohnung.

Wie der Blitz ist er wieder drinnen im Rauch.

Nach und nach kommen noch mehr Männer zur Stelle. Von allen Seiten werden die Fenster aufgerissen. Durch den Durchzug, der entsteht, wird es einen Augenblick

Seuilleton.

Gylholm.

Ein Landarbeiterroman von Johan Skjelborg.
Autorisierte Übersetzung von Laura Heldt.

Nachdruck verboten.

XI.

Es ist Winter. Spätnachmittag. Die Schatten der Kästenhäuser bilden einförmige, langgestreckte, schiefrechteckige auf der bläulichen Schneefläche.

In der nächsten Umgebung der Häuser herrscht tiefe Stille. Die kleinen Kinder halten sich im Innern der Häuser auf, und sie sind allein daheim.

Die großen kommen aus der Schule — ganz hinten in weiter Ferne sieht man sie wie einen Haufen schwarzer Punkte im Schnee.

Die Punkte nähern sich und werden deutlicher und größer. Sie gehen ganz still und ziehen die Beine nach; denn sie sind müde vom Waten während des langen Wegs.

Bei den Häusern angelangt, verteilen sie sich nach allen Seiten, wie ein sich verzweigender Fluss.

Als Per Holt die Tür öffnet, stürzt er beinahe die Treppe hinunter, folge Rauchwolken wölzen sich ihm entgegen.

Er biegt sich hintenüber und hält den erhobenen Arm krumm und abwehrend vor das Gesicht.

So steht er einen Augenblick unbeweglich, gleich einer Statue aus Stein.

Dann wirft er seinen Brotbeutel fort und springt hinein, kracht auf den Knien vorwärts und verschwindet im Rauch, der wie eine dicke, gewundene Säule hervorquillt.

Uunaufhörlich wälzt sich der Rauch aus der Türöffnung wie aus einem ungeheuren Schlot.

Und der Junge bleibt drinnen.

Nach einer Weile fährt ein Mann vorüber. Er sieht, wie sich eine kleine Hand durch die Fensterscheibe zwängt. Zugleich knallen die Glasscheiben, und aus den entstandenen Deffnungen dringt der Rauch. Der Mann hält die Pferde an und ruft. Daranhin erscheint Amalie, der er aufruft, daß da drüben gewiß etwas nicht in Ordnung sei, und dann sehen die mutigen Gäule, die er nicht allein lassen kann, sich wieder in Bewegung.

Amalie versucht durch die Türöffnung in Per Holts Wohnung einzudringen. Aber sie kann nicht. Sie hält die Hand vor die Brust und ringt nach Atem.

Dann blickt sie sich ratlos um; sie ist die einzige erwachsene Person, die in der ganzen Häuserreihe daheim ist.

Die Männer sind auf Arbeit und die Frauen zum Melken draußen auf dem Gut.

Sie schaut in aller Eile jemand hinüber.

Dann fährt sie ans Fenster und ruft hinein. Es dauert auch nicht lange, da zeigt sich Jens Kopf am Fenster. Amalie hilft ihm und bald haben sie einen halben Fensterflügel entfernt. Er schnappt nach Luft und öffnet den Mund, als sei er am Ersticken.

Unter beständigen Schlingbewegungen reicht er mit trockner Stimme: "Bleib hier — ich reiche sie hier heraus."

Noch einmal schnappt er einen Mundvoll frischer Luft, bevor er in den Rauch zurückweicht, um die kleinen zu finden.

Es beginnt zu dunkeln. Amalie weiß nicht, was sie anfangen soll. Sie trippelt unruhig hin und her. Kinder aus den andern Häusern sammeln sich an und lassen hinter sich die Türen offen stehen.

Es gelingt ihr, noch ein Fenster herauszuheben, ohne daß die Scheiben zerbrechen, wodurch ein Luftzug entsteht, der den Rauch in großen, wallenden Ringen hervorquellen läßt.

abgerissen haben? Zeugin: Er hat mich oft gemüthshandelt. Ich habe mich dagegen gewehrt und es ist schon möglich, daß ich ihm dabei die Schleppen abgerissen habe. Justizrat v. Gordon: Haben Sie nicht zu Ihrer Brautzeit Ihrem Gatten einen gemacht? Zeugin: Das gebe ich zu.

Leutnant b. Kriuse, der Stießsohn des Grafen Moltke, betont: Er erinnere sich, daß vor zehn Jahren, als Fürst Eulenburg sein Totschent verloren hatte, Graf Moltke diesen aufhob, an die Prust drückte und sagte: Mein lieber Phili, meine Seele. Er erinnerte sich, daß er schon als Knabe in dieser Weise gespielt habe. Die Zeugin betont noch auf Begegnung, es sei richtig, daß ihr Mann einmal gesagt habe, er würde dem Fürsten Eulenburg über alles berichten, was in der Nähe von Sr. Majestät vorgehe. Justizrat v. Gordon beantragt, eine Reihe von Zeugen zu laden, die die Behauptungen der Frau v. Elze widerlegen sollen. Der Gerichtshof beschließt aber, alle Anträge abzuschließen. Justizrat Bernstein bittet heraus, die Verhandlung zu vertagen, da er sich mit seinem Klienten über die Verteilungsrechte besprechen müsse.

Gegen 6 Uhr wird die Verhandlung auf Donnerstag 10 Uhr fortgesetzt.
(Hugo Friedländer.)

Gewerkschaftsbewegung.

Die Christlichen auf dem Fischzuge.

Klappern gehört zum Handwerk. Nach dieser Metallmethode handeln auch die Christlichen. Je öder und trauriger es in ihren Verbänden aussieht, je anstrengender treten die Männer dieser christlichen Bewegung nach außen auf, um den Saal zu erwecken, als sei wirklich etwas dahinter. Dass die christlichen Gewerkschaften an sich keine allzu große Anziehung auf die Arbeiter ausüben, ist ja hundertlich bekannt, deshalb haben die Führer alle möglichen und unmöglichen Vereinbarungen getroffen, um eine Mitgliederzahl herauszubekommen, mit der sie sich nicht altzufrei blamieren. Nächstens werden sie noch die Kriegervereine, die Regel-, Stahl- und Schlossvereine ihrer Bewegung hinzuzählen, um den "Fortschritt der christlichen Arbeiterbewegung" darzutun.

Ist schon diese rätselhafte Agitation für diese Bewegung äußerst charakteristisch, so ist es die Art ihrer Mitgliedererwerbung noch viel mehr.

Ist irgendwo ein Streit zugunsten der Arbeiter entschieden, so machen sich die christlichen Agitatoren davon, den Arbeitern der betreffenden Branche nachzuweisen zu wollen, daß an der Niederlage die verfehlte Kampfmethode schuld sei. Sie sollen nur den christlichen Führern in ihren Verbänden folgen, da erwartet sie das Heil. Zwar verwerfen auch die christlichen Gewerkschaften den Streit als Kampfmittel nicht, schon weist er ihnen von den Unternehmern oft aufgezwungen wird, in ihrem Programm heißt es aber: "Sie feiern ebensoviel von Harmoniedusselei wie von Kampfslösung entfernt," sie bilden also gewissermaßen das dritte Geschlecht im Wirtschaftsleben.

Suchen die christlichen Agitatoren nun bei ihrem Fischzügen durch unwahre Behauptungen über die freien Gewerkschaften Feinde zu machen, so stoßen sie naturgemäß mit den lebhaften zusammen und schreien dann hinterher über sozialdemokratischen Terrorismus, wobei sie von der bürgerlichen Presse wacker unterstützt werden.

Als geeigneten Ort zu einem Fischzuge hatten sich die Herren christlichen Agitatoren das graphische Gewerbe in Leipzig ausgesucht, sie mussten aber bis jetzt mit leeren Händen heimziehen. Zu einer gestern abend nach den Drei Mohren in Anger einberufenen öffentlichen Versammlung hatten die christlichen Agitatoren die Buchbinderei besonders eingeladen. Offenbar glaubten sie bei diesen einzigen Erfolg zu haben, worin sie auch nicht getäuscht wurden. Es schienen waren die Buchbinderei in Sachen, um den Herren eine deutliche Absage zu ertheilen. Lange vor Beginn war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt.

Ein Herr Müller (Buchbinder) suchte vor der Bureauwahl in einer Ansprache die Notwendigkeit der Agitation von den christlichen Gewerkschaften nachzuweisen, machte aber so unsare Aussprüche, daß er nach einigen Sätzen den Verlust dazu aufgab und auf das Gebiet des Terrorismus ging, wo er anscheinend besser zuhause ist, denn er versuchte, der öffentlichen Versammlung ein Bureau aufzudrängen, womit er freilich allett obfiel. Nach einer einständigen Geschäftsbordungsdebatte mußte die Versammlung geschlossen werden. In Leipzig macht sich die Sache nicht so leicht, wie sich die christlichen Herren denken. Wenn sie hier aufzutreten und aufzutreten wollen, müssen sie sich schon an etwas demokratische Formen und an Ordnung gewöhnen.

Über die Tarifverhandlungen zwischen Buchhändler-Märktern, den Lagerarbeiter und den Unternehmern vor dem hiesigen Gewerbegebiets Kollegie Röder in einer gutbesuchten Versammlung am Dienstag im Schloßkeller. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet, sie sollen am Sonnabend weiter gehen. Die Unternehmer zeigten recht wenig Entgegenkommen, so daß die Verhandlungen einigemale überhaupt zu scheitern drohten. Von der 10prozentigen Lohnforderung wollten die Herren absolut nichts wissen. Die Arbeitervertreter erhöhten sie dann auf 7½ Proz., aber auch darauf liegen sich die Herren Unternehmer nicht ein. Nunmehr schlugen die Arbeitervertreter vor, für die 3. Klasse (Vorsch. von 14—19 Jahren) 2½ Proz., 2. Klasse (19—22 Jahre) 5 Proz., für die älteren Kollegen 1. Klasse 7½ Proz. zu lehnen. Daraus ergingen sich die Unternehmer zu einer Sonderberatung zurück. Nach 2½ stündiger Dauer brachten sie folgenden Vorschlag mit: 3. Klasse 2½ Proz., von 25—27 Jahren 26 Pf., über 27 Jahre 27 Pf. Hierdurch war die Unmöglichkeit eines weiteren Verhandlungsverfahrens beseitigt. Der Leiter der Verhandlungen, Stadtrat Adermann, schloß nun, man möge über die übrigen Punkte eine Verhandlung suchen.

Die Forderung der 9½ stündigen Arbeitszeit mußte der 10ständigen weichen; jedoch soll Sonnabends im Sommer um 5 Uhr, im Winter um 6 Uhr geschlossen werden. Für Überstunden sollen gezahlt werden für die 3. Klasse 30 Pf., für die 2. Klasse 40 Pf., für die 1. Klasse 50 Pf., für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit für die 3. Klasse 45 Pf., für die 2. Klasse 70 Pf. und für die 1. Klasse 80 Pf.; für die Sonntags- und Feiertagsnachmittags geleistete Arbeit soll bezahlt werden für die 3. Klasse 60 Pf., für die 2. Klasse 80 Pf. und für die 1. Klasse 1 Mark.

Rür im Buchhandel bewanderte Leute, bis 25 Jahre, soll bei Ausbildungsarbeiten 4 Pf. den Tag, für ältere Leute 5 Pf. den Tag gezahlt werden. Die im Buchhandel unbewanderten Leute sollen den ordentlichen Tagelohn erhalten.

Der Punkt: Sonderabnahmen, wurde fallen gelassen. Der Sommerurlaub ist auf eine Woche festgesetzt. Gegen die Einhaltung eines parlamentarischen Arbeitsnachweises wenden sich die Unternehmer ganz entschieden. Die offenen Stellen sollen nunmehr am schwarzen Brett in der Befestigungsauschrift vermerkt werden.

Das Recht wurde uns nicht zuerkannt, die aus unseren Reihen herwiegenden Lagerarbeiter durch einen Tarif zu schützen, weil die Unternehmer an sich seine großen Tariffreunde sind, soweit es sich um die Löhne der Arbeiter handelt.

Der Tarifvertrag sollte auf fünf Jahre geschlossen werden, die Arbeitgeber sagten die Frist von vier Jahren vor und erschienen dann noch: "Wir sind bereit, den Vertrag auf länger als zwei Jahre abzuschließen, wenn die Lohnfrage mit den Unternehmern geregelt ist."

Dem Bericht Neberts folgte eine längere Debatte, woran sich 13 Abgeordnete beteiligten. Einigen davon gingen die Zugeständnisse an die Unternehmer zu weit. Die Versammlung nahm gegen drei Stimmen folgende Resolution an:

"Die den 22. Oktober im Saale des Schloßkellers zu L.-Neubühl tagende Buchhändler-Märkterverhandlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen über den Tarifvertrag.

Sie bedauert das geringe Entgegenkommen der Unternehmer in der Lohnfrage und erklärt: Obgleich der von Arbeitern gesuchte Vorschlag, beim Inkrafttreten des neuen Tarifs allen im Buchhandel beschäftigten Arbeitern eine mindestens fünfprozentige Lohnaufbesserung zu gewähren, in gar seinem Verhältnis zu den gefestigten Lebensmittelpreisen steht, diesem Vorschlag im Interesse des lieben Friedens willen zuzustimmen.

Die Versammlung erwartet, daß bei den nochmaligen Verhandlungen die Unternehmer nunmehr den reduzierten Vorschlag annehmen; weiter erklären die Versammlten daran festzuhalten, daß der neue Lohntarif auf die Lagerarbeiter mit aufgeht.

Die Versammlten können sich mit dem von Unternehmern gemachten Vorschlag, den neuen Lohntarif auf 4 Jahre abzuschließen, nur dann einverstanden erklären, wenn dem Tarifamt der Auftrag erteilt wird, nach Ablauf von zwei Jahren die beiden Punkte: Lohn und Arbeitheit zu revidieren.

Herner wird die Arbeiterversammlung beansprucht, bei den nochmaligen Verhandlungen unter allen Umständen an der bisher bestehenden Tarifwidrigkeit festzuhalten und die Vereinbarungen so zu treffen, daß auch in Zukunft als Ablaufstermin der 1. November gilt."

In Sachen der Dienstbotenkonferenz.

Von der Genossin Baader erhalten wir nachstehende Zuschrift mit der Bitte um Rücklauf.

Die Genossin Grünberg-Nürnberg hat eine von ihr unterschriebene Aufforderung an die Dienstbotenorganisationen erlassen, die von der Centralvertrauensperson eingesetzte Dienstbotenkonferenz nicht zu beschränken.

In dieser Angelegenheit ersucht die Unterzeichnete um Aufnahme folgender Erklärung:

Es ist selbstverständlich Sache des Nürnberger Dienstbotenvereins, wie er sich zu der einberufenen Frauenkonferenz stellt und ob er seine Verwaltung allein über seine Stellungnahme entscheiden läßt. Woher aber nimmt die Verwaltung dieses Vereins das Recht, sich nicht bloß als Vormund aller Dienstbotenvereine, sondern auch der proletarischen Frauenbewegung in ihrer Gesamtheit aufzuspielen und beides Verhältnismäßigregeln vorschreiben zu wollen? Mit seiner der in Frage kommenden Instanzen hat Genossin Grünberg Verständigung gesucht, weder mit den Vorsitzenden der übrigen Dienstbotenvereine, noch mit der Centralvertrauensperson, auch nicht mit den lokalen Vertrauenspersonen.

Tatsächlich bedeutet die Einberufung der Konferenz ebenso wenig eine Überschreitung des Tätigkeitsgebietes der proletarischen Frauenbewegung, wie eine Verletzung der Aufgaben und der Tätigkeit der Generalkommission. Die Dienstbotenbewegung und die Dienstbotenorganisation ist mindestens ebenso groß wie das Werk der proletarischen Frauenbewegung wie das der Gewerkschaften. Von einigen Ausnahmen abgesehen, sind es überall die Genossinnen gewesen, die in erster Linie die Dienstbotenbewegung in Fluss gebracht haben, die die nötige agitatorische und organisatorische Arbeit für sie leisten, die in den Vereinen und für die Vereine tätig sind. Dass sie sich dabei mancherorts, leider nicht überall, der katholischen Unterstützung der Gewerkschaften erfreuen, sei gern anerkannt. Die Dienstbotenvereine sind wiedende, aber noch nicht überall fertige gewerkschaftliche Organisationen. Sie zu solchen zu machen, ist das Ziel der Genossinnen. Diesem Ziele soll auch die Frauenkonferenz dienen. Gerade infolge ihrer Unfertigkeit sind die Dienstbotenvereine bis heute noch nicht einmal überall den örtlichen Gewerkschaftsräten, gleichzeitig dem der Gewerkschaftskommission angegliedert. Zweck der Konferenz soll sein, diese Angleichung überall vorzubereiten und zu fördern, ebenso auch den Zusammenschluß zu einer Centralisation, die ihren Abschluß und ihre natürliche Vertretung in der Generalkommission erhält. Wie die bisherige Entwicklung der Dienstbotenorganisation das Werk eines einträchtigen Zusammensetzens von Genossinnen und Gewerkschaften gewesen ist, so ist auch für die weitere Entwicklung ein verständnisvolles Zusammenwirken beider erforderlich. Und es ist zum mindesten recht unbedacht gehandelt, durch einenleinlichen Kompositivtitel dieses Zusammensetzens zu erschweren und zu fördern. Die Genossinnen halten es für ihre Pflicht, über die weitere Entwicklung der Dienstbotenbewegung und die Mittel, sie kräftig zu fördern, Beratungen zu pflegen.

Es liegt aber auf der Hand, daß die Genossinnen, die bisher in den jungen Dienstbotenbewegung den Hauptteil der Arbeit getragen haben, nicht ohne Mitwirkung der von ihnen gegründeten Vereine über deren weitere Entwicklung beraten wollen. Daher die Notwendigkeit, eine außerordentliche Frauenkonferenz einzuberufen, an der die Vertreterinnen der organisierten Dienstmädchen teilnehmen.

Die weitere Erklärung der Genossin Grünberg, daß das angestragte Referat nicht zu halten ist, mutet in mehr als einer Beziehung eigenartig an. zunächst konnte Genossin Grünberg, als sie das Referat aufzog, meiner Ansicht nach gar nicht im Zweifel sein, daß sie auf einer öffentlichen Frauenkonferenz und nicht bei einer Versammlung der Leiterinnen von Dienstbotenvereinen referieren sollte. Wenn sie aber darüber im Unklaren gewesen wäre, so hätte sie durch die erste Befragung zur Konferenz, in Nr. 20 der Gleichheit vom 30. September, über den Charakter der Tagung belehrt sein müssen. Nach dem Er scheinen dieser Versammlung sind 14 Tage verstrichen, ohne daß der Genossin Grünberg der Kreisel der Konferenz zum Bewußtsein gekommen wäre. Jeder Unbefangene wird zugeben, daß ihr die Erleichterung ebenso plötzlich als spät gekommen sein muß, oder aber, daß sie es unterließ, sich in der Zwischenzeit zunächst durch eine Anfrage aufzuklären, und wie es unter Genossinnen sonst üblich ist, über eine strittige Frage Verständigung zu suchen.

Berlin, den 21. Oktober 1907.

Ottolie Baader
Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.

Auch die Genossin Grünberg beglückte uns mit einer Botschaft, die also lautet:

In Sachen der Frauenkonferenz in Berlin. Die Leipziger Volkszeitung befindet sich in einem Irrethum, wenn sie behauptet, daß ich erst das Referat Dienstbotenbewegung, Agitation und Organisation auf der öffentlichen Frauenkonferenz übernommen hätte und dann später abgelehnt habe. Ich erkläre hiermit, daß ich selber erst Kenntnis von dem Referat erhielt, welches ich auf der öffentlichen Frauenkonferenz in Berlin halten sollte, als dasselbe in der Gleichheit veröffentlicht war.

Nürnberg.

Helene Grünberg.

a. Was noch zu tun übrig bleibt. Die Zahnstelle Berlin des Postbeamtenverbands, die zurzeit 700 männliche und 45 weibliche Mitglieder umfaßt, veranstaltete jüngst eine statistische Aufnahme unter ihren Berufsangehörigen über Arbeits- und sonstige Verhältnisse. Von den ausgegebenen Fragebögen gingen nur 480 aus, gefüllt zurück, darunter 70 von Unionen. Politisch organisiert waren nur 118, Leiter des Vorwurfs 200. Ein großer Arbeitsbedarf gilt es da noch zu bekämpfen, um gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zur Erfüllung ihrer politischen Pflichten zu erziehen.

Der Österreichische Gewerkschaftskongress. Amsterdamer Verhandlungstag. Als Vertreter der Gewerkschaftsunion Deutschlands ist nunmehr auch Genossen Legien auf dem Kongress erschienen. Der größte Teil der Dienstag-Sitzung wurde durch eine vertrauliche Besprechung ausgefüllt, in der Genossen Hueber ein ausführliches Referat über Organisation und Taktik hielt. Hierzu hatten die Genossen Smits über die Tätigkeit des arbeitsstaatlichen Amtes, Siegel über die Tätigkeit der Unfallversicherungskommission und Hueber über die Tätigkeit des Wasserstraßenausschusses referiert. Eine Diskussion über diese Referate findet nicht statt. Der dritte Verhandlungstag (Mittwoch) wird wahrscheinlich ganz mit der Debatte über Organisation und Taktik, und zwar in vertraulicher Sitzung, ausgefüllt werden.

Die Abstimmung der irischen Eisenbahner

zur Frage des Streiks ist bereits beendet. Es haben sich 240 Zweigvereine daran beteiligt. Hiervon stimmten 6 mit nein, 112 haben einstimmig für den Streik gestimmt und 61 mit einer großen Majorität; schließlich haben 37 dahingehend beschlossen, den Verband vorstand in allen Schritten, die er unternimmt, zu unterstützen. Nach dieser Abstimmung hat also der Hauptvorstand des Eisenbahnerverbandes die überwältigende Majorität seiner irischen Zweigvereine hinter sich. Das Resultat auch in England und Schottland dürfte ein ähnliches sein.

Infolge der Bemühungen der angesehensten Gewerkschafts- und Parteiführer beschlossen die Vertreter der sozialistischen Organisation der Lokomotivführer und Heizer, während des Streiks die Solidarität zu wahren und ebenfalls die Versetzung ihrer Organisation zu verlangen. Wird dieser Aufruhr ausgeführt, so hat der Verband gute Aussichten auf Erfolg.

Die Beamten des Bahnbureaus beschlossen, sich dem Streik nicht anzuschließen, aber auch jede Arzt, die außerhalb ihres Bereichs liegt, zu verzweigen und sich nicht als Streikbrecher herzugeben.

Der Handelsminister Lloyd George lud die Bahndirektoren auf nächsten Freitag zu einer Versprechung ein. Die Direktoren nahmen die Einladung an.

Wen Nah und Fern.

Acht Kroaten als Mörder auf der Anflagebank.

Bonn, 23. Oktober. Unter ungeheurem Andrang begannen heute vor dem Bonner Schwurgericht die Verhandlungen gegen sieben kroatische Arbeiter und eine Frau. Sie sind angeklagt, am 19. Juli nachts im Ort Durbusch den 65jährigen Restaurateur Haas, dessen 65jährige Frau sowie 65jährige Tochter ermordet und dann das Haus ausgeraubt zu haben. Die Ermordeten wurden damals schrecklich verstümmelt teils in den Wartezimmer, teils in den oberen Etagerträumen aufgefunden. Nach langen Nachsuchen gelang es der Bonner Polizei, die Mörder in dem rheinischen Orte Mayen aufzuspüren. Dort hatten sie auch den Plan zum Nord verabredet. Sie fuhren nach Durbusch, um die einzige wohnende Familie zu ermorden, und lehrten mit dem geräubten Gelde (330 M.) nach Mayen zurück. Die Verhandlungen sind, weil es sich um Kroaten handelt, sehr erschwert.

Untergang eines deutschen Schiffes.

Lissabon, 23. Oktober. Der der Hamburg-Amerika-Linie gehörige Dampfer Vorussia kam mit 44 Passagieren an Bord aus Brasilien hier an und war gestern nachmittag im Tejo unter Wasser. Die Unterdecken rissen und das Schiff geriet ins Treiben; die Passagiere sowie die Mannschaft wurden von Rettungsbooten aufgenommen. Ein Mann wird angeblich vermisst.

Lissabon, 23. Oktober. Der Dampfer Vorussia ist angekommen, daß vollständig im Tejo verunken, so daß nicht einmal die Männer mehr aus dem Wasser hervorragen. Tot sind, soweit bis jetzt bei den Rettungsarbeiten festgestellt werden konnte, nur ein zur Besatzung der Vorussia gehörende Schiffsjunge sowie der Dolmetscher der Agentur der Hamburg-Amerika-Linie.

Lissabon, 23. Oktober. Die Versuche, die Vorussia in seichtes Wasser zu bringen, waren vergeblich. Das Schiff liegt 108 Fuß tiefe im Wasser. Der entworfene Matrose heißt Kleinsfeld.

Erdbeben.

Turin, 24. Oktober. Das gestern in Cantanzaro verspürte Erdbeben hat die ganze Provinz Kalabrien heimgesucht und größeren Schäden angerichtet, als zuerst angenommen wurde. Viele Ortschaften sind vollständig zerstört. Kirchen, Türme und eine Anzahl Häuser, die beim Erdbeben von 1905 einstürzten und wieder aufgebaut wurden, liegen in Trümmern. In Sinopoli sind vier Personen durch einstürzende Häuser verschüttet worden. Die Stadt Ferrozano ist vollständig zerstört. Die Straßlinge im Gefängnis von Cantanzaro wurden von dem Erdbeben aus dem Schloß geweckt und verlangten angstvoll, daß man sie aus dem Gefängnis entlässe. Die Soldaten, die zur Beobachtung des Gefängnisses aufgegangen, waren gestochen. Die Bevölkerung verließ die Wohnungen und verbrachte die Nacht unter freiem Himmel. Die Gesamtzahl der Opfer ist noch unbekannt.

Moglio (Kalabrien), 24. Oktober. Auch in Cosenza, Baracovia, Madicena, Cianova und Palmi ist das Erdbeben verspürt worden. In Sinopoli ist eine Familie unter den Trümmern ihres Hauses gestorben. In Sant' Maria sind mehrere Häuser eingestürzt, fünf Personen getötet sowie sechs verletzt worden. In Sant' Eusebio ist ein Haus eingestürzt, wobei drei Personen verschüttet wurden, die indessen wieder gerettet werden konnten. In Brancaleno drohen verschiedene Häuser einzustürzen. Truppen sind nach den von dem Erdbeben heimgesuchten Ortschaften abgegangen.

Moglio (Kalabrien), 24. Oktober. Den letzten Nachrichten infolge des Erdbebens in den Ortschaften Monteleone und Grace, Sinopoli schwerer Schäden angerichtet worden. Das Dorf Ferruzzano ist vollständig zerstört. Die Bevölkerung schlief unter freiem Himmel.

Wetterbericht des sächs. meteorol. Instituts Dresden.

Voraussage für den 25. Oktober.

Zunehmende Bewölkung, nachher leichte Niederschläge, veränderliche Winde, etwas kühler.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen! Seid unausgesetzt thätig für die Verbung neuer

Ortsverein Leipzig-Ost.

Dienstag, den 29. Oktober
abends 1/2 Uhr

Mitglieder- Versammlung

im Saale der Drei Wohren.

Tagesordnung: 1. Die deutsche Reichspolitik. Referent: Ernst Grenz.
2. Diskussion. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Recht zahlreiche Beteiligung erwartet
26047] D. V.

Donnerstag, den 31. Oktober

Familien-Abend

in den Sälen des Thüringer Hof, L.-Volkmarssdorf u. der Grünen Schänke, L.-Anger.

Einlass 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Programm im Vorverlauf 20 Pfg., an der Kasse 30 Pfg. — Mitgliedsbücher sind an der Kasse vorzuzeigen. — Programme sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und Unterlassierern zu haben.

Die Parteigenossen von Plagwitz und Schleußig

haben sich Sonnabend, den 26. Oktober, von abends 7 Uhr, und Sonntag, den 27. Oktober, von früh 1/2 Uhr an im Restaurant Kamerun, Hermann Richter, Nonnenstraße, zur

Zeitungs-Agitation

eingefunden.

[26058]*

Der Vertrauensmann.

Ortsverein L.-Connewitz

Sonntag, den 27. Oktober

Grosses Herbst-Fest

im Etablissement Goldene Krone, L.-Connewitz.

Programm: Ein Sonntag auf der Alm. Charakterbild aus den Tiroler Alpen mit Zithervorträgen und Gesang. — I. Teil: Der Seppel und sein Reserl. Die Kunst auf der Alm (Die Holzackerbaum). II. Teil: Die Sünde auf der Alm. Die wilde Toni (Singspiel). — Der erste Teil spielt am Vormittag, der zweite am Nachmittag. [26064]

Anfang 5 Uhr.

Kinder haben keinen Zutritt! Im Laufe des Winters werden für dieselben besondere Veranstaltungen getroffen.

Das Rauchen ist vor und während der Darstellungen zu unterlassen!

Programme im Vorverkauf 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein

für den 12. Reichstagswahlkreis.

Bezirk Süden.

Die Bezirks-Versammlung findet nicht Freitag, sondern Dienstag, den 29. Oktober, im Volkshaus, Großer Saal, statt. [26060]

Der Vertrauensmann.

Glaser.

Sonnabend, den 26. Oktober, abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus (Gartensaal).

Tagesordnung:

1. Entgegennahme der Verbandsabrechnung. 2. Die Antwort der Innung betr. Änderung der Arbeitsnachschwellebestimmungen. 3. Diskussion über die Anträge zur Konferenz in Görlitz. 4. Wirtschaftliches. [26060]

Unser Stiftungsfest wird am 16. November im Volkshaus abgehalten und sind Programme in der Verhandlung zu entnehmen.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Wagenbauer

Filiale Leipzig.

Sonnabend, den 26. Oktober, abends 1/2 Uhr

Quartals-Versammlung

im Volkshaus.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom III. Quartal. 2. Innere Haushalteangelegenheiten. 3. Verschiedenes. [26061]

Wagenbauer-

Filiale



L.-Plagwitz.

Sonnabend, den 26. Oktober, abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Restaurant Kamerun, Nonnenstr. 52. Zahlreiches Erscheinen wünscht [26069]. Die Ortsverwaltung.

Wagenbauer-

Filiale



L.-Lindenau.

Sonnabend, den 26. Oktober, abends 1/2 Uhr

Mitgliederversammlung

im Zahllokal Stadt Lützen. [26068]

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Verschiedenes. 3. Wintersvergnügen. — Zahlreicher Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Schützenhaus

L.-Sellerhausen.

Nur noch 3 Tage! Täglich

O. Junghähnels

humoristische Sänger mit eigenem Original-Repertoire!

Täglich neues Programm.

Neueste Schlager! U. a.: Vater fährt

Automobil. — Revolte in der Küche.

Ansang Wochentags 8 1/2 Uhr.

Entree 40 Pfg. Vorzugskarte 30 Pfg.

Reservierte Plätze.

Richard Hertel.



Grüne Schänke

L.-Anger. Telephon 3945.

Morgen Freitag, abends 8 Uhr

Grosser Solisten-Abend

Bertrams Konkordia-Orchester.

Nächsten Sonntag: Feiner Ball. [26106]

Es lädt ergebnist ein

Karl Jakob.

Gasthof Neustadt

Goldner Saal.

Morgen Freitag, abends 8 Uhr [26103]

69. Willy Wolf-Spezial-Konzert

unter persönlich Leitung des Herrn Willy Wolf.

„Zauberharfe“, „Lohengrin“, „Die Perle von Iberien“, „Wiener Spaziergänge“.

Hierauf: Wiener Ball.

Feinster Freitag-Ball Leipzigs.

Reichsecke

Reichsstr. 45/47

Gesellschaftshaus Goldner Adler

Lindenau, Angerstrasse 49.

Freitag, den 25. Oktober: Schlachtfest.

Donnerstag, den 31. Oktober

Grosses humor. Konzert d. Paul u. Meissel-Sänger

und grosses Prämien-Auskegeln.

26061] Hochachtungsvoll Franz Sperling.



Reisewitzer Bockbier

bringen wir jetzt in Gebinden und Flaschen zum Verkauf und erbitten uns darauf werte Bestellungen.

Aktien-Bierbrauerei zu Reisewitz-Dresden-Löbau.

Haupt-Niederlage Leipzig-Neustadt, Tauchaer Strasse 50.

Gorkis Werke. 2. Reg. Obe. Statt 10 Mf. 6.— Mit. Volkbuchhdg. Leipzig u. Filialen.

Für die herzliche Anteilnahme beim Einscheiden unseres lieben Sohnes [26068]

Kurt Meissner sagen wir allen herzlichsten Dank. Paunsdorf, den 24. Oktober.

Die trauernde Familie Hermann Meissner nebst Frau.

Für die zahlreichen Beweise tüniger Teilnahme bei dem Begräbnis unserer Tochter Marie Amalie

sagen wir allen geehrten Kollegen, Verwandten und Bekannten herzlichen Dank.

Connewitz, den 28. Oktober 1907.

Hermann Weissenborn u. Frau nebst Kindern u. Enkeln.

Westendhallen.

Morgen Freitag, den 25. Oktober

Krystallpalast-Sänger

und BALL.

Aufgang 8 Uhr. [26104]

Ergebnist fabelt ein

Emil Fröhlich.

Ende ? ? ?

Emil Fröhlich.

1. Beilage zu Nr. 248 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 24. Oktober 1907.

Politische Uebersicht.

Summi

Sie wälzen wieder einmal Vergeslaaten Agitationssmaterial für uns herbei, die Herrschaften, die die sittliche Weltordnung gegen den Kultursturz verteidigen müssen. Die Miasmen einer durch und durch verfaulten Gesellschaft schwirren zu Stöcken in dem Zimmer des Berliner Schöffengerichts herum, in dem der Prozeß Harden-Moltke seine unanständigen Bilder entrollt. Man wird es an maßgebenden Stellen dem jungen Amtsräte schwerlich Dank wissen, daß er nicht hinter verschlossenen Türen den Deckel von diesem Hegenkessel abheben und die unpolitischen Dünste unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausstreuen ließ, denn was da am ersten Tage schon herausstammt, das stinkt nicht nur grauenerregend, sondern auch staatsgefährdend. Es war, als fegte man den Mist aus sechshundertfach Geubten.

In den Korridoren und Beugenzimmern drängen sich neben einigen simplen Garde-du-Corps-Unteroffizieren, mit denen man Gott weiß was angestellt hat, die Prinzen, Grafen und Barone, eine Auslese dessen, was man so die höchsten Spiken der Gesellschaft nennt und was im eminentesten Sinne, des Sozialen herrschende Klasse ist. Und drinnen wird die schmutzigste Wäsche der Welt gewaschen. Durch Zeugenaussagen wird erhardtet, daß wie weiland Friedrich Wilhelm IV. auch Wilhelm II. von einem Schwarm von Einflüsterern eingesponnen war, denen er sein Vertrauen schenkte, und die sich dafür rühmten: Wir haben um Seine Majestät einen Kreis geschlossen, den niemand durchbrechen kann! Wie jene Kamarilla sind auch die Elemente dieses Nebels Geisterscher und Spiritisten, Frömmel und düstere Mystiker, treiben mit dem Gottesgnadentum einen fast religiösen Zuhör und reden vom Kaiser, wenn sie unter sich sind, als von „meinem Liebchen“. Es wird, sieht man diese Leute hinter den Kulissen ihre gemeingefährliche, ihre wahrhaft hochverräterische Rolle fragieren, vieles ersichtlich in den Bildadsprünzen unserer hohen Politik.

Aber nicht genug mit der politischen Seite der Sache! Die gesellschaftliche ist womöglich noch schlimmer. Die schmutzigste Schloßimmerwäsche wird vor dem Berliner Schöffengericht geübt, Träger erlauchter Namen in die Verhandlung gezogen, Grafen, Generale und Vorsitzende, die sich in schroffster Form gegen den § 175 des Strafgesetzbuches vergangen haben. Ein Generalleutnant wird uns vorgeführt, eine Blüte des preußischen Adels, dem Kreise der Personen angehörend, die Wilhelm II. zu dienen pflegt, und von diesem durch und durch Erklassigen wird festgestellt, daß er seine Gattin abwechselnd mit feumelnden Sprüchen und feigen Misshandlungen traktiert hat. Seine Ehe nennt er „eine Schweierei“, leuchtet nach der Rücksicht von einer Seite: Nun komme ich hier in eine Polizeianstalt und herrscht mein Gewebe an: Eine Frau ist nichts andres als ein Kloster und du bist auch nichts anders! Ein wunderbar feiner Ton fürwahr, für Leute, die die Ritterlichkeit gegen die Frau als höchste Tugend preisen, ein Ton, wie man ihn außer auf den Höhen der Gesellschaft nur noch in den Kaschinen der Juvalisten ant trifft, und der uns ohnmächtig läßt, daß der Ausspruch von Karl Marx: die Finanzaristokratie ist nichts als die Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf den Höhen der bürgerlichen Gesellschaft! seine Geltung nunmehr auf die Spiken der herrschenden Klasse überhaupt ausgedehnt hat.

Und das sind dieselben Kreise, die mit verzücktem Augenaufschlag bald faulen, bald donnern, daß die Sozialdemokratie die bürgerliche, die christliche, die heilige Ehe zerstört! Dieselben Kreise, die in ihren Genüssen und selbst in ihrer Ausdrucksweise dem Lumpenproletariat nachjagen, sind es, die es gern führen, wenn der Kaiser bis an die Knöchel in das Blut des arbeitenden Proletariats hineinwollen würde, sind die fanatischsten Minister des Staatsreichs und des Umsturzes von oben. Das gibt der Standsaft ihre ganz besondere Bedeutung neben jener andern, daß sie einen Gradmesser für die historische Entwicklung darstellt. Jämmer, wenn eine Gesellschaft reif war zum Zusammenbruch, stiegen die Blasen zahlreicher als zuvor aus dem Sumpf und entwölften immer teuflischere Pestgerüche. Das zeigte sich in der französischen Gesellschaft vor 1789 wie vor der Julirevolution, vor 1848 und unter dem bas-empire, dem zweiten Kaiserreich. Das wiederholte sich in nicht minder krasser Form mit der Sippe, die Preußen regierte, vor Zena und Auerstädt und vor der Märzrevolution.

Wer voll freilich ist die agitatorische Wirkung dieses Prozesses. Vor vierzehn Tagen der Prozeß Liebknecht, in dem angesichts des Buchhauses ein Mann seinen Richtern führt und hört seine politische Überzeugung offenbart: der Prozeß der beherrschten Klasse, und heute als Gegenstück dieser Prozeß der herrschenden Klasse! Wer voller ist ist die historische Erkenntnis, daß die Zeit bald erfüllt ist, da die Schlammstut, in der sich die herrschende Sippe wälzt, zur Sintflut wird, die diese Sippe verschlucht!

Deutsches Reich.

Aus der Lataienstube.

Die freimaurige Zeitung enthüllt heute alle Batterien und lädt die Geschüsse gegen den Vorwärts wie gegen das Berliner Tageblatt und nicht zuletzt gegen Dr. Barth spielen. Aber die Geschüsse donnern nur, sie treffen nicht. Die Absicht, den Vorwärts Dr. Barth auf Einbringung eines Notgefechtes zum preußischen Wahlrecht auf der Frankfurter Einigungskommission zu erwerben, ehe er den Mund aufgetan hat, wird durchaus nicht abgeleugnet. Im Gegenteil! Aber man lehnt Barths Vorwurf, zunächst einmal das geheime Wahlrecht zu erstreben, mit dem loslösen auf ab: Ach nein! Ach nein! Ach nein! — Die Freimaurerforderung muß größer sein! Gelänge es, die Barth gewünschte Reform durchzuführen, so würde unzweifelhaft der Weg zu weiteren und nicht minder wichtigen Änderungen des preußischen Wahlrechts auf Jahre hinaus verlegt

werden. Dabei hat bisher der Freimaurer, der ja auch nur Stückarbeit machen will, diese Besichtigung immer von der Hand gewiesen, wenn sie von Vertretern des: Alles oder nichts! ausgeschlossen wurde. Da hieß es stets, wenn man eine Etappe auf dem Wege zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht erreicht habe, werde man selbstverständlich rüstig weitermarschieren. Jetzt aber gefährdet die Errichtung des geheimen Wahlrechts plötzlich die heldenhafte Pläne des Freimaurers! Das wäre gut und schön, wenn nicht aus dem demokratischen Schluss des Artikels die Absicht herausleuchtete, Dr. Barth aus der Partei herauszuwerfen. Man will eben Ruhe in der freimaurigen Lataienstube haben und kann die unbehaglichen Männer nicht brauchen.

Dazu stimmt wunderbar ein anderer Fall, den die Berliner Volkszeitung mitteilt. Danach hat sich ein aus der freimaurigen Organisation in Königsberg ausgetretener Herr Dr. Krieger in einem Artikel des Berliner Almanach für die Übertragung des Rechtsabstimmungswahlrechts auf Preußen ins Zeng gelegt. Die fraktionstreue freimaurige Presse ist darob dem Tollkuhn in die Waden gefahren, hat befunden, daß „Herr Krieger nicht mehr Mitglied der freimaurigen Volkspartei“ sei, und hinzugefügt:

„Dass Herr Dr. Krieger mit der freimaurigen Volkspartei nicht mehr vereinstimmt, hat er ja durch seinen Austritt aus der Partei öffentlich dokumentiert.“

Wer das Reichstagwahlrecht für den preußischen Landtag fordert, stimmt also nicht mehr mit der freimaurigen Volkspartei überein. Das ist ein interessantes Eingeständnis.

Kraach bei den Mittelständlern.

Bei den Mittelständlern herrscht wieder einmal allgemeines Zähnwabohu, und man sagt sich gegenseitig allerlei liebliche Wahrheiten. Jetzt wird sogar die Errichtung einer selbständigen schlesischen Mittelstandsgemeinde geplant, nachdem die Schweidnitzer Ortsgruppe der deutschen Mittelstandsvereinigung von der Straßburger Generalversammlung ausgeschlossen wurde. Die Schweidnitzer richteten ein Beschwerdeschreiben an die Generalversammlung, das aber nicht zur Verlesung und Erledigung kam, in dem über Preisträbereien der Centralstelle geplagt wird, die sich auf die Landtagskandidatur im Kreise Schweidnitz-Striegau beziehen. Es heißt in dem Schreiben:

Das amtliche Nachrichtenblatt der deutschen Mittelstandsvereinigung hat ohne hinreichende Unterlagen eine unsere Beweisung betreffende gegnerische Behauptung zu Unrecht als in jedem Wort unwohl gebraumt; ihre vollständige Unkenntnis von Tatsachen aus dem eigenen Lager dargetan; die einfache Handlung zur Ermittlung der Wahrheit unterlassen; sich selbst den Freunden und Feinden gegenüber bloß gestellt; den Wahlkreisverband Schweidnitz-Striegau zu diskreditieren und in seinen programmatischen Bestrebungen zu hemmen gesucht, und alles dies in einer Weise, die geeignet ist, Treue und Glauben zu erschüttern.

Zu der Forderung der Centralstelle, man möge den konservativen Kandidaten unterstützen, wird weiter von den Schweidnitzern beront:

Wie sind der Gefahr ausgesetzt, nicht mit dem bisherigen Recht, sondern mit Recht als „verkappte Konservative“, „verkappte Bauernbündler“ und dergl. angesprochen werden. Bei aller Sympathie für die Konservativen und die Landwirte müssen wir doch auch dem konseriativen Wahlverein und dem Bund der Landwirte gegenüber völlig frei dastehen und dies dadurch beweisen, daß wir uns in unseren Wahlkreisen als gleichberechtigter politischer Faktor gebärden und im Sinne der Kandidatur von wirtschaftlichen Mittelständlern handeln.

Wieder ein klassischer Beweis dafür, wie unparteiisch und unpolitisch die deutsche Mittelstandsvereinigung ist! Wie schrieb doch Ende August der süddänische Antisemit Wengg über diese beiden Mittelständler: „Die Mittelstandsvereinigung habe die Mittelstandsache in geradezu unheilbares Weise geschädigt; die Unwissenheit und Naivität vieler Gewerbetreibenden auf wirtschaftlichem Gebiete verleiht sie, oft genug erbärmlichen Scharlatans, Schwindlern und Dummköpfen nachzulaufen.“

Christliche Gewerkschafter wegen Mordversuchs vor dem Schwurgericht.

Im frommen Wallfahrtsort Kewelaeer war im Frühling dieses Jahres ein Bauarbeiterstreik ausgebrochen. Beteiligt waren an dem Streik nur christliche Gewerkschafter, weil die Freien in dem genannten Ort sozusagen keine Rolle spielen. Den frommen Unternehmern fiel es gar nicht ein, die wenigen Forderungen ihrer politischen Gewinnungsgenossen zu bewilligen. Nicht allein die Börde, sondern auch die übergroße Mehrheit der Bürgerschaft sympathisierte mit den Unternehmern und der Kampf nahm, als diese sich Streitbrecher aus Holland holten, sehr schräge Formen an. In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni wurden an dem Neubau des Pilgerheims, an dem eine ganze Anzahl Arbeitswilliger beschäftigt waren, die Streikende des Getriebs der Kirchenkliniken. Am nächsten Vormittag bemerkte man — ein Arbeiter war schon hinaufgestiegen — an dem Schaustein des Gerüsts, daß die Sache nicht stimmt. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß geplant war, die Streitbrecher in die Tiefe stürzen zu lassen, nur durch Aufstieg wurde das verhindert. Man vermutete sofort unter den Streikenden die Täter und schon am 3. Juni wurden zwei derselben, die Brüder Deller, verhaftet. Sie gestanden die Tat ein und behaupteten, zu derfeilen von dem christlichen Gewerkschaftsbeamten Schwarz aus Kreisel, ihrem Streitführer, angestiftet worden zu sein. Daraufhin wurde Schwarz auch verhaftet, aber nachdem er 9 Wochen in Untersuchungshaft gebracht, wieder entlassen, während man die beiden in Haft behielt.

Dieser Lage hatten sich nun die Brüder Deller und Schwarz wegen Mordversuchs und Bestrafung vor dem Schwurgericht zu verantworten. Die Angeklagten blieben auch in der Verhandlung dabei, sie waren von Schwarz zu der Tat angestiftet worden. Dieser habe ihnen gegenüber erklärt, es müsse ein Trick geschehen, um die Bewegung in Fluss zu bringen. Auf die Bemerkung der Dellers, dieses sei aber nicht christlich, habe er geantwortet: die Firma (Unternehmer) handeln auch nicht christlich, er säme für alles auf, der Verband zahle alles. Einer der Angeklagten behauptete sogar von Schwarz eine Mark erhalten zu haben, nur sich Mut anzutun.

Schwarz bestritt ganz entschieden, sich berarbig geäußert zu haben. Vom Staatsanwalt wurde ein Schreiben, das Schwarz an die Gewerkschaftsgenossenschaft in Düsseldorf gerichtet, als Beweismittel ins Feld geführt. Schwarz hatte nämlich in dem Brief aufgefordert, die Gewerkschaftsgenossenschaft solle das Gericht des Bürgermeisters untersuchen lassen, denn daselbe sei eine Menschenfalle, die Polizei in Kewelaeer kümmere sich aber nicht darum. Dieser Brief war vom 1. Juni datiert, aber am 31. Mai schon in die Hände der Adressatin gelangt. Der Staatsanwalt gab der Meinung Ausdruck, daß, wenn der Streik erfolgt im Sinne der Täter gehabt, vor seiten der Streikenden erklärt worden wäre, sie hätten früh genug auf die schlechte Beschaffenheit des Gerichts hin-

gewiesen. Schwarz antwortete, die Datierung beruhe auf einem Irrtum. Von Seiten des Verleidigers wurde die Christlichen, im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, die nur den Unruhen wollten, als brave Kinder bezeichnet.

Die Geschworenen verneinten die Fragen, die auf Mordversuch und Anstiftung lauteten, und nahmen nur vorsäßliche Sachbeschädigung an. Die Dellers hatten während der Verhandlung erklärt, daß sie nur bestohlen hätten, die Streitbreiter in Angst zu versetzen. Das Urteil lautete für die Brüder Deller auf 4 resp. 2 Monate Gefängnis, es wurde ihnen die Untersuchungshaft angerechnet; Schwarz wurde freigesprochen.

Wir wünschen unseren Genossen bei Anklagen auch so milde Richter.

Berlin, 24. Oktober. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Rechtsverhältnisse der Landespolizei in Deutsch-Südwürttemberg, in der im wesentlichen dem Reichskanzler die Einrichtung der Landespolizei übertragen wird.

Erzberger. Die Germania antwortet auf die Anzüglichungen der Post über die Beteiligung Erzbergers bei der Steinbrief-Affäre, daß diese Mitteilungen erfinden seien. Erzberger sei vor dem Unternehmensrichter auch gar nicht gefragt worden, wer den Diebstahl begangen habe, über den er auch absolut nichts mitgeteilt wissen; er sei nur gefragt worden, wer die Artikel im Bayrischen Courier geschrieben habe und ob Jahnke ihm dazu das Material geleistet habe. Dazu habe er die Antwort verweigert; hätte er gesagt, so hätte er als Journalist und Abgeordneter ehlos gehandelt, indem er seine vielen Gewährsmänner, darunter sehr hochstehende, über die offiziöse Agitation des Flottenvereins ohne deren Zustimmung hätte preisgeben müssen.

Der Bremerhafen! Die Schleswig-Holsteinische Provinzialregierung hat die von der Gemeindevertretung in Lügendorf beschlossene Erhöhung der Gehälter der Lehrer von 1300 auf 1500 Mk., der Hauptlehrer von 1500 auf 1700 Mk. nicht genehmigt. Herr Holle arbeitet ganz tüchtig für die neue „liberale Ära“.

Eine große Justizaktion gegen politische Geistliche. Der Danziger Staatsanwalt hat gegen den Deutschen Klost in Lübeck, gegen weitere acht Geistliche und den Nebalteur Hormanns von einem Pöhlener Polizeiblatt Anklage wegen Vergleichs gegen § 110 des Strafgesetzbuches, das ist Aufrufung zum Ungehorsam gegen Entscheidungen von Verwaltungsbehörden, erhoben. Ferner hat die Thorner Staatsanwaltschaft gegen den Probst Okeniewski in Lübeck sowie vier Lübecker Bürger Anklage wegen der Publizierungen erhoben, die dem Probst bei seiner Rückkehr aus dem Gefängnis vorgebracht wurden.

Behauptetes Selbstbestimmungsrecht. Die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung hatte die Aufhebung des Ortsbürgerschrebes beschlossen, das bisher mit 86 Mk. erhoben wurde. Der Kreisrat hatte den Beschuß beanstanden und seine Ausführung von der Einschaltung der freisammlichen Genehmigung abhängig gemacht. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit beschloß daraufhin, gegen die Stimmen der bürgerlichen Stadtverordneten, beim hessischen Ministerium gegen den Kreisrat Beschwerde zu führen wegen Überreicheitung seiner Kompetenzen. Der Beschwerde ist jetzt stattgegeben, der Einspruch des Kreisrats ist aufgehoben und der Aufhebungsbeschluß als zu Recht bestehend anerkannt worden; er tritt sofort in Kraft. Der 31. Oktober ist der letzte Tag, bis zu dem neue Ortsbürgers das Wahlrecht zur Stadtverordnetenwahl, die am 18. November vollzogen wird, erwerben können. Trotz der Kürze der Frist werden voraussichtlich eine ganze Anzahl Arbeiter sich das Wahlrecht sichern. Auch in diesem Falle hat sich gezeigt, daß die bürgerlichen Stadtverordneten auf das Selbstbestimmungsrecht pfeilen, sobald es ihre Interessen nicht fördert; statt sich gegen die widerrechtliche Bevorzugung zur Wehr zu sehen, haben die Offenbacher Nationalliberalen den Kreisrat umjubelt. Nun haben sie zum Schaden Spott und Hohn!

Die Einnahmen der preußisch-hessischen Staatsbahnen betrugen in der ersten Hälfte des laufenden Finanzjahres beinahe eine Milliarde, etwa 55 Millionen Mark mehr, als im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres.

Keine politischen Nachrichten. Das persische Kabinett wurde entlassen.

Oesterreich-Ungarn.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Wien, 23. Oktober. Der Christlich-Soziale Kriegere richtete heute einen Appell an alle Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die Dringlichkeitsanträge gestellt haben, die zurückzuziehen, um die Erledigung des Ausgleichs bis zum Dezember nicht zu verzögern. Trotz der Unterstützung durch den Präsidenten Weißinger ist wenig Aussicht auf Beilegung der Verhandlungen vorhanden. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit beschloß daraufhin, gegen die Stimmen der bürgerlichen Stadtverordneten, beim hessischen Ministerium gegen den Kreisrat Beschwerde zu führen wegen Überreicheitung seiner Kompetenzen. Der Beschwerde ist jetzt stattgegeben, der Einspruch des Kreisrats ist aufgehoben und der Aufhebungsbeschluß als zu Recht bestehend anerkannt worden; er tritt sofort in Kraft. Der 31. Oktober ist der letzte Tag, bis zu dem neue Ortsbürgers das Wahlrecht zur Stadtverordnetenwahl, die am 18. November vollzogen wird, erwerben können. Trotz der Kürze der Frist werden voraussichtlich eine ganze Anzahl Arbeiter sich das Wahlrecht sichern. Auch in diesem Falle hat sich gezeigt, daß die bürgerlichen Stadtverordneten auf das Selbstbestimmungsrecht pfeilen, sobald es ihre Interessen nicht fördert; statt sich gegen die widerrechtliche Bevorzugung zur Wehr zu sehen, haben die Offenbacher Nationalliberalen den Kreisrat umjubelt. Nun haben sie zum Schaden Spott und Hohn!

Die Einnahmen der preußisch-hessischen Staatsbahnen betrugen in der ersten Hälfte des laufenden Finanzjahres beinahe eine Milliarde, etwa 55 Millionen Mark mehr, als im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres.

Alte politische Nachrichten. Das persische Kabinett wurde entlassen.

Oesterreich-Ungarn.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Wien, 23. Oktober. Der Christlich-Soziale Kriegere richtete heute einen Appell an alle Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die Dringlichkeitsanträge gestellt haben, die zurückzuziehen, um die Erledigung des Ausgleichs bis zum Dezember nicht zu verzögern. Trotz der Unterstützung durch den Präsidenten Weißinger ist wenig Aussicht auf Beilegung der Verhandlungen vorhanden. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit beschloß daraufhin, gegen die Stimmen der bürgerlichen Stadtverordneten, beim hessischen Ministerium gegen den Kreisrat Beschwerde zu führen wegen Überreicheitung seiner Kompetenzen. Der Beschwerde ist jetzt stattgegeben, der Einspruch des Kreisrats ist aufgehoben und der Aufhebungsbeschluß als zu Recht bestehend anerkannt worden; er tritt sofort in Kraft. Der 31. Oktober ist der letzte Tag, bis zu dem neue Ortsbürgers das Wahlrecht zur Stadtverordnetenwahl, die am 18. November vollzogen wird, erwerben können. Trotz der Kürze der Frist werden voraussichtlich eine ganze Anzahl Arbeiter sich das Wahlrecht sichern. Auch in diesem Falle hat sich gezeigt, daß die bürgerlichen Stadtverordneten auf das Selbstbestimmungsrecht pfeilen, sobald es ihre Interessen nicht fördert; statt sich gegen die widerrechtliche Bevorzugung zur Wehr zu sehen, haben die Offenbacher Nationalliberalen den Kreisrat umjubelt. Nun haben sie zum Schaden Spott und Hohn!

Wien, 23. Oktober. Das Abgeordnetenhaus lehnte nach langer Debatte den Dringlichkeitsantrag der Tschechischradikalen betreffend die Verstärkung des Lebensmittels ab und nahm die Wahl der Landesdeputation vor.

Wien, 23. Oktober. Nach Schluss der Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es in den Wandelsälen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemokraten und dem Grafen Sternberg. Sternberg zeigte das Bild einer Hofequipe, auf dem ein Katal in der Maske des sozialdemokratischen Abgeordneten Schuhmeier zu sehen war. Die Führer der Sozialdemokraten sprachen beim Präsidenten vor und erklärten, wenn das Präsidium nicht gegen die fortwährenden Beschimpfungen und Beleidigungen der sozialdemokratischen Partei durch Sternberg eintrat, würde die Partei in offenem Sitzungssaal an dem Grafen persönlich Verstellung übernehmen.

Frankreich.

Die Luftflotte.

Paris, 23. Oktober. In Moisson werden vier neue Luftschiffe gefertigt. Mit dem Lebaudy und dem Patrie wird dann die Flottille aus sieben Ballons bestehen, die wie folgt verteilt werden: Lebaudy in Chalais als Schulballon; Patrie in Belfort; Démocratie in Epinal; Béritis in Besançon; Justice in Lyon; République in Toul und Patrie in Verdun.

Italien.

der die Lage der Trustkompanien, welche um Unterstützung nachsuchen, solche angebenden lassen soll, wenn sie ihrer würdig sind. Morgan will an den Arbeiten des Ausschusses tätigen Anteil nehmen. Mitglieder des Ausschusses sind Edwin King von der Union Trust Company, G. S. Marston von der Farmers Loan and Trust Company, J. H. Wallace von der Central Trust Company, J. M. Taffes von der Guaranty Trust Company und Waterbury von der Manhattan Trust Company.

London, 24. Oktober. Daily Mail meldet aus New York: Die Knickerbocker Trust Company hat sämtlich Gläubiger befriedigt. Die befürchtete Finanzkatastrophe wird dadurch vermieden.

Sächsische Angelegenheiten.

Der 25prozentige Steuerzuschlag.

Unsern Lesern ist bekannt, daß der Rechenschaftsbericht über die Finanzperiode 1904/05 des sächsischen Staatshaushalts mit einem Überschuß von 41 Mill. Mark abschließt. Wir haben auch ausführlich gezeigt, daß dieser Überschuß zum kleinen Teil eine Folge der wirtschaftlichen Konjunktur ist, zum größten Teil aber zurückzuführen ist auf die Rüggersche Sparmethode. Von den 11 Millionen können im höchsten Falle 18 Millionen — davon kommen wieder allein 18 Millionen auf die Eisenbahnen — als wirklicher Überschuß betrachtet werden, weil nur dieser Betrag auf natürliche Mehrerträge in den Einnahmen zurückzuführen ist. Der höhere Rest ist erzielt worden durch das Rüggersche SparSystem. Der hohe Überschuß nun von insgesamt 41 Mill. Mark hat es den Konservativen angetan; diese möchten den Überschuß wenigstens zum Teil zur Herabsetzung des 25prozentigen Steuerzuschlags verwenden müssen. Versäumnisig ist der Überschuß aus einer Finanzperiode zur Deckung der Anforderungen des außerordentlichen Staats mit zu verwenden. Schon vor Jahren ist in der konservativen Presse angeregt worden, die Überschüsse zur Deckung des folgenden ordentlichen Staats mit zu verwenden und damit die Steuerzahler zu entlasten.

Auch jetzt macht ein konservatives Blatt, nämlich der Freiberger Anzeiger, Opposition gegen die Verwendung des Überschusses zur Deckung des außerordentlichen Staats und bezeichnet diese Verwendung gegenüber der Erhebung des 25prozentigen Steuerzuschlags als ungerecht. Das Blatt meint, es lasse sich darüber streiten, ob es wirtschaftlich gerechtfertigt sei, die Überschüsse früherer Finanzperioden zur Besteitung von Eisenbahnbauteilen zu verwenden, doch müsse man darüber einig sein, daß die Überschüsse aus einem Steuerzuschlag nicht für künftige Revisionen Verwendung finden dürfen. Unter den 41 Mill. Mark Überschuß befinden sich 18 Millionen, die dem 25prozentigen Steuerzuschlag zu danken seien. Man sollte deshalb, schlägt das konservative Blatt vermittelnd vor, den Steuerzahler wenigstens die 18 Mill. Mark zu rütteln, die durch den Steuerzuschlag zuviel erhoben worden sind.

Bei den Staatsdebatten im Landtag wird diese Anregung ein lautes Echo nicht nur in den Reihen der Konservativen, sondern auch in denen der Nationalliberalen, die ja in ihrem Landtagswahlkreis die Befestigung des Steuerzuschlages kategorisch gefordert haben, finden. Erfolg werden sie aber nicht haben, denn der Herr Finanzminister wird den Herren Volksvertretern leicht nachweisen können, daß der in der Finanzperiode 1904/05 erzielte Überschuß zwar — von seinem Standpunkt — eine erfreuliche, aber auch eine vorübergehende Erscheinung sein mögl., weil die wirtschaftliche Konjunktur nicht ewig dauern kann, und weil namentlich die nette Sparmethode, wie er sie zur Sanierung unserer Finanzen durchgeführt hat, unmöglich lange aufrecht erhalten werden kann, wenn nicht das Gegenteil, nämlich die Bevölkerung unserer Finanzen, und selbst der Gang der Staatsmaschine gefährdet werden soll. Wenn der Geldiacklandtag darauf bestehen wollte, daß der Überschuß zum Teil zur Herabsetzung des Steuerzuschlags verwendet wird, so würde sich der Finanzminister sagen können, daß er sich mit seiner unvierschaftlichen Sparerei selbst ins Fleisch geschnitten und für den alten Frihen geprägt habe. Nedenfalls dürften die kommenden Staatsdebatten die interessantesten werden, die wir je gehabt haben.

Spaltung und Einheit in der konservativen Partei. Die konservative Landtagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung:

Die angebliche Spaltung der konservativen Fraktion ist darauf zurückzuführen, daß sich innerhalb der konservativen Fraktion eine freikonservative Gruppe gebildet hat. Wie seit Jahren bereits wirtschaftlich einander nahestehende Mitglieder innerhalb der konservativen Fraktion bei besonderen Gelegenheiten zu Gruppen zusammengetreten sind, so wird auch die freikonservative Gruppe in allen den Fällen, die sie hierzu für geeignet erachtet, sich zu Beratungen vereinigen.

Zum übrigen ist aus der konservativen Fraktion noch zu berichten, daß dieselbe, um auch äußerlich zu dokumentieren, daß sie die Interessen der Industrie genau so zu fördern und zu unterstützen bereit ist, wie die Interessen aller Verständnisse und Produktionswege, neben dem bisherigen Vorsitzenden, Bizepräsidenten Opip, einen hervorragenden Industriellen in der Person des Eisenhüttenwerksbesitzers von Quersuhr zum Mitvorsitzenden an ihre Spitze berufen hat. Beide Herren werden alternierend den Vorsitz führen.

In Sachsen vereinigen sich daher wie bisher so auch häufig im konservativen Landesverein und in der konservativen Fraktion der Zweiten Kammer die Angehörigen aller konservativen Richtungen.

Von einer eigentlichen Spaltung kann nach dieser Erklärung nicht mehr die Rede sein. Diese Spaltung ist aber nur verhindert worden durch die fortgesetzte Nachgiebigkeit des extremen agrarischen Flügels in der Partei. Wir wiederholen, daß diese häuslichen Differenzen im konservativen Lager für die Arbeiterschaft bedeutungslos sind, denn die reaktionäre Gesamttendenz der konservativen Gruppen ist unverändert dieselbe, die sie bisher war.

Freisinnige Demagogie. Der freisinnige Wahlrechtsantrag hat folgenden Wortlaut:

Die Kammer wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu erlauben, der jahrszeitlichen Landesversammlung baldigst einen Gesetzesentwurf vorzulegen, welcher enthält:

1. a) die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, wie es bereits seit 1867 für die Wahlen zum

deutschen Reichstag besteht, für die Wahlen zur zweiten Stände-Kammer und Sicherung der Wahlfreiheit; b) daß im Falle der Ablehnung dieses Antrags ein Gesetzesentwurf vorgelegt werde, der die Rückkehr zu dem 1868er Wahlrecht vorsieht, jedoch mit der Abänderung, daß unter Einführung von Stichwahlen und Sicherung der Wahlfreiheit jedem Staatsangehörigen, der eine direkte Staatssteuer entrichtet und beim Abschluß der Wählerliste das 25. Lebensjahr vollendet hat, das Wahlrecht eingeräumt wird;

2. die Vollziehung der Wahlen für die zweite Stände-Kammer an einem Sonntag;

3. Neuordnung und entsprechende Vermehrung der Landtagswahlkreise unter Beseitigung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land.

Also auch hier wieder der Eventualantrag auf Rückkehr zu dem Wahlrecht von 1868, das allerdings infolge einer Erweiterung erfahren soll, als die Herabsetzung des Zensus von drei auf eine Mark gefordert wird. Das Wahlrecht würde sich dadurch auch mehr dem Reichstagswahlrecht nähern, als dem von 1868. Trotz allem ist der Antrag des Freisinnstrümmerats und ihres national-liberalen Trabanten Müller, der bald zu einer komischen Figur werden wird, gewöhnlicher Schwundel, weil die Antragsteller, wie wir gestern wieder ausgeführt haben, es ablehnen, mit den Arbeitern eine Volksbewegung zur Erringung des gleichen Wahlrechts zu entfesseln.

Dem Landtag ist ein umfangreicher Gesetzentwurf zur Abänderung und Ergänzung des Berggesetzes und ein Dekret über die Weiterberatung des Wassergerichtswesens zugegangen. Zu letzterem Punkte legt die Regierung keinen neuen Entwurf vor, sondern sie bezieht sich unter Hinweis auf die Berichte der Zwischenkommission auf den Gesetzentwurf von 1905 und sieht der Beschlusssatzung hierüber entgegen. Auf den Berggesetzentwurf werden wir noch zu sprechen kommen.

Erlaubte Kasernenagitation. Die sächsischen Kriegervereine lassen in den Kasernen ein Flugblatt verteilen, worin über das mangelnde Interesse der Krieger an der großen Sache der Krieger und namentlich darüber geklagt wird, daß zu wenig für die Vereinsarbeit geworben wird. Besonders interessant sind jedoch folgende Sätze in dem Flugblatt:

Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß die Einführung der Vereinspresse in alle Kasernen des Landes ministeriell verfügt ist; aber auch die Vereine müssten hier mehr arbeiten. Der Kreis Meissen beabsichtigt, auf seine Kosten die Vereinspresse in den Kasernen zu verbreiten. Das ist jedenfalls nachahmendwert.

Also mit Genehmigung des Ministeriums treiben die Krieger in den Kasernen Agitation. Das ist recht nett! Wir haben aber durchaus nichts dagegen, wenn auf diese Weise die Politik in die Kasernen hineingetragen wird und diese zu politischen Zimmelpfählen gemacht werden, denn dadurch wird ja erst die Ausferksamkeit der noch indifferenten jungen Leute auf die Sozialdemokratie gelehrt. Der Erfolg wird dann nicht ausbleiben — für uns!

Lehrerüberschluß in Sachsen. Die Sächsische Schulzeitung klagt über den in Sachsen immer mehr zunehmenden Lehrerüberschluß, der sich von dem in Preußen herrschenden erfreulichen Lehrermangel besonders abhebt. Bei Ausschreibungen von ständigen Lehrerstellen meldet sich immer eine große Anzahl von wahlfähigen Lehrern, die bis jetzt noch keine ständige Stelle habe. Trotz dieses Lehrerüberschlusses seien aber noch fortgesetzt neue Seminarare und neue Parallelklassen gegründet worden. Das sei aber nicht der einzige Grund der Notlage so vieler junger Lehrer. Der Wohlstand hätte nicht so schnell in diesem Umfang eintreten können, wenn die gesetzlichen Vorschriften immer gewahrt worden wären. Es kommt jetzt vor, daß in manchen Schulen auf drei ständige Lehrer zwei Hilfslehrer geplänet werden, während der Geist erst auf jedem ständige Lehrer einen Hilfslehrer zulasse. Die Schulzeitung meint, es sei die höchste Zeit, daß die Schulbehörden eingriffen und den Mängeln ein Ende machen, damit die wartenden Lehrer Stellung beziehen.

Von einem „Lehrerüberschluß“ in Sachsen kann also auch nach der Darstellung der Schulzeitung nicht gesprochen werden. Das höhere Angebot bei Lehrerakademien hat nicht seinen Grund in einem tatsächlichen Lehrerüberschluß, sondern in dem Umstande, daß die Schulbehörden statt ständiger Lehrer Hilfslehrer anstellen, weil diese billiger sind. Aber selbst wenn ein tatsächlicher Lehrerüberschluß festzustellen wäre, so würde dieser Lehrerüberschluß nur ein künstlicher sein, da die Lehrer durchgängig überfüllte Klassen zu unterrichten haben. Mit einem solchen Lehrerüberschluß verhält es sich ebenso wie mit dem Überschluß von Lebensmitteln während einer Krise, denn es herrscht dann nicht Lehrerüberschluß, weil kein Bedarf vorhanden, sondern weil es am Gelde fehlt: trotz des Lehrerüberschlusses an Lebensmitteln hungert das Volk. Ebenso hungert das Volk trotz des Lehrerüberschlusses in einem Kulturstaat nach Bildung. Die kapitalistische Gesellschaft ist eben die Gesellschaft der Widersprüche.

Ein Kampf gegen das Schankstättenerverbot.

Der in Niederhäslich wohnende Agent Horn führt seit mehreren Jahren einen ganz eindrücklichen Kampf mit den Verwaltungsbehörden. Im Jahre 1904 wohnte er noch in Löbau bei Tharandt. Für das Jahr 1904 wurden ihm seiner Meinung nach ungerechtfertigte Abgaben auferlegt, und zwar nach einem Regulativ, das von der Amtshauptmannschaft am 3. März 1897 bestätigt wurde. Horn, früher Mitglied des Gemeinderates zu Löbau, verlangte den Nachweis, daß die Abänderung des der Steuererhebung zugrunde liegenden Regulativs nach den Bestimmungen der neuordneten Landgemeindeordnung ordnungsmäßig erfolgt sei, und erklärte sich dann bereit, die Steuern zu zahlen. Während Horn noch auf dem Beschwerdeweg und im Briefwechsel mit der Amtshauptmannschaft stand, wurde ein Versuch zur zwangsweisen Beitrreibung der Steuern gemacht, und als dieser mißlang, verhängte der Gemeinderat zu Löbau am 23. Mai 1905 das Schankstättenerverbot über ihn.

Diese Maßnahme war natürlich geeignet, den als Agenten gewungenennoch viel in Gastwirtschaften verkehrenden Mann auf schwere Strafen zu schädigen. Er erhob sofort gegen das Verbot Beschwerde und erklärte, Armenunterstützung zu benötigen, wenn es nicht aufgehoben werde. Jahrelang erwiesen alle Behörden des um sein Recht kämpfenden Mannes als erfolglos; er wurde sogar einmal wegen Übertrittung des Verbots zu drei Tagen Haft verurteilt. Er hatte von einem Gasthof-

besitzer den Auftrag zum Verkauf seines Geschäfts nebst Grundstück erhalten, und die hierzu nötigen Verhandlungen meistens in der Küche des Gasthauses geführt. Als es aber eines Abends hier zu kalt wurde, begab er sich ins Restaurantszimmer und erlebte vom Wirt einige Glas Bier kostenlos. Auf die gegen das schärfste gerichtliche Urteil eingelegte Verfehlung ersann das Landgericht auf Freisprechung. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß die Beschlußgewalt eines Gemeinderates sich nur auf Gemeindeangehörige erstrecken könne. Horn wohnte aber bereits seit 1904 in Niederhäslich, unterstand also nicht mehr der Zuständigkeit des Gemeinderats zu Löbau. Das Schankstättenerverbot war demnach rechtswidrig gegen Horn erlassen worden.

Weiter wurde noch in der Begründung ausgeführt, daß das in gelangten Gewerbe einen älteren Gaststättenerverbot erfordere und der Mann in seinem Berufe nicht geschädigt werden dürfe. Trotz dieses Urteils wurde das Schankstättenerverbot gegen Horn aufrecht erhalten. Eine Beschwerde an den Löbauer Gemeinderat war erfolglos. Inzwischen aber hatte Horn erfahren, daß sein Beschwerdeantrag im Gemeinderat auf recht einfache Weise behandelt worden war. Der betreffende Sitzung hatte in Abwesenheit des Gemeindevorstandes der Gemeindebürgermeister präsentiert. Nach Schluß, als schon mehrere Mitglieder sich entfernt hatten, fiel ihm das Gesetz Horns ein. Schnell erkannte er noch einmal die Sitzung, blieb die anwesenden Mitglieder zurück und trug die Beschwerde Horns vor. Sie wurde abgewiesen. Wegen des über diesen Verlust nachträglich abgeschlossenen Protocols erkannte Horn eine Anzeige gegen den Löbauer Gemeindevorstand bei der Staatsanwaltschaft Freiberg. Das Verfahren schwabt augenblicklich noch. Als bereits wegen des Schankstättenerverbots Termin beim Oberverwaltungsgericht stand, erfolgte am 7. August b. Z. also nach reichlich zwei Jahren, die freiwillige Aufhebung des Schankstättenerverbotes gegen Horn durch den Gemeindevorstand zu Löbau, ohne daß Horn die in Frage kommenden Steuern bezahlt hat. Er konnte insgesamt die Klage am Oberverwaltungsgericht zurückziehen. Leider gelang es ihm nicht, auf gesetzlichem Wege eine Rehabilitation seiner Person durchzubringen. Das Schankstättenerverbot hat nämlich öffentlich ausgehangen. Nebenfalls ist das ganze Gebaren des Löbauer Gemeindevorstandes so merkwürdig, daß man der weiteren Entwicklung der Dinge mit Interesse entgegensteht.

Bittau. Der Verband der Vereinigten Krankenkassen in der Amtshauptmannschaft hat vor einigen Wochen auf einer Generalversammlung beschlossen, auch Ärzte zur Behandlung von Mitgliedern zuzulassen. Gegen diese Bestimmung wenden sich hauptsächlich die Ärzte, die am 20. Juni ihren Vertrag gesündigt haben. In einer zweiten Generalversammlung hielt der Gemeindevorstand für durchaus selbstverständlich, daß Ärzte von der Behandlung erkannte Krankenmitglieder absolut ausgeschlossen sein müssen; andererseits wurde aber auch von einer ganzen Reihe von Medizinern vorne dafür eingetreten, daß den Mitgliedern die Möglichkeit erhalten bleibt, sich von nichtärztlichen Naturheilfunden, soweit diese als tüchtig und zuverlässig bekannt sind, behandeln zu lassen. Es wurde weiter darauf hingewiesen, daß die Anhängerhaft der Naturheilbehandlung sich ständig erheblich vermehre, daß aber andererseits nur sehr wenige Ärzte sich dazu verstehen, nach den Grundsätzen der Naturheilkunde zu praktizieren. Sekretär Nürnberg von der Amtshauptmannschaft Bittau führte aus, daß Ministerium des Innern habe für einzelne besondere Ausnahmefälle eine Behandlung durch nichtärztliche Naturheilfunde zu gestatten; andererseits habe aber das sächsische Oberverwaltungsgericht dahin erkannt, daß ein Recht auf Zulassung Naturheilfunder weder den Mitgliedern eingeräumt werden könne, noch den Ärzten gestehe. Ein Vertreter des Großenhainer Ortskonsortiums bemerkte hierzu, in der betreffenden Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts werde aber auch gesagt: „Es läßt sich nicht verkennen, daß in Ausnahmefällen die Zulassung Naturheilfunder, wenngleich sie im Gesetz nicht vorgesehen ist, unter Umständen einem Bedürfnis entspricht, den Interessen der Mitglieder hinreichend genügt und für die Klasse gewisse Vorzüglichkeiten bietet.“ Es wurde einstimmig beschlossen, die Einhaltung folgenden Zusatzes in den betreffenden Paragraphen des Vertrags zu verlangen: „Auf Wunsch des Konsortiums kann in besonderen Ausnahmefällen, namentlich wo es sich um unerwartete ärztliche Dienstleistungen handelt, mit besonders eingehender Genehmigung des Gemeindevorstands auch ärztlose Behandlung durch Vertreter der Naturheilkunde gewährt werden.“ Da die Erklärung der Ärzte dahingehend, daß mit der Bestimmung, betreffend Aufzulassung nichtärztlicher Personen von der Mitgliederbehandlung, der neue Vertrag steht oder fällt, ja eine vertraglose Zeit für die Klassen, die dem Verband angehören, in greifbare Nähe gerückt.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Sanitätsrat Dr. med. Barth stürzte in der Nähe von Niederoiprich bei dem Berufste, in seinem Wagen während der Fahrt aufzuhören, niederr und blutig mit dem Kopfe darunter auf, daß er sich eine Gehirnerschütterung zuzog. — In einer Fabrik in Neukirchen bei Grimma stürzte der Wolfer L. beim Auslegen eines Seiles von der Leiter und stieg mit dem Hinterkopf fest auf ein Eisengestell, so daß er bewußtlos liegen blieb. Sein Zustand ist bedenklich. — Die Wielburg, die Grete Beier, die Brander Bürgermeisterschwester, sei aus dem Untersuchungsaufenthalts in Freiberg nach der Arrestabteilung des Zuchthauses Waldheim überführt worden, bewahrt sich nicht. Wohl besteht die Absicht, sie zum Zwecke der Untersuchung ihres Gesundheitszustandes nach Waldheim zu überführen, das wird aber erst geschehen, wenn die Voruntersuchung abgeschlossen ist. — In Bockwa bei Zwickau machen sich infolge des Kohlenabbauwieder auf starke Bodenversenkungen bemerkbar, daß neuerdings eine erst vor mehreren Jahren erbaute massive Villa samt Nebengebäuden abgetragen werden muss. — Als in einem Neubau in Niederschlesien die Gasleitung zwecks Prüfung ihrer Dichtigkeit abgeleuchtet wurde, erfolgte eine Explosion, bei der der Bauingenieur Teubner aus Aue und der Gasmeister Hesse von hier ziemlich erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitten. Die Explosion soll darauf zurückzuführen sein, daß ein Arbeiter einen Gasbahn nicht geschlossen hat. — Auf dem Neubau des im Entstehen begriffenen Braunkohlenwerkes Kraft in Threna bei Borna starb ein 21 Jahre alter böhmischer Handarbeiter, mit der Kaltblut auf dem Rücken, vier Tage nach Verhaft und erlitt außer verschiedenen Quetschungen einen komplizierten Armbraus-

Hus den Nachbargebieten.

st. Aus Sachsen-Weimar. Eine recht sonderbare Geschichte spielt sich jetzt in Apolda ab. In den letzten paar Jahren sind dort junge Assessoren vom Bürgermeister zugelassen, die sich im Kommunalrecht etwas ausbilden wollen. Dagegen hätte sicherlich kein Mensch etwas einzubringen. Nun sind aber jetzt dem zu gleichen Zwecken dort Studien machenden Assessor Bandmann Funktionen durch den Bürgermeister übertragen worden, die nur ein Angestellter Beamter als Mitglied des Gemeindevorstandes ausüben darf. Nicht nur unter öffentlichen politischen Bekanntmachungen zeichnete der Herr Assessor als „Gemeindevorstand i. B.“, sondern er bat auch Strafverfolgungen in gleicher Weise unterzeichnet. Jetzt hat sich nun das Schriftgericht auf den Standpunkt gestellt, daß diese Unterschrift zu Bedenken Veranlassung gebe, weil ein Volontär auf dem Rathaus doch ebenfalls keine rechtmäßigen Handlungen vornehmen dürfe. Das ist aber noch nicht alles. Der Herr Assessor erhält, obgleich statutarisch festgelegt ist, wer als Vorsteher des Gewerbezuges zu jüngern hat, vom Bürgermeister selbstherlich die Befugnis zugesprochen, den Vorsteh im Gewerbezuge zu führen und als solcher eine entscheidende Rolle zu spielen, obgleich er dazu eigentlich gar kein Recht hat. In Arbeitersachen

war man schon seit dieser Tätigkeit von der Art und Weise, wie der Herr Assessor sich den Arbeitern gegenüber stellte, gar nicht erhaben. Jetzt liegen nun die Dinge so, dass schließlich alle Umstundlungen dieses Herrn als ungtig verstanden werden müssen, weil er Handlungen solcher Art überhaupt nicht ausstellen darf. Dass dadurch der Stadt, außer dem Schaden des wohlverdienten Spottes, auch noch materieller Schaden insofern entstehen kann, indem auch die vom Herrn Assessor unterzeichneten Lohnbeschreibungen rechtsgultig sind, das liegt sehr nahe. Dass so etwas überhaupt in einer Stadtgemeinde wie Apolda vorkommen kann, liegt in erster Linie mit daran, dass seit dem Auftreten dieses Herrn Assessors in dem Gemeinderat kein Sozialdemokrat mehr sitzt. Die burglerlichen Stadtvater klagten sich wohl ab und zu einmal wegen weniger wichtiger Dinge herum, aber um solche kommunalrechtliche Fragen klimmern sich diese guten Leute viel zu wenig, weil es manchmal nicht so weit am richtigen Flecken reicht.

Eisenberg. Die Stadtvorordnetenwahlen sind von burglerischer Seite im hiesigen Nachrichtenblatt mit dieser Ankündigung eingeteilt worden:

Vorläufige Anzeige.

Vor den Stadtvorordnetenwahlen wird noch zu einer offensiven Bürgerversammlung eingeladen werden, in welcher wichtige und interessante Verhaltlinie unserer Stadt zum Vortrag und zur Besprechung gelangen werden, z. B.:

Amarilla, Nebenregierung, Hintertreppen und Kassen auf dem Rathause.

Die Stadtvorordnetenabteilung: Bürgerverein, Handelsverein und Herzoglich Sachsen-Altenburgischer privilegierter "entschieder" Vereinssatz.

Die Wahrheit über den seltsamen Stadtvorordnetenvorsteher, seine edle segendreiche Tätigkeit und seine Schaltmacher.

Politische, ortspolizeiliche und gesellschaftliche Brunnenvergiftung usw.

X.

Die Geschichte verspricht weiter zu werben.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

4. Sitzung vom 23. Oktober 1907.

Unter den Eingangenen befindet sich der Gesetzesvorschlag für die Aenderung der Bezirksvorordnung und der freisinnige Antrag für Einführung des Reichstagswahlrechts zu den Landtagswahlen.

Zur Beratung steht die Interpellation Dürr-Pfeiffer-Gule. Sie lautet:

Das sächliche Ministerium des Innern hat durch Verordnung vom 6. Dezember 1906 die Genehmigung zur Vereinigung der Landgemeinden Motzen, Stötteritz, Probstheida, Stunz, Dofen und Dolitz mit der Stadtgemeinde Leipzig verlangt. Bedeutet die sächliche Staatsregierung auf diesem Standpunkt zu verharren, wenn die beteiligten Gemeinden erneut an das sächliche Ministerium des Innern in dieser Einverleibungsfrage herantreten?

Der Minister v. Hohenholz erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung erhält das Wort:

Abg. Dürr (lins.): Das Anwachsen der großen Gemeinden sei eine wichtige Sache, aber man werde diese Entwicklung nicht hindern können. Früher habe das die Regierung selbst angeordnet und die Anregung zur Einverleibung von Vororten gegeben. Es sei selbstverständlich und natlich, dass sich zwischen den Großstädten und den Vororten rege Wechselbeziehungen entfalten und das Bedürfnis nach einheitlicher Regelung wichtiger Angelegenheiten und Aufgaben sich als notwendig herausstellen. Ein großer Vorteil sei es, wenn die Vororte gemeinsam mit der Großstadt Kasernen, Kanalisationen und Wasserwerke einheitlich anlegen können. Dazu könne, dass viele Eltern in den Vororten das Bedürfnis haben, die Schulenrichtungen der Großstadt geniessen zu können. Angeklatzt der fustreellen Wichtigkeit der Einverleibungen könnte man nicht verstehen, weshalb die Regierung jetzt auf einmal die Einverleibung hindern wolle und lerbend in die Entwicklung eingreife. Das Verhalten der Regierung sei um so weniger verhandlich, als schon 1901 die Stadt Leipzig aufgefordert worden sei, Dofen einzuerleben, und jetzt erhebe man Einspruch gegen die Einverleibung der genannten Vororte. Man habe da gefagt, wenn Leipzig so und so viel zahlt, geben wir die Orte zur Einverleibung frei. Und doch sei Leipzig schon sehr weit entgegengekommen. Wie sei aber der ablehnende Beschluss der Bezirkssversammlung zustande gekommen? In der Reisezeit sei sie einberufen worden, infolgedessen seien von 30 Vertretern nur 23 anwesend gewesen, und doch sei die Ablehnung nur mit einer Mehrheit von wenigen Stimmen erfolgt. Das in diesem Falle beobachtete Eingreifen der Aufsichtsbeherde sei sehr bedauerlich. In solchen Fagen solle man die beteiligten Gemeinden selbst entscheiden lassen. (Sehr richtig! lins.) Wo bleibe die Selbstverwaltung der Gemeinden, wenn die Aufsichtsbeherde so eingreift, wie in dieser Sache, wenn sie das untersagt, was die beteiligten Gemeinden dringend wünschen. Gegen jenes Vorgehen der Aufsichtsbeherde müsste er im Interesse des Rechts der Gemeindebürger protestieren. (Bravo.) Der Redner erklärt die Regierung, erkennt in Verhandlungen über die Einverleibungsfrage einzutreten; er glaubt, die Regierung sei bisher nur nicht richtig orientiert gewesen. Es gelte zu zeigen, ob die sachischen Gemeinden noch einen Nutzen haben, oder ob sie unter einer falschen Politik leiden sollen. (Beifall.)

Staatsminister v. Hohenholz: Die Regierung habe keine Vorurteile gegen Leipzig, sie habe sich in der Sache durchaus den sächlichen Erwahrungen leiten lassen. Es sei aber bei Einverleibungen nicht nur das Interesse der Vororte und der Großstadt zu wahren, sondern auch das der Dofen, die nicht einverleibt würden. Von diesem Grunde könne die Regierung nicht entscheiden. Der Minister versteht eine Erklärung nicht, aber so schnell und so undeutlich, dass es nicht möglich ist, zu hören, was damit im einzelnen gesagt werden soll. Es wird darin darauf hingewiesen, dass die Entschliezung der Regierung auf den erststatlichen Gutachten der Amtshauptmannschaft bezw. des Bezirkssausschusses beruhe. Nur wenn nachgewiesen würde, dass diese Gutachten der Regierung entstehen, könne die Regierung ihren Standpunkt verlassen. Die Gemeinden seien sehr wohl in der Lage, ihre Aufgaben selbst zu erfüllen, die meisten Gemeinden seien durch Steuern noch nicht verlastet, nur Stunz arbeite 344 Prozent des Staatssteuerbeitrags. Bei einer anderen Regelung der Gemeindesteuern werde es auch den betroffenen Vororten leichter sein, ihre Aufgaben erfüllen zu können. Nach alledem liege für die Regierung keine Veranlassung vor, ihre ablehnende Haltung in dieser Frage aufzugeben. (Beifall.)

Abg. Encke: Es sei nicht die Stadt Leipzig gewesen, die in ihrem Interesse die Einverleibung angestrebt habe, die Vororte seien vielmehr selbst geskommen. Diesen Gemeinden erwiderten aus der Nachbarschaft der Großstadt erhebliche grosere Ausgaben für Schulen, Armenpflege, Begebau, Feuerlöschereignisse usw. Es fragt sich, ob die Vororte selbst in der Lage seien, die höheren Kosten zu tragen. Das müsste aber trotz der gegensteiligen Versicherungen des Ministers verneint werden. (Sehr richtig!) Aus allen Vororten kommen Klagen über die Unzufanglichkeit der Mittel, denn die steuerkrftigsten Personen leben in Leipzig zu finden. Es erwacht aus diesen Verhaltlinien

für Leipzig geradezu die Verpflichtung, die Einverleibung vorzunehmen, um selbst mit zur Lösung der kommunalen Aufgaben in diesen Vororten beitragen zu können, die durch den Einfluss der Großstadt gemacht seien. Da kommt nun die Aufsichtsbeherde und die Regierung und greife hindernd ein in diese natliche und notwendige Entwicklung, in die Einverleibung. Man müsste sich fragen, wolle die Regierung durch die Maßnahme erreichen, dass in den Vororten die Schulen, die Verschleierung, die Straßen manchmal und hinter den Ansforderungen zurückbleiben? Tatsächlich liegen die Einrichtungen der Vororte sehr im armen. Die Bewohner der Vororte können den abschneidenden Standpunkt der Regierung nicht verstehen. Es sei also nichts als Eiferjagd gegenüber dem wachsenden Einfluss der Stadt Leipzig. Die Einverleibung ist schon der größeren Sicherheit wegen nötig, die in den Vororten alles zu wünschen ist. Ich habe dort Bauten ausgeführt; da sind mir die Schlaue von den Pumpen gestohlen und Wesslinge abgerissen worden. Ich habe meine Arbeiter heimlich bewaffnen müssen, um diesem Unwesen zu steuern. Die Zustände, die nämlich in der Nacht in den nicht einverleibten Vororten herrschen, spalten, wie mir von meinen Arbeitern gesagt worden ist, aller Beschreibung. Wenn die Regierung die Einverleibung nicht will, möge sie für eine größere Sicherheit in den Gemeinden sorgen. Also es handelt sich nicht um Leipziger Interessen bei der Einverleibung, sondern um Wissenswertes und wissenswerte Bedürfnisse.

Vizepresident Dr. Schill drückt seine Verwunderung darüber aus, dass sich die Interpellanten nicht mit den andern Leipziger Abgeordneten vorher verabschiedet haben. Aber man merke die Absicht und werde verstimmt. Er hätte von der Einbringung der Interpellation entschieden abzertreten. Die Sache werde ausgehen wie das Hornberger Schied oder aber sie werde für später Verhandlungen direkt hinderlich sein. Denn man könnte der Regierung nicht zumuten, dass sie angesichts einer so scharfen Kritik ihres Verhaltens einen Rückzug antrete. Der Abg. Dürr habe mit Palsson ausgerufen: Unterstuhlen Sie uns in dieser Sache. Aber wie sollte das geschehen? Neben einer Interpellation werde doch nicht abgestimmt. Es könne daher die Kammer ihre Zustimmung gar nicht zum Ausdruck bringen. Von der Interpellation werde die Sache für dargestellt, als hätten nur die Vororte Interesse an der Einverleibung. Wenn das richtig sei, müsste man fragen, weshalb solle Leipzig die Kosten für die Vororte aus dem Feste holen. (Sehr richtig! rechts.) Es sei aber nicht so, wie die Sache dargestellt worden sei. Auch Leipzig habe ein großes Interesse an der Sache. Es brauche die Vororte zur eigenen Entwicklung. Von grossem Nachteil für Leipzig würde es sein, wenn Leipzig durch die Vororte eingeschnitten würde, denen die Neidige Gladeordnung gewisstet würde. Welche Nachteile ein solcher Zustand mit sich bringe, zeige sich in Berlin. Leipzig spielt also in der Sache nicht nur den Wohlwollen für die Vororte, sondern es sei im Gegenteil selbst an der Einverleibungsfrage interessiert. (Sehr richtig! rechts.) Anderseits müsste aber auch der Landtag die Frage prüfen, ob der Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig auch nach der Einverleibung der sechs Vororte noch lebensfähig bleibe. (Beifall.)

Staatsminister v. Hohenholz dankt Dr. Schill für die ruhige Erklärung der Sache.

Abg. Goldstein: Die Herren Interpellanten haben sich wohl mit ihrer Aktion als neue rechtskonservative Fraktion der Offentlichkeit empfohlen wollen. (Lachen.) Um sich haben aber die Herren das Recht, so vorgezogen; ob es klug war, ist eine andre Frage. Es handelt sich hier, wie mir scheint, um die grundfachliche Frage des Verhaltlinies zwischen den Gemeinden und den Aufsichtsbehörden. Die Gemeinden rufen allenthalben nach Befreiung aus den Fesseln der beschränkten Autonomie. Es ist unverständlich, dass der Zug nach Centralisation sich geltend macht in den Gemeinden, weil sich im Großen besser wirtschaften lässt. Vor allem ist es aber der Steuerdruck, der in den Vororten und auch in andern Gemeinden die Sehnsucht nach der Einverleibung erheben lässt. Dieser Zustand sollte eine Mahnung für den Staat sein, die Gemeinden besser als bisher finanziell zu unterstalten. Moge der Staat die Statthilfe für die Gemeinden ausbauen, dann werden die Gemeinden sich nicht mehr so sehr nach Einverleibung sehnen. Dass auch die sechs Vororte bei Leipzig durch ihre finanziellen Nöte zur Einverleibung genutzt werden, zeigt eine Petition aus Motzen bei Leipzig, aus der hervorgeht, dass diese Gemeinde bei ihrer schwachen Steuerkraft den Anforderungen einfach nicht mehr nachkommen kann. Wie steht es aber heute im allgemeinen? Die Gemeinden müssten die Geschäfte des Staates besorgen, aber der Staat fragt nicht, ob die Gemeinden auch ihre Kosten tragen, ihre Aufgaben erfüllen können. Es besteht auch keine Aussicht, dass in der nächsten Zeit für die Kommunen vom State etwas getan wird. Wie es scheint, lässt die Gemeindesteuerreform noch immer auf sich warten. Sachsen ist ja bereits eine große, von Eisenbahnen durchzogene Stadt. Der Unterschied zwischen Land und Städt (Ururu) verschwindet immer mehr. Sache einer modernen Regierung müsste es sein, die Entwicklung zu berusichtigen. Diese aber nimmt eine andre Richtung als die Regierung in dieser Frage eingeschlagen hat. Die Interpellation war berechtigt. Es ist einmal dargestellt worden, wie die Dinge im Lande liegen. Es besteht eine Gegnerschaft zwischen dem Polizeistaat und den großen Stadtgemeinden. Und dieser Umstand hat wohl auch bei dieser Einverleibungsfrage mitgespielt. Ich kann nur wünschen, dass die Regierung auf einen andern Weg kommen mag als den, den die Behörden bisher gegangen sind. Ein freier Zug, moderner Geist scheler und in Sachsen, wo bisher auch in Gemeindefragen eine Politik zu Hause war, die nach mittelalterlichen Moden durtelt. (Bewegung.)

Abg. Hunert (Bürgermeister in Zwenkau): Als Mitglied des Bezirkssausschusses der Amtshauptmannschaft Leipzig könnte ich versichern, dass dieser sein Gutachten in der Einverleibungsfrage nach bestem Wissen und Gewissen erstattet habe. Für den Ausschuss sei nämlich die Frage maßgebend gewesen, welche Verhaltlinie nach der Einverleibung in der Amtshauptmannschaft eintreten würden.

Ein Schluantrag, gegen den Abg. Bor lebhaft protestiert, weil dadurch der freisinnige Fraktion das Wort abgeschnitten wird, findet die Mehrheit. Damit ist die Sache zu Ende.

Nächste Sitzung Donnerstag, 10 Uhr. Tagesordnung: Beratung über den Bericht, die Verwaltung und Vermehrung der königlichen Sammlungen betreffend.

Die Leipziger Eingemeindungsfrage

Ist gestern im sachischen Landtag infolge der Petition der drei konservativen Abgeordneten für Leipzig eingehend besprochen worden. Das Resultat war  nichts. Man hat sich ausgesprochen und damit hat es sein Bewenden - vollständig. Wir verweisen unsere Leser auf den an anderer Stelle befindlichen Landtagsbericht. Nachfolgend aber geben wir die Erklärung des Ministers v. Hohenholz im Wortlante wieder, die dieser verlesen hat:

Die sächliche Staatsregierung sieht sich nach Zuge der Sache außer stande, die gestellte Frage einfach zu bejahen oder zu verneinen. Sie steht jedoch nicht an, der hohen Zweiten Kammer von denjenigen Grundhaften Kenntnis zu geben, nach denen sie die Eingemeindungen überhaupt beurteilt und auch die in der Interpellation hergeholtene Vereinigung von sechs Landgemeinden mit der Stadtgemeinde Leipzig beurteilt hat.

Das Ministerium des Innern steht betrifft der Frage, wie

die durch die Entwicklung der Großstädte und ihrer Vororte

gemeinden und durch die Beziehungen zwischen beiden geschaffenen Schwierigkeiten zu befreien seien, auf dem, soweit bekannt, auch von der königlich preußischen Regierung geteilten Standpunkte, dass die Einverleibung der Vororte zwar ein Mittel zur Befreiung dieser Schwierigkeiten sei, aber nicht das Mittel fchlich hin. Infolgedessen hat das Ministerium zwar nie — auch nicht nach der abfälligen Entscheidung betrifft der sechs Leipziger Vororte, vergl. Einbeziehung von Freibergsdorf nach Freiberg, von Bernsdorf nach Chemnitz und von Reichenbach nach Reichenbach — Anstand genommen, Einbeziehungen zu genehmigen, wenn sie seiner Überzeugung nach das einzige Mittel zur Befreiung der vorhandenen Schwierigkeiten waren und wenn die sonstigen Voraussetzungen und Bedingungen für eine solche Genehmigung seiner Ansicht nach vorgaben. Es hat sich jedoch niemand und mich sich auch für die Zukunft das Recht vorbehalten, falls diese Einbeziehung seiner Ansicht nach nicht vorliegt, die Gemeinden auf die möglichen anderen Wege zu verweisen und der beabsichtigten Einbeziehung seine Genehmigung zu verweigern.

Wenn auch das Ministerium bei der ihm hier nach obliegenden Entscheidung an sich nach seinem pflichtmigen Entsezen allein zu erwarten haben wird, ob die Voraussetzungen für eine Einverleibung genehm sind oder nicht, so werden doch stets die qualitatlichen Aussprachen der beteiligten Aufsichtsbehörden bei einer Entscheidung einen wesentlichen Faktor bilden, und diese wird mehr oder weniger von jenen beeinflusst werden. Dies wird nun dann nicht der Fall sein können, wenn das Ministerium die Überzeugung gewinnen möchte, dass die erhalteten Gutachten von irgendeiner Voraussetzung ausgegangen seien und der Begründung tatsächlich entbehren. Ist dies ausgeschlossen, so würde es für das Ministerium wohl kaum möglich sein, ungestat eines ablehnenden Gutachtens famlicher beteiligter Aufsichtsbehörden eine Einverleibung zu genehmigen, soll nicht der vom Gesetz den Aufsichtsbehörden zugewiesene, durch die ihnen innenwohnende eingehende Kenntnis der stlichen und sonst einschlagende Verhaltlinie vollgrundete Einfluss völlig illosfahig gemacht und ihr gutachtlches Gehör zu einer leeren Form herabgedrukt werden. Schon aus diesem Grunde hätte das Ministerium behindert sehen müssen, auf das Gefuch um Genehmigung zur Einverleibung der jetzt in Frage befindlichen sechs Gemeinden beifellige Entscheidung zu fassen, da samliche in Betracht kommenden Aufsichtsorgane — Amtshauptmannschaft, Bezirkssausschuss, Bezirkssversammlung, Kreishauptmannschaft und Kreisausschuss — stammt einstimmig gegen diese Genehmigung ausgesprochen haben und ihre gutachtlchen Aussprachen nach Ansicht des Ministeriums der inneren Berechtigung nicht entbehren. Dass bei der Beschlussfassung innerhalb der Ausdusse und der Bezirkssversammlung sich erhebliche Minderheiten gefunden haben, ist bei der Schwierigkeit der Frage nicht zu verwundern, ändert aber an der Tatsache nichts, dass die Mehrheit — im Bezirksslage 13 gegen 10, im Kreislandtag 5 gegen 3 Stimmen bei Stimmenthaltung der Beteiligten — sich gegen die Notwendigkeit der Einverleibung und gegen diese selbst ausgesprochen hat. Dass die Beschlussfassung in dieser Richtung ausgesessen ist, bedauert die Regierung, kann es aber nicht ändern.

Dem Gewichte dieser qualitatlichen Aussprachen fchzt zu entziehen, war für das Ministerium um so weniger möglich, als es auch seinerseits sich der Aufsicht anschließen möchte, dass eine zwangslassige Notwendigkeit für die Eingemeindung aller sechs Vororte nicht besteht und die anuernegenden Lebelsande, welche aus den engen Beziehungen dieser Vororte zur Stadt Leipzig entstehen, sehr wohl auch auf anderem Wege befreit oder weggestaltet werden können. Bei der Beurteilung der Frage, ob die Einverleibung der sechs Vororte notwendig ist und demnach zu genehmigen sei, müssten zunächst alle diejenigen Erwungen anstreben, welche darauf beruen, dass die Eingemeindung das einzige mögliche Hilfsmittel sei, und dass mit ihr als einer unumstahlich sicheren, wenn auch betriebs des Zeitpunktes ihres Eintretens noch unbestimmten Tatsache zu rechnen sei.

Daher hat darauf kein Gewicht gelegt werden können, wenn die einguberleibenden Gemeinden in der Hoffnung auf die Einverleibung die genigende Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben vernachlässigt und nun das Verstum mit Anspannung aller Mittel nachzuholen haben sollten. Denn andernfalls würde die dem Ministerium vorbehaltene Entscheidung fachlich lediglich von dem Belieben der Gemeinden abhängen. Dass die Vorortsgemeinden zur Erfüllung der ihnen hierdurch obliegenden Aufgaben aber fähig und deshalb nicht auf die Eingemeindung angewiesen sind, wird nicht nur durch die gutachtlchen Aussprachen der Aufsichtsbehörden bestätigt, sondern auch vom State verordneten vom 29. August 1906: „Man glaubt (die Mehrheitslosung) nicht verhahnen und insbesondere außer Betracht lassen zu dürfen, dass sich die Steuerfähigkeit der Gemeinden im fortwährenden Aufsteigen befindet, dass weiter die Veranschlagung der Einwohner derselben nach dem Leipziger Ansagensystem einen nicht unerheblichen Mehrertrag an Steuern bringen werde“, wenn denn auch die Vermögens- und Steuerverholtnisse der weit aus meisten Gemeinden keine trostlosen, ja nicht einmal unginstige genannt werden können — Verhältnis der Statteinwohner zu den Gemeindeangehore in Stötteritz 1:1,01, Probstheida 1:0,96, Dofen 1:1,17, Dolitz 1:1,02, Motzen 1:2,05 und Stunz 1:3,71.

Aber auch die Interessen der Stadt Leipzig sind, wenn sie auch den Wunsch der Einverleibung begreiflich erscheinen lassen, doch nicht so schwerwiegen, dass diese als unabeweisbares dringendes Erfordernis und einziges Hilfsmittel zu erachten ist. In dieser Beziehung dürfte den Ausführungen der Kreishauptmannschaft Leipzig allenfalls beizupflichten sein.

Hier nach sind die Einverleibung zwingend fördernde Mande, welche mir durch eine solche behoben werden können, tatsächlich kaum, jedenfalls nicht betriebs der sechs Gemeinden vorhanden. Ganz fehlen sie aber betriebs der Gemeinde Dolitz, beziglich deren der Statrat selbst zugibt, dass abgesehen von seinen engen Beziehungen zu Lodnig und Commerz einer- und Dofen anderseits (gemeinschaftliche Schule usw.) besondere Gründe nicht vorliegen, ihre Einverleibung vielmehr nur zweckmig erscheinen sei, weil sonst an jener Stelle der Stadtgrenze eine um so empfindlichere Lüke entstehen würde, als Dolitz, Dofen, Probstheida, Stötteritz und Stunz im Südosten der Stadt ein derartig zusammenhängendes Gebiet bildeten, dass man diese Gemeinden nicht wohl trennen könne. War hier nach das Gesuch der Gemeinden um Genehmigung der Eingemeindung nicht betriebs aller sechs Orte gleichmig zu beurteilen, betriebs einander Orte vielmehr mangels genugender Begründung ohne weiteres als unbedeutsam abzulehnen, so müsste dies auch betriebs der ibrigen Orte geschehen, da seitens des Statrates zu Leipzig das Gesuch ausdrücklich auf alle sechs Orte gerichtet und die einmige Aufnahme für nig erklärt worden war. Wenn das Ministerium sich aus diesem Grunde behindert sah, etwa betriebs einzelner der sechs Orte eine beifellige Entscheidung zu fassen, so hat es sich doch bereits gelegentlich der abfälligen Beurteilung

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. Oktober.

Gesichtsalender. 24. Oktober 1880: Verhängung des kleinen Brudertagsabandes über Hamburg-Altona. 1891: Astronom Hugo Bröde gest.

Mit Volldampf

gingen gestern abend die Stadtverordneten an die Ratung des Haushaltplanes für 1908. Es wurde eine ganze Reihe von Konten des Staats erledigt, vorbehältlich der noch vorgemachten Regelung der Beamtengehälter. Eine umfangreiche Vorlage ist über den letzteren Punkt gestern abend an die Stadtverordneten verteilt worden; aber fraglich ist es, ob es gelingen wird, die von den kleinen Beamten so sehnlich erwartete Vorlage noch in diesem Jahre zu verabschieden. Auch sonst waren einige Ankündigungen, die außer der Lagesetzung erfolgten, nicht ohne Interesse. So hat die Bauernschaft des Leipziger Wittervereins um Überlassung von Bauareal in Erbpacht erjucht. Unsere Bauernparteileiter waren dadurch nicht gerade freudig überzeugt, zu offenem Widerspruch ging aber ihr Führer, Herr Böhme, erst über, als er vernahm, daß abweichend von der bisherigen Uebung der große Festsaal des neuen Rathauses dem am 23. November hier zusammenstehenden deutschen Anwaltsverein zu einer Besitzfeier überlassen werden soll. Auf eine Bewirtung auf städtische Kosten haben die Herrschaften bestimmt verzichtet. Herr Böhme blieb auch bei seinem Widerstand, obwohl ihn sein Freund, der Geheime Kanzlerat beim Reichsgericht, Herr Zähne, darum ersuchte, den Widerspruch fallen zu lassen. So mußte die Angelegenheit dem Verfassungsausschuß zur Vorberatung überwiesen werden, woran sich ergibt, daß sich die öffentliche Plenarversammlung nochmals mit ihr zu befassen haben wird.

Das Hauptinteresse der gestrigen Stadtverordnetenratung die geplante Einführung der bacteriologischen Milchuntersuchung in Anspruch. Sind die Herren der Mitte schon dem Institut für chemische Untersuchung der Nahrungsmittel nicht besonders grün, so zog ihr Führer, Herr Hugo Seifert, der Vorsitzende des Finanzausschusses, gegen die geplante unsägliche Untersuchung der Milch auf Bakterien und Bazillen, insbesondere Tuberkelbazillen, mit einem Eifer zu Felde, der wahrlich einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Er unternahm dabei auch einige kleine Exkursionen in das Gebiet der Fachwissenschaft, worauf ihm vom Stadtrv. Dr. Sonnenkalb, wenn auch unter Widerspruch des Vorsitzers, attestiert wurde, daß er auf einem „belehrungsreichigen“ Standpunkte stehe. Wie notwendig übrigens die bacteriologische Milchuntersuchung ist, zeigt das Ergebnis der von Prof. Eber vorgenommenen Untersuchungen. Er stellte fest, daß von 70 entnommenen Milchproben 8–12 Proz. tuberkelbazillenhaltig waren. Das neue Milchuntersuchungsinstitut wird dazu Anlaß geben, daß in Zukunft zunächst für Säuglinge und für Kranken, die Milch als Heilmittel verordnet erhalten, eine einwandfreie Milch als bisher geliefert wird. Die Vorlage wurde gegen etwa 10 Stimmen angenommen.

Noch unglücklicher als Herr Seifert operierte Herr Stadtrv. Beck, der einen Angriff gegen die Schlagfertigkeit und Fixigkeit der Leipziger Feuerwehr unternahm und insbesondere über den „schlafenden“ Automobil-Löscheinflug klagte. Der Dezernent des Feuerlöschwesens wies diese Angriffe energisch zurück und gab Herrn Beck den wohlgemeinten Rat, sich vor künftigen Angriffen zunächst über die tatsächlichen Verhältnisse zu informieren.

Die deutschnationalen Feiglinge.

Das scheinbar Unmögliche wurde gestern, am Vorabend vor den Kaufmannsgerichtswahlen, dementgezeigt: Die Deutschnationalen haben es gestern in ihrer Schlusssammlung im Centraltheater vermocht, mit noch erbärmlicheren Mitteln als bisher ihr Gedenktag ins rechte Licht zu sehen und die Anhängerungen der Gegner in brutalster Manier einfach niedergeschüttelt.

Der Doering aus Hamburg referierte in fastall bekannter deutschnationaler Manier. In der Debatte trat ihm in einbringlicher und sachlicher Weise Genosse Wittig für den Centralverband der Handlungsbüchsen entgegen. Darauf sprachen zwei Deutschnationalen, vor allem Herr Elberding aus Köln, sehr ausführlich. Blößlich meldete der Vorsitzende, zwei Anträge auf Verkürzung der Redezeit: sieben eingelaufen. Er befürwortete sie, ebenso Herr Frahm vom D. B. V.; Herr Carlsohn zeigte, daß er auch einmal anders fand und bat um Ablehnung. In der letzten Versammlung vor den Wahlen sei es unbedingt nötig, daß alle Ansichten, auch die der Gegner, ausführlich dargelegt werden können. Genosse Plotke meldete sich zur Geschäftsordnung zum Wort; man schrie sich einfach nicht daran und lehnte sich über die elementaristische parlamentarische Regel hinweg. Darauf Abstimmung. Und siehe — die deutschnationalen Handlungsbüchsen erklärten sich fast einsinnig für die Beschränkung der Redefreiheit auf zehn Minuten, weil sie vorher genau wußten, daß Genosse Plotke noch in längster Weise die Anfassungen des Centralverbandes zum Ausdruck bringen wollte. Welche Feigheit darin liegt, erhebt am besten daraus, daß die Deutschnationalen in einer früheren Versammlung im Schloßteater, die vom Leipziger Verband veranstaltet worden war, demonstrativ und entrüstet den Saal verließen, als man ihnen nicht völlige Redefreiheit gewährte. In jener Versammlung hatten die anwesenden Mitglieder des Centralverbandes sich mit den Deutschnationalen gegen die Abkürzung der Redezeit gewandt und auch entsprechend abgestimmt!

Es war klar, daß die gestrige Unverschämtheit der Deutschnationalen für die Mitglieder des Centralverbandes das Signal zum sofortigen Aufruhr geben mußte. Unter Hauen und Brüllern der jungen Teutonen leerte sich der ganze hintere Teil des Saales; viele Handlungsbüchsen, die nicht zu dem Centralverbande gehörten, aber die dieses Treiben anwiderten, folgten mit zum Ausgang. Und nun kam es vor den Saaltüren durch fortwährende Protagonisten der Deutschnationalen zu tumultuarischen Szenen. Die Mitglieder des Centralverbandes, in denen noch die ganze Empörung über diesen Gewaltstreit nachzitterte, wurden als „rote Kerle“, „rote Hunde“ beschimpft. Man schrie sich nicht, gegen die Centralverbander handgreiflich vorzugehen!

So haben wir sie wieder in ihrer ursprünglichen Tätigkeit; die „Wölfe der Nation“ erstand wieder lebhaft vor uns, die in der Wahlnacht vom 25. Januar brüllend und lärmend vor das Rathaus los, um die Leipziger Arbeiterschaft zu provozieren; wieder

erboben sich die drohenden Räume unserer Honoratioren, denen die Begriffe fehlen.

Traurig, sehr traurig für die Leipziger Handlungsbüchsen in ihrer Allgemeinheit, wenn diese edlen Zeitgenossen bei den heutigen Wahlen nicht eine gebührende Quittung für ihre elende Kampfweise erhalten!

Die Kaufmannsgerichtswahlen. Gestern haben die Wahlherrn der selbständigen Kaufleute stattgefunden. Von 873 Prinzipalen übten nur 224 ihr Stimmrecht aus. Es gab nur eine Liste. Heute haben die Büchsen, etwa 7000, zu wählen. Es sind von den verschiedenen Organisationen fünf Listen aufgestellt. Das Limanpavier giebt sich sehr über die „sozialdemokratische“ Liste des Centralverbandes. Es schreibt:

Während Liste 1, 2, 4 und 5 auf dem Boden der Geduld stehen, vertreten die Liste 3 sozialdemokratische Interessen, sie scheidet insgesamt für jeden Handlungsbüchsen, denn sein Vaterland noch etwas gilt, und der nicht will, daß das widerige politische Parteidreieck auch noch in die Verhandlungen des Kaufmannsgerichts getragen wird, ohne weiteres aus. Die ordnungstreibenden Handlungsbüchsen wählen mit den Listen 1, 2, 4 und 5.

Mit dem Limanblatt sich darüber zu unterhalten, ob die Kandidaten des Centralverbandes sozialdemokratische Interessen vertreten oder ob sie als Gerichtsbeisitzer wideriges politisches Parteidreieck betreiben werden, ist vollständig zwecklos, da die sogenannte moral insanity (moralischer Schwachsinn) der Limaner und Konsorten weltbekannt ist.

Viman und Harden. Über Harden im Prozeß Harden-Möller schreibt Viman:

Hochauftaucht steht nur Maximilian Harden. Er weiß, daß er der ehrliche Leiter der Verhandlung ist, daß keiner unter den Anwesenden ihm auch nur das Wasser reichen kann. Wenn er spricht, dann hört er sofort inne, sobald sich nur ein leises Geräusch im Auditorium bemerkbar macht, und schaut sich mißbilligend um, bis das Murmeln wieder erlischt und man von neuem jedes seiner Worte angestört vernehmen kann. Jeder Satz, jeder Einwurf, jeder längere Vortrag von ihm ist ein stilistisches Meisterwerk. Man hat den Eindruck, dem feinsten Kopfe Deutschlands gegenüberzustehen, und bedauert es allenfalls, daß dieser Held jetzt von diesem Sitz aus in einem Standesprozeß plädieren muß.

Schmoek und Schmoek gesellt sich gern!

Verlegung des Lichts und Lustbades im Germaniabad. Da die Germaniabagdgesellschaft, deren Vertrag noch bis zum 31. Dezember 1910 läuft, jetzt durch die Verlegung der Pleiße und die Verbreiterung des Schleswiger Weges das Land, auf dem das Licht- und Lustbad errichtet ist, verliert, so hat sie gebeten, bis zum Abschluß ihres Vertrages, das Licht- und Lustbad auf die bereits jetzt von ihr, aber nur zu landwirtschaftlicher Benutzung hinterstehende Wiese, Flurstück Nr. 2558 der Stadtflur, verlegen zu dürfen. Daß der Germaniabagdgesellschaft bis zu diesem Zeitpunkt ein entsprechender Erlaubnis für das jetzt entzogene Land genährt wird, entspricht der Willigkeit und den Wünschen der zahlreichen Freunde des Lichts und Lustbades.

Leipziger Adressbuch. Der heutigen Nummer unserer Zeitung liegt eine Vorbestellkarte auf den Jahraang 1908 des Leipziger Adressbuchs bei. Im Interesse derjenigen, die es bisher verfaßt haben, sich den Preis des Adressbuchs zu dem billigeren Vorbestellpreise zu sichern, machen wir hierauf besonders aufmerksam. Der Vorbestellpreis ist um 2 M. geringer als der Ladenpreis. Bestellungen, die nach dem 31. Oktober eingehen, können nur noch zum Ladenpreise ausgeführt werden.

Geldzählung. Das Ministerium des Innern erläßt folgende Verordnung: Um eine Übersicht über den Geldumsatz zu gewinnen, werden auf Erlaubnis des Reichskommissariates I, alle dem Ministerium des Innern unterstehenden Königlichen Veröderen und Verwaltungsstellen, welche Kassen haben, 2. alle Stadträte und die Polizeiämter in Leipzig und Chemnitz sowie 3. alle Sparkassenverwaltungen hiermit angeleitet, am 20. Oktober dieses Jahres bei dem Kassen-Schluss festzustellen, welche Beträge nach Währung in ihren Kassen vorhanden sind I. an Reichsmünzen, und zwar: a) an Doppeltrommen, b) an Kronen; II. an Reichstalerübermünzen, und zwar: a) an Röntmarkstücken, b) an Zwölferstückstücken, c) an Einmarkstücken, d) an Fünfzigpfennigstücken; III. an Reichsnickelstücken; IV. an Reichspfennigstücken; V. an Reichstassenscheinen und VI. an Röten und zwar: a) der Reichsbank, b) der Privatnotenbanken. Das Ergebnis ist nach den bezeichneten Sorten getrennt bis zum 6. November dieses Jahres dem Ministerium des Innern anzugeben.

Engelsdorf. Am Mittwoch stürzte der ausländische Arbeiter Strzelk beim Schleusenbau in den ca. sechs Meter tiefen Schacht. Er trug schwere innere und äußere Verletzungen davon und mußte mit dem Krankenwagen nach dem Leipziger Stadtkrankenhaus überführt werden.

Vorsdorf. Am nächsten Sonntag erfolgt eine Inspektion der freiwilligen Feuerwehr.

Baaldorf. In Stelle des verstorbenen Ortsrichters Bobe soll dem Amtsgericht Leipzig der Gutsbesitzer Otto Rabisch als Ortsrichter zur Vertägigung empfohlen werden.

Schleiden. Für die Veranlagung zur Einkommens- und Gemeindesteuer auf das Jahr 1908 werden in diesen Tagen den Grundstückseigentümern oder deren Stellvertretern die erforderlichen Haushaltssachen zugestellt werden, die dann von den Haushaltungsvorständen und den einzeln wohnenden Personen nach dem Stand vom 28. Oktober d. J. gewissenhaft auszufüllen sind. Die Abschölung der Listen erfolgt am 29. Oktober. — Am Montag wurde hier ein Insasse der Fürsorgeerziehungsanstalt Langstädt, der dieser Entstiegung war und in dem Kasino in Gleisien einen Einbruch verübt hat, verhaftet.

Aus dem Stadtverordneresaale.

(Sitzung vom 23. Oktober 1907.)

Der Stadtoberhauptshaltung ging eine gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten voran.

Die Wahldeputation des Rates und der Wahlausschuß der Stadtverordneten hat eine Vorschlagsliste für die Wahl mehrerer Kommissionen sowie eines Abgeordneten, zu dem Kreisschultheiß ausgestellt und empfiehlt sie zur Annahme. Den Vorschlägen wird debattlos zugestimmt.

Hierauf wird die Sitzung der Stadtverordneten eröffnet.

Aus der Registratur ist ein Schreiben des Deutschen Anwaltsvereines zu erwähnen, der am 24. November d. J. in Leipzig eine außerordentliche Tagung abhält und um Überlassung des Rathausfestsaales am 28. November zur Veranstaltung eines Begrüßungssababes ersucht. Bisher ist der Saal nur zur Befüllung gestellt worden, wenn die Stadt selbst Gastgeberin war; der Rat empfiehlt aber, in diesem Falle eine Ausnahme zu machen und verspricht gleichzeitig, allgemeine Grundsätze für die zukünftige Benützung des Saales auszuarbeiten. Die soziale Erleichterung des Geistes ohne vorherige Ausschlußberatung kann nur erfolgen, wenn aus dem Kollegium selbst von seiner Seite widersprochen wird. Da Stadtrv. Böhme gegen die Überlassung des Saales protestiert, wird das Gesuch dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Der Wahlausschuß beantragt, an die Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden Buchbindermasters Nieroth den Kürschnermeister Krauß in die Einstellungskommission des 4. Bezirks als Stellvertreter zu wählen. Dem Antrag wird zugestimmt.

Bei Vertretung der Stadtgemeinde in einem Prozeß, den Kunstmaler Carlo Meyer gegen die Stadt angestrengt hat, er-

fordert und noch verschiedenes andre. Der Dieb hat sich Arbeiter Jatos Adami aus Orenburg genannt. Er ist etwa 30 Jahre alt, von mittlerer Größe und kräftig, hat dunkelblondes Haar und ebenbürtigen Schnurrbart. Seine Kleidung besteht aus einem lachsfarbigen Jackettanzug und braunem, weichem Hut.

Diese entwendeten: mittels Nachsässels aus einem Laden am Peterssteinweg einen Geldbeutel, Postwertzeichen, Zigaretten und eine Flasche Likör, aus den Schaufenstern eines Geschäfts in der Althainstraße acht schwarze Damen-Kostümstücke und einen Damen-Morgenmantel aus blauem, farbigem Stoff im Wert von 100 M., von einer elektrischen Klingelstange in der Ludwigstraße, die an der Haustür angebrachte Messingplatte mit elf schwarzen Hornknöpfen, von einem Wagen während der Fahrt vom Rosenthal bis nach Gohlis ein Paket mit grünlichem, braungestreiftem Herrenkleiderstoff, in der Kohlenstraße einen vierzehndräger Leiterhandwagen ohne Ansteck und aus einer Puppe an der Krausnicker Straße drei Fußbälle, zwei Platten zu Fußbällen und vier Gummibälle.

kleine Polizeinachrichten. Von einem Dienstmann wurde aus einer Wohnung der Sporergasse ein Schließfach mit Taschen, Kleidern, Wäsche, teilweise A B gezeichnet, und Wertpapieren im Gesamtwert von 330 M. abgeholt. Der Auftraggeber hat jedoch keine Berechtigung, die Sachen abholen zu lassen. Wer dieser war, ist nicht bekannt. Der Dienstmann soll sich daher zu einer Verzettelung bei der Kriminalpolizei melden.

Wegen des dringenden Verdachts, aus einer Werkstatt am Peterssteinweg einen Geldbeutel und ein Portemonnaie mit Beträgen von über 700 M. geflossen zu haben, wurde ein sechzehnjähriger Laufbursche verhaftet.

Aus der Umgebung.

Pötzsch. Der Herr Gemeindedienner ist gegangen worden! Der Gemeindevorstand von Pötzsch sucht im Pötzsch-Stadt- und Dorfanziger für den 1. Januar 1908 einen „nüchternen Mann mit guten Zeugnissen, gebildeter Militär, in gesetztem Alter“ als Gemeindedienner.

In der nächsten Zeit findet vor dem Leipziger Landgericht die Verhandlung gegen eine Anzahl Einwohner von Pötzsch und Taucha statt, die durch ein nächtliches Rekonter, das sie im Juli d. J. mit dem Gemeindedienner von Pötzsch hatten, sich des Aufzugs und was sonst noch schuldig gemacht haben sollen. Zu dieser Affäre hat der Gemeindedienner durch sein provocatorisches Vorgehen den eigentlichen Anlaß gegeben, wie er auch sonst durch seinen gewalttätigen Charakter mehr als einmal mit der Einwohnerschaft in Konflikt geriet. Die jüngsten Vorkommnisse in der Gemeinde, die zu einem von der Mehrzahl der Einwohnerschaft unterstützten Antrag auf Dienstleistung führten, sind erst in den letzten Tagen in einer Einwohnerversammlung erörtert und scharf kritisiert worden. Jetzt hat den überschneidigen Herrn allein Anschluß nach doch noch keinem Schluß erreilt, und er wird mit dem Ende des Jahres auf seine „erfolgreiche“ Tätigkeit verzichten müssen.

Knauthain. Aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Ministers Hohenbalz hat der hiesige Ortspfarrer die Errichtung einer Hohenbalz-Bilzhorn-Stiftung angeregt und die Gemeinderäte der drei Orte Knauthain, Knautleberg und Hartmannsdorf um ihre moralische Unterstützung ersucht. Die Mitglieder des Frauenvereins sind schon eifrig an der Arbeit, die Einwohnerschaft zu Gebilschen für die Stiftung zu animieren, und verschonen in ihrem Sammleiste auch die sozialdemokratischen Gemeindemitglieder nicht. Wenn der Herr Pfarrer und seine Getreuen das Bedürfnis empfinden, sich bei dem Herrn Minister einen Stein ins Brett zu setzen, kann uns das selbstverständlich gleich sein. Dann sollen sie aber auch die erforderlichen Mittel aus dem Eigenen aufbringen und darauf verzichten, bei Leuten zu sammeln, die für ihre Pläne absolut kein Verständnis haben.

Engelsdorf. Am Mittwoch stürzte der ausländische Arbeiter Strzelk beim Schleusenbau in den ca. sechs Meter tiefen Schacht. Er trug schwere innere und äußere Verletzungen davon und mußte mit dem Krankenwagen nach dem Leipziger Stadtkrankenhaus überführt werden.

Vorsdorf. Am nächsten Sonntag erfolgt eine Inspektion der freiwilligen Feuerwehr.

Baaldorf. In Stelle des verstorbenen Ortsrichters Bobe soll dem Amtsgericht Leipzig der Gutsbesitzer Otto Rabisch als Ortsrichter zur Vertägigung empfohlen werden.

Schleiden. Für die Veranlagung zur Einkommens- und Gemeindesteuer auf das Jahr 1908 werden in diesen Tagen den Grundstückseigentümern oder deren Stellvertretern die erforderlichen Haushaltssachen zugestellt werden, die dann von den Haushaltungsvorständen und den einzeln wohnenden Personen nach dem Stand vom 28. Oktober d. J. gewissenhaft auszufüllen sind. Die Abschölung der Listen erfolgt am 29. Oktober. — Am Montag wurde hier ein Insasse der Fürsorgeerziehungsanstalt Langstädt, der dieser Entstiegung war und in dem Kasino in Gleisien einen Einbruch verübt hat, verhaftet.

Stadtverordneten. Der Stadtoberhauptshaltung ging eine gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten voran.

Die Wahldeputation des Rates und der Wahlausschuß der Stadtverordneten hat eine Vorschlagsliste für die Wahl mehrerer Kommissionen sowie eines Abgeordneten, zu dem Kreisschultheiß ausgestellt und empfiehlt sie zur Annahme. Den Vorschlägen wird debattlos zugestimmt.

Hierauf wird die Sitzung der Stadtverordneten eröffnet.

Aus der Registratur ist ein Schreiben des Deutschen Anwaltsvereines zu erwähnen, der am 24. November d. J. in Leipzig eine außerordentliche Tagung abhält und um Überlassung des Rathausfestsaales am 28. November zur Veranstaltung eines Begrüßungssababes ersucht. Bisher ist der Saal nur zur Befüllung gestellt worden, wenn die Stadt selbst Gastgeberin war; der Rat empfiehlt aber, in diesem Falle eine Ausnahme zu machen und verspricht gleichzeitig, allgemeine Grundsätze für die zukünftige Benützung des Saales auszuarbeiten. Die soziale Erleichterung des Geistes ohne vorherige Ausschlußberatung kann nur erfolgen, wenn aus dem Kollegium selbst von seiner Seite widersprochen wird. Da Stadtrv. Böhme gegen die Überlassung des Saales protestiert, wird das Gesuch dem zuständigen Ausschuß überwiesen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Der Wahlausschuß beantragt, an die Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden Buchbindermasters Nieroth den Kürschnermeister Krauß in die Einstellungskommission des 4. Bezirks als Stellvertreter zu wählen. Dem Antrag wird zugestimmt.

</div

sucht der Versicherungsausschuss, dem Rat Prozeßvollmacht zu erteilen. Der Rat hatte vor einiger Zeit auf ihr Ansuchen der Witwe des Künstlers Nieper sen. ein von diesem gemaltes Bild zur vorübergehenden Verwendung in einer Ausstellung überlassen und es nach Polischwitz gefandt. Dort soll es angeblich beschädigt angelommen sein. Der Sohn der Witwe Nieper, ebenfalls Künstler, bat nun der Stadt Leipzig an, an Stelle des beschädigten Bildes ein von ihm gemaltes Porträt seines Vaters für 20000 M. anzukaufen. Dieses Anerbieten wurde rundweg abgelehnt, worauf der Herr Künstler Klage auf Zahlung von 500 M. entrichtete. Er begründet dieforderung damit, daß er das angeblich beschädigte Bild habe übermalen müssen, um es ausstellen zu können.

Stadt. Höhne beantragt, Widerklage einzureichen, weil durch die notwendig gewordene Entfernung der Übermalung der Stadt Kosten entstanden seien. Da diese aber nur ganz gering waren, wird dem Antrag des Versicherungsausschusses entsprechend beschlossen und auf die Gegenklage verzichtet.

Der Begründung einer Buchhalterstelle für die Kostenverwaltung beider Abteilungen des Armenamtes sowie der Einziehung der 2. Kassenrevisorstelle vom 1. November 1907 ab wird die Zustimmung erteilt.

Zur Einführung

halteriologischer Milchuntersuchungen

ersuchen Rat und Finanzausschuss um Bewilligung von 3000 M. für einmalige Anschaffungskosten und um 4000 M. für die Betriebskosten des neu zu schaffenden Untersuchungsamtes auf ein halbes Jahr.

Stadt. Seifert (Mittelst.) hat als Mitglied des Finanzausschusses gegen die Errichtung des geplanten Untersuchungsamtes gestimmt und begründet seine ablehnende Haltung mit dem Hinweis auf ein Gutachten des Leiters des chemischen Untersuchungsamtes, Dr. Röhrig, wonach an die Qualität der in Leipzig verkauften Milch die anderer Städte nicht entspricht heranreiche. Die hohe Kindersterblichkeit könne dennoch zum mindesten für Leipzig nicht in der Beschaffenheit der Milch zu suchen sein. Die hygienischen Anforderungen, die heute gestellt würden, gingen nadgründig ins Absehbar, man könne geradezu von einer Überbelastung sprechen. Die fortgesetzten Untersuchungen müßten dem Publikum den Genuss der Milch schließlich vereinfachen. Die Milchproduzenten sorgten schon selbst für die nötige Sauberkeit in ihrem Geschäftsbetrieb. Die Stadt solle es dem Staat überlassen, entsprechende Maßnahmen zu treffen und sich nicht in unübersehbare Ausgaben stürzen.

Stadt. Dr. Fritzsche: Es ist erfreulich, daß der Rat sich zur Einbringung der Vorlage entschlossen hat; die hohe Kindersterblichkeit in Leipzig macht ein solches Vorgehen zur bringenden Notwendigkeit. Die Untersuchungen des Herrn Dr. Röhrig beziehen sich nur auf die chemische Beschaffenheit der Milch, nicht auf die bakterielle. Auch in Leipzig liegen die Milchverschärfungen sehr im Vordergrund. Herr Professor Eber hat nacheinander 70 Milchproben in verschiedenen Geschäften entnommen und in diesen 8, 10 ja sogar 12 Prozent Tuberkelzellen vorgefunden. Wenn man berücksichtigt, daß in unsrer Stadt jährlich 15 000 Säuglinge vorhanden sind, von denen höchstens 3000 mit Muttermilch ernährt werden, wird man die Bedeutung einer etwaigen Kindermilch erkennen müssen. Von den täglich in Leipzig eingeführten 15 000 Litern Milch kommt ein großer Teil von weit her und läßt sich auf die Umstände, unter denen sie gewonnen wird, nicht kontrollieren. Gerade die kleinen Milchproduzenten lassen meist die nötige Reinlichkeit vermissen. Würden sie sich zu Gemeinschaften zusammenschließen, könnte in der Hinsicht manches besser werden, vorläufig ist es aber Aufgabe der Städte, die nötigen Vorschriften selbst zu treffen.

Stadt. Seifert (Mittelst.) macht den Vorschlag, den Produzenten aufklärende Literatur zu übermitteln. Der Rat vorlage schiebt ein Hinweis auf die Durchführbarkeit der Untersuchungen. Nicht gegen die Sache selbst, nur gegen die Form der Vorlage wendet er sich.

Stadtrat Dr. Hofmann: Die Untersuchungen sollen vor allem bei der Säuglingsmilch einsehen; es ist nicht beabsichtigt, ein Amt zu schaffen, daß sich all den Ausgaben widmet, die event. noch in Frage kommen könnten. Die Milch soll nicht auf Bakterien untersucht werden, um den Genuss zu vereinfachen, sondern um Unreinheiten festzustellen. Würden beispielsweise außergewöhnlich viel Tuberkelzellen vorgefunden, dann sei es möglich, die Produzenten in Höhe darauf ausmerksam zu machen, daß ihr Vieh tuberkulös sei und Vorbeugungsmaßregeln zu treffen. Herr Dr. Röhrig sei selbst der offizielle Beurkundter der Ratvorlage.

Stadt. Dr. Sonnenkalb: Alle Darmkrankheiten sind verursacht durch Bakterien. Die Bakterienuntersuchungen müssen jedem die Augen öffnen; sie geben auch die Erklärung für die Häufigkeit der Darmtuberkulose. Wenn Herr Seifert nicht zu belehren sei, wolle er ihm auch nicht befehlen.

Stadt. Seifert (Mittelst.) stellt den Antrag, zur bakteriologischen Untersuchung der Kindermilch in den Ställen der Umgebung 3000 M. zu bewilligen.

Stadt. Pöllendorf (Soz.): Es handelt sich bei der Verbesserung der Milch nicht bloß um die Kindermilch, sondern um die Milch überhaupt. Die Seifertschen Einwände sind durch die Ausführungen des Vorredner bereits vollständig widerlegt. Hoffentlich bleibt der Rat bei der jetzigen Vorlage nicht stehen, sondern dehnt seine Untersuchungen auch auf die für den Konsum der Erwachsenen bereckte Milch aus.

Stadt. Höhne (Mittelst.) behauptet, daß die hohe Kindersterblichkeit nicht in der Beschaffenheit der Milch, sondern in der gerade in Sachsen sehr hohen Zahl unehelicher Geburten und Scheidungen seinen Grund habe. (1)

Stadt. Sonnenkalb stellt dieser Behauptung gegenüber fest, daß gerade die ehelich geborenen Kinder die höchste Sterblichkeitssiffer aufweisen.

Der Antrag des Finanzausschusses wird gegen 10 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag Seifert hinfällig geworden.

Zu Konto 1 des Haushaltplanes für 1908, Position Gewerbeamt, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, bei Antrag der Verkehrsbehörde, den Beitrag zum Heizungs- und Beleuchtungsauswand des Kaufmannsgerichts mit 1448 M., des Gewerbegerichts mit 1561,70 M., den Mittenzins für das Kaufmanns- und Gewerbegericht mit insgesamt 7223,28 M. zu genehmigen unter der Bedingung, daß später auch dem Gesamtauswand für Heizungs- und Beleuchtungszwecke der Verwaltungsgebäude, sowie für Mieten im Neuen Rathaus zugestimmt wird. Das Kollegium beschließt demgemäß, ebenso werden die übrigen Positionen des Konto 1 genehmigt.

Die Positionen Straßen- und Weppoltzettel des Konto 10 (Wohlfahrtspolizei) werden genehmigt.

Zu Konto 34, Räume und Bläcke, beantragt der Verkehrsbehörde, daß Blähgeld während der Oster- und Michaelismesse anstatt mit 66 000 mit 76 000 M. einzustellen, weiter den Mietzins für die beiden Häuschen am Hauptmarkt zum Weppplatz auf 1300 Mark zu erhöhen und die übrigen Positionen unverändert zu genehmigen. Der Antrag wird angenommen.

Das Monat Markthalen wird nach den Ratsschlußsessen genehmigt, ebenso die Einnahmen und Ausgaben für die Bäder und öffentliche Beliebtheit.

Zum Konto Feuerlöscherei beantragt der vereinigte Petrieß, Finanz- und Versicherungsausschuss, bei Pos. 22, Unterhaltung der vier Elektroautomobile, unter Streichung von 9500 M. für ein Elektroautomobil den Netzbetrag von 7107,50 M. zu bewilligen, im übrigen über das ganze Konto mit einigen unwesentlichen Abänderungen zu genehmigen.

Stadt. Beck (Mittelst.) beklagt sich über die hohen Kosten des Automobilbeschaffung, die bis anfänglich in Aussicht genommen weit übersteigen. Dabei bleiben die Automobilpreise noch hinter den mit Pferden bewappneten in der Schnelligkeit zurück. Ob der Hauptzug ansäße, könnten schon Menschenleben vernichtet sein, wie es seltsamer bei dem Brande in der Weberstraße geschehen sei. Es empfiehlt sich deshalb, die vorbereitete Anlegung von Bezirkswachen.

Stadtrat Dr. Schatz weist die Vorwürfe gegen das Feuerlöscherei aus, die geeignet seien, die Stadt Leipzig vor der gesamten Gesellschaft herabzuwürdigen, entshieden zurück. Die Unglücksfälle bei dem Brande in der Weberstraße seien auf ganz andere Ursachen zurückzuführen; die Feuerlöscherei erfüllt die Stadt ferner dabei kein Vorwurf treffen. Der Automobilbetrieb ist noch jung, es kann deshalb nicht wundernehmen, daß die Einrichtungen noch nicht in jeder Beziehung vollständig sind. Die Technik arbeitet aber unermüdbar daran, die noch bestehenden Mängel zu beseitigen. Jedenfalls steht fest, daß schon heute die Elektroautomobile wesentlich schneller sind, als die Pferdebenige.

Die Ausführungen des Vorredner werden noch von mehreren Seiten bestätigt, worauf einstimmige Annahme des Kontos erfolgt.

Dem Konto Brunnenwesen wird zugestimmt, ebenso wird die Rechnung über die Hörnleinische Stiftung für die höhere Schule für Mädchen auf das Jahr 1906 richtig genehmigt.

Die Sonderhaushaltspläne des Schulamtes, der Thomass., Petri- und Nikolaischule, der Gewerbeschule, der 1. bis 4. Realschule, der 1. und 2. höheren Schule für Mädchen und Lehrerinnenseminar werden nach den Anträgen des Schulhaushaltess debattlos genehmigt.

Die Herstellung eines Grabes in den städtischen Anlagen zu Stötteritz auf Kosten der Stadt wird abgelehnt, dabei aber die Bereitswilligkeit betont, dem Nachbar zu gestatten, auf seine Kosten den Graben auf städtischen Land herzustellen. Die Aenderung der Wege in den Anlagen der Walderholungsstätten für Lungenkranken in Stötteritz wird mit einem Kostenanwand von 280,44 M. genehmigt.

Zum Konto Schleuse beantragt der Eisen- und Betriebsausschuß, den Umbau der Haupschleuse in der Delitzscher und Postringer Straße in L-Entwurf nur mit 19 000 M. einzustellen, im übrigen das Konto zu genehmigen.

Das Kollegium beschließt dem Antrag gemäß.

Das Konto 35 und der Sonderhaushalt des Elektrizitätswerkes wird den Auschuhanträgen entsprechend debattlos genehmigt, ebenso das Konto 36 und Sonderhaushaltplan des Wasserwerks.

Danach Schluss der öffentlichen Sitzung.

Vereine und Versammlungen.

Ortsverein Marienberg.

Zu der am 19. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung ehrten die Anwesenden den verstorbenen Genossen Möller in der üblichen Weise. Den Abniedungen mit den Ortsvereinen Döhl, Lößnig und Lößnitz, die die Abhaltung gemeinschaftlicher öffentlicher Vorträge beweisen, wurde zugestimmt. Verschiedene Genossen unterzogen das Verhalten der Presse einer Kritik wegen der Interesse der Fabrikanten von Marienartikeln. Während im redaktionellen Teil das Verhalten dieser Fabrikanten verurteilt wird, werden die Interessen, resp. die Waren dieser Leute angepriesen. Vier neue Mitglieder traten dem Verein bei. In der nächsten Versammlung Vortrag stattfindet, werden die Genossen erlaubt, vollständig zu erscheinen. (Anmerkung der Redaktion: Bekanntlich steht es jedermann frei, den Annoncenbeit der Zeitungen gegen Bezahlung zu bemühen. Die Zeitungen üben daher ein Recht der Kritik nur bei Interessenstreit oder unstillistischen Inhalten. Das Leserpublikum muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Zeitungen unmöglich einen Einfluss auf die Art und Weise der Interessen ausüben können und es auch daher dem Publikum überlassen bleiben, welchen Wert es dem einzelnen Interessen beimessen will. In der Angelegenheit des Kampfes der Fabrikanten von Marienartikeln gegen die Konkurrenz sind demnächst weitere Maßnahmen zu erwarten, wodurch wahrscheinlich auch die angeregte Frage eine Regelung erfahren wird).

Stadt. Seifert (Mittelst.) macht den Vorschlag, den Produzenten aufklärende Literatur zu übermitteln. Der Rat vorlage schiebt ein Hinweis auf die Durchführbarkeit der Untersuchungen. Nicht gegen die Sache selbst, nur gegen die Form der Vorlage wendet er sich.

Stadtrat Dr. Hofmann: Die Untersuchungen sollen vor allem bei der Säuglingsmilch einsehen; es ist nicht beabsichtigt, ein Amt zu schaffen, daß sich all den Ausgaben widmet, die event. noch in Frage kommen könnten. Die Milch soll nicht auf Bakterien untersucht werden, um den Genuss zu vereinfachen, sondern um Unreinheiten festzustellen. Würden beispielsweise außergewöhnlich viel Tuberkelzellen vorgefunden, dann sei es möglich, die Produzenten in Höhe darauf ausmerksam zu machen, daß ihr Vieh tuberkulös sei und Vorbeugungsmaßregeln zu treffen. Herr Dr. Röhrig sei selbst der offizielle Beurkundter der Ratvorlage.

Stadt. Dr. Sonnenkalb: Alle Darmkrankheiten sind verursacht durch Bakterien. Die Bakterienuntersuchungen müssen jedem die Augen öffnen; sie geben auch die Erklärung für die Häufigkeit der Darmtuberkulose. Wenn Herr Seifert nicht zu belehren sei, wolle er ihm auch nicht befehlen.

Stadt. Seifert (Mittelst.) stellt den Antrag, zur bakteriologischen Untersuchung der Kindermilch in den Ställen der Umgebung 3000 M. zu bewilligen.

Stadt. Pöllendorf (Soz.): Es handelt sich bei der Verbesserung der Milch nicht bloß um die Kindermilch, sondern um die Milch überhaupt. Die Seifertschen Einwände sind durch die Ausführungen des Vorredner bereits vollständig widerlegt. Hoffentlich bleibt der Rat bei der jetzigen Vorlage nicht stehen, sondern dehnt seine Untersuchungen auch auf die für den Konsum der Erwachsenen bereckte Milch aus.

Stadt. Höhne (Mittelst.) behauptet, daß die hohe Kindersterblichkeit nicht in der Beschaffenheit der Milch, sondern in der gerade in Sachsen sehr hohen Zahl unehelicher Geburten und Scheidungen seinen Grund habe. (1)

Stadt. Sonnenkalb stellt dieser Behauptung gegenüber fest, daß gerade die ehelich geborenen Kinder die höchste Sterblichkeitssiffer aufweisen.

Der Antrag des Finanzausschusses wird gegen 10 Stimmen angenommen. Damit ist der Antrag Seifert hinfällig geworden.

Zu Konto 1 des Haushaltplanes für 1908, Position Gewerbeamt, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, bei Antrag der Verkehrsbehörde, den Beitrag zum Heizungs- und Beleuchtungsauswand des Kaufmannsgerichts mit 1448 M., des Gewerbegerichts mit 1561,70 M., den Mittenzins für das Kaufmanns- und Gewerbegericht mit insgesamt 7223,28 M. zu genehmigen unter der Bedingung, daß später auch dem Gesamtauswand für Heizungs- und Beleuchtungszwecke der Verwaltungsgebäude, sowie für Mieten im Neuen Rathaus zugestimmt wird. Das Kollegium beschließt demgemäß, ebenso werden die übrigen Positionen des Konto 1 genehmigt.

Die Positionen Straßen- und Weppoltzettel des Konto 10 (Wohlfahrtspolizei) werden genehmigt.

Zu Konto 34, Räume und Bläcke, beantragt der Verkehrsbehörde, daß Blähgeld während der Oster- und Michaelismesse anstatt mit 66 000 mit 76 000 M. einzustellen, weiter den Mietzins für die beiden Häuschen am Hauptmarkt zum Weppplatz auf 1300 Mark zu erhöhen und die übrigen Positionen unverändert zu genehmigen. Der Antrag wird angenommen.

Das Monat Markthalen wird nach den Ratsschlußsessen genehmigt, ebenso die Einnahmen und Ausgaben für die Bäder und öffentliche Beliebtheit.

Zum Konto Feuerlöscherei beantragt der vereinigte Petrieß, Finanz- und Versicherungsausschuss, bei Pos. 22, Unterhaltung der vier Elektroautomobile, unter Streichung von 9500 M. für ein Elektroautomobil den Netzbetrag von 7107,50 M. zu bewilligen, im übrigen über das ganze Konto mit einigen unwesentlichen Abänderungen zu genehmigen.

Stadt. Beck (Mittelst.) beklagt sich über die hohen Kosten des Automobilbeschaffung, die bis anfänglich in Aussicht genommen weit übersteigen. Dabei bleiben die Automobilpreise noch hinter den mit Pferden bewappneten in der Schnelligkeit zurück. Ob der Hauptzug ansäße, könnten schon Menschenleben vernichtet sein, wie es seltsamer bei dem Brande in der Weberstraße geschehen sei. Es empfiehlt sich deshalb, die vorbereitete Anlegung von Bezirkswachen.

Stadtrat Dr. Schatz weist die Vorwürfe gegen das Feuerlöscherei aus, die geeignet seien, die Stadt Leipzig vor der gesamten Gesellschaft herabzuwürdigen, entshieden zurück. Die Unglücksfälle bei dem Brande in der Weberstraße seien auf ganz andere Ursachen zurückzuführen; die Feuerlöscherei erfüllt die Stadt ferner dabei kein Vorwurf treffen. Der Automobilbetrieb ist noch jung, es kann deshalb nicht wundernehmen, daß die Einrichtungen noch nicht in jeder Beziehung vollständig sind. Die Technik arbeitet aber unermüdbar daran, die noch bestehenden Mängel zu beseitigen. Jedenfalls steht fest, daß schon heute die Elektroautomobile wesentlich schneller sind, als die Pferdebenige.

Die Ausführungen des Vorredner werden noch von mehreren Seiten bestätigt, worauf einstimmige Annahme des Kontos erfolgt.

Dem Konto Brunnenwesen wird zugestimmt, ebenso wird die Rechnung über die Hörnleinische Stiftung für die höhere Schule für Mädchen auf das Jahr 1906 richtig genehmigt.

Die Sonderhaushaltspläne des Schulamtes, der Thomass., Petri- und Nikolaischule, der Gewerbeschule, der 1. bis 4. Realschule, der 1. und 2. höheren Schule für Mädchen und Lehrerinnenseminar werden nach den Anträgen des Schulhaushaltess debattlos genehmigt.

Die Herstellung eines Grabes in den städtischen Anlagen zu Stötteritz auf Kosten der Stadt wird abgelehnt, dabei aber die Bereitswilligkeit betont, dem Nachbar zu gestatten, auf seine Kosten den Graben auf städtischen Land herzustellen. Die Aenderung der Wege in den Anlagen der Walderholungsstätten für Lungenkranken in Stötteritz wird mit einem Kostenanwand von 280,44 M. genehmigt.

Zum Konto Schleuse beantragt der Eisen- und Betriebsausschuß, den Umbau der Haupschleuse in der Delitzscher und Postringer Straße in L-Entwurf nur mit 19 000 M. einzustellen, im übrigen das Konto zu genehmigen.

Das Monat Markthalen wird nach den Ratsschlußsessen genehmigt, ebenso die Einnahmen und Ausgaben für die Bäder und öffentliche Beliebtheit.

Zum Konto Feuerlöscherei beantragt der vereinigte Petrieß, Finanz- und Versicherungsausschuss, bei Pos. 22, Unterhaltung der vier Elektroautomobile, unter Streichung von 9500 M. für ein Elektroautomobil den Netzbetrag von 7107,50 M. zu bewilligen, im übrigen über das ganze Konto mit einigen unwesentlichen Abänderungen zu genehmigen.

Stadt. Beck (Mittelst.) beklagt sich über die hohen Kosten des Automobilbeschaffung, die bis anfänglich in Aussicht genommen weit übersteigen. Dabei bleiben die Automobilpreise noch hinter den mit Pferden bewappneten in der Schnelligkeit zurück. Ob der Hauptzug ansäße, könnten schon Menschenleben vernichtet sein, wie es seltsamer bei dem Brande in der Weberstraße geschehen sei. Es empfiehlt sich deshalb, die vorbereitete Anlegung von Bezirkswachen.

Stadtrat Dr. Schatz weist die Vorwürfe gegen das Feuerlöscherei aus, die geeignet seien, die Stadt Leipzig vor der gesamten Gesellschaft herabzuwürdigen, entshieden zurück. Die Unglücksfälle bei dem Brande in der Weberstraße seien auf ganz andere Ursachen zurückzuführen; die Feuerlöscherei erfüllt die Stadt ferner dabei kein Vorwurf treffen. Der Automobilbetrieb ist noch jung, es kann deshalb nicht wundernehmen, daß die Einrichtungen noch nicht in jeder Beziehung vollständig sind. Die Technik arbeitet aber unermüdbar daran, die noch bestehenden Mängel zu beseitigen. Jedenfalls steht fest, daß schon heute die Elektroautomobile wesentlich schneller sind, als die Pferdebenige.

Die Ausführungen des Vorredner werden noch von mehreren Seiten bestätigt, worauf einstimmige Annahme des Kontos erfolgt.

Dem Konto Brunnenwesen wird zugestimmt, ebenso wird die Rechnung über die Hörnleinische Stiftung

feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1907 Nr. 248

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern.

Aus dänischer Zeit.

Bilder und Skizzen
von
Charlotte Niese.

Nachdruck verboten.

Blasse Nosen.

121

Oben auf Großvaters Boden stand der Tantenloffer, eine gewöhnliche alte Truhe, Kisten und Schachteln. Er war alt, groß und häßlich, aber wie betrachteten ihn jetzt mit Rengierde, weil wir nicht wußten, was darin war. Die Großen wußten es auch nicht. Früher, vor vielen, vielen Jahren, waren zwei Cousinen unsres Großvaters lange bei dem Großvater im Hause gewesen, und als sie wieder davongezogen waren, hatten sie gebeten, diesen Koffer hier lassen zu dürfen, bis sie ihn selbst holen würden. Aber sie waren nicht wiedergekommen, und der Koffer stand noch immer auf Großvaters Boden. Dieser Boden war unheimlich. Groß, niedrig und dümmig, mit schrägen Dachfenstern, war er uns schon am hellen Tage ein bisschen gruselig. Abends aber gingen wir vollends hinauf und unter seiner Bedingung ohne Beleuchtung. Es hússte, knadte und rutschte dort in allen Ecken, und wie waren froh, wenn wir wieder unten waren. Am Tage sahen wir wohl manchmal gern in einer helleren Ecke des Bodens, sahen die Stäubchen in den schrägen einfallenden Sonnenstrahlen tanzen, suchten nach altem Gerümpel oder betrachteten den Tantenloffer. Früher war er schwärz gestrichen gewesen; jetzt hatte ihn die Farbe allmählich verlassen, man sah das gerissene, wurmstichige Holz, und die eisernen Bänder, die ihn umspannert hatten, rosteten nach und nach immer mehr. Cousinen konnten wir ihn aber doch nicht; das Schloß schien noch sehr gut zu sein, und so mußten wir uns damit begnügen, den Tantenloffer von allen Seiten zu betrachten, auf ihm zu sitzen oder auf ihm herumzutampeln. Vertragen konnte er nämlich alles.

Nach den Tanten, die die glücklichen Besitzer dieses Schlosses waren, fragten wir übrigens wenig. Nicht weil es uns an allgemeiner Menschenliebe gefehlt hätte, sondern weil wir nach unserer Ansicht genug Tanten hatten. Wir hatten, wie alle Sterblichen, verschiedene Arten von Tanten. Einige waren sehr lieb, sehr gut und liebenswürdig; andre mäkelten beständig an uns herum und fanden uns unliebenswürdig, unartig und unbedeckt. Es gab gewisse Tanten, die niemals mit uns zufrieden waren, die uns beständig fühlten, ließen, wie weit wir uns alle Tage vom Wege der Tugend entfernt, und die uns von unheimlich artigen Kindern lange Geschichten erzählten, deren Sinn darin bestand, daß wir mit diesen Tugendbolden auch nicht die entfernteste Nehnlichkeit hätten. Wir empfanden nicht leicht Müdigkeit; diese Tanten aber wirkten ermüdend auf unsre Gemüter. Wir waren ihnen nicht gerade böse, sie mochten ja recht haben mit ihrer schlechten Meinung von uns; aber wir liebten sie auch nicht. Kinder sollen aber nur lieben, und deshalb war ihr Einfluß nicht gut. Noch jetzt empfinde ich nur Rädte, wenn ich zurückdenke an jene lieblosen, tödelsüchtigen Tanten, und wie waren durchdröhnt mich dantbare Liebe, wenn ich jener Tante gedenke, die mich mit liebender, weicher Hand einführte in die Geheimnisse des Alphabets, die alles Gute in mir forscham hieß, der seine Unart verschwiegen wurde, und die niemals Moralpredigten hielt. Dafür wird sie auch wieder geliebt werden bis in die Ewigkeit. Fremden Tanten standen wir immer mit einem gewissen Misstrauen gegenüber. Jürgen meinte allerdings, die Tanten, die Fräulein hießen, seien meistens die nettesten. Meinen Erfahrungen entsprach das nicht ganz. So gingen unsre Ansichten über diesen Punkt auseinander, und die Frage, ob eine unverheiratete Tante einer verheirateten vorgezogen sei, ist bis heute von uns nicht gelöst worden.

Als wir Tante Julie und Tante Auguste vom Sunde abholen sollten, fiel uns plötzlich unterwegs ein, daß wir gar nicht wußten, ob sie verheiratet waren. Es waren die Koffer-Tanten, die erwartet wurden, und wir hatten uns auf die endliche Eröffnung des geheimnisvollen Gegenstands so gefreut, daß uns die Frage, wer Tante Julie und Auguste eigentlich waren, ziemlich gleichgültig erschien. Recht aber, wo wir bei Hinrich auf dem Boot sahen, während die Glaslatte einsam prächtig hinter uns herrollte, empfanden wir doch das Bedürfnis, etwas von den Damen zu erfahren, mit denen wir nochher artig im Wagen sitzen sollten. Ich hatte fürzlich eine etwas erregte Auseinandersetzung mit der unverheirateten Tante gehabt, die das Handzeichen unsres Großvaters leitete, und daher ging mein Wunsch dahin, daß sich die neuen Tanten im Stande der Ehe befinden möchten. Jürgen bemerkte aber mit dem ihm eignen Widerspruchsgesicht, daß ihm die neuen Tanten überhaupt gleichgültig wären. Er wußte keine Tanten mehr leiden, möchten sie nun verheiratet oder unverheiratet sein, die meisten tangten doch nichts. Onkel waren unter allen Umständen besser. Ich widersprach nicht, denn wir hatten nette Onkel: einen ganz jungen, lustigen, besonders der noch Student war; aber mit ihnen die Tanten doch am besten, und ich fragte Hinrich, ob er etwas von den erwarteten gehört hätte, worauf der lustige mit ernsthaftem Gesicht bemerkte, daß er die Fräulein vor dreißig Jahren auch schon einmal gesehen habe.

Da waren sie Jungfern, sagte er bündig, indem er mit der Peitsche eine Fliege von Hermanns Halse forttrieb; aber in dreißig Jahren kann sich das immer ein bisschen verändern!

Das war gewiß möglich, und so konnten wir uns jetzt den gewagtesten Vermutungen hingeben, bis uns der scharfe Ostwind noch heftiger um die Ohren piff, und der Fahrrächer uns vom Rutschbock in seine Arme springen ließ.

Sie kreuzen all lange, bemerkte er, eine hat ein blaues und eine ein grünes Kleid, und hellsehen dünn sind sie auch!

Dann schraubte er sein Fernrohr zusammen, durch das er die sich wild stürzende See geblickt hatte, und wie ließen auf die Brücke, um das Boot zu beobachten, das jetzt anscheinend still zwischen den hohen Wellen lag.

Unser Sünd ist bis zum heutigen Tage ein unberechenbarer Geselle geblieben. Bei heftigstem Sturme, der, nebenbei bemerkt, eine Richtung beibehält und oft aller Vierstunden umspringt, ist es gar kein Genuss, auf den grüngrauen Wellen der Ostsee im Segelboot zu tanzen. Die eine Strömung schleudert das Fahrzeug herhin, die andre dorthin, und es gehört die Stabilität eines gewiechten Schiffers dazu, sein schweres Boot glatt durch die Brandung zu führen. Aber die Inassen des Bootes fühlen sich nicht immer wohl dabei.

Ich glaub, daß die Damens fig feekant sind! meinte der Fahrrächer, der neben uns stand, und wir nickten bedauernd. Mit Seekrankheit hatten wir immer Müll.

Jürgen aber hatte plötzlich einen ganz neuen Gedanken. Wird man eher seekrank, wenn man unverheiratet ist, oder her, wenn man einen Mann hat? fragte er.

Der Verkäufer zog sich den Südwester etwas mehr über die Ohren. Da weiß ich nur Genaueres von zu sagen, erwiderte er dann bedächtig. Was mein Schwagerin ihr Schwester ist, die mit ihrem Mann nach China fährt, die ist in ein Teufum, was ein schneischen Sturm ist, gefund wie ein Stint geblieben, wogegen ihr Mann und der Steuermann und die Mannschaft zweitweg elendig gewesen sind. Sie hat mich das in ein Brief geschrieben. Und wenn sich ein verheirateter Mann erstmal auf den Süden legt, dann muß es also stimm fein kee, mit'n Cheshand hat die Seekrankheit ganz und garnig zu tun! Na, da kommen sie ja — nun heißt man ein bisschen bei die Bademüllens, Kinder!

Mit den Bademüllens, unter denen unser Freund alles Geväst verstand, waren wir seit unserer Geburt vertraut. Wie wußten, daß, wenn Tanten kamen, wir eine Zeitlang vor Schachteln, Manteln und Wühlenköpfen überhaupt nicht zu sehen waren, und als sich das schwere Boot dröhnen an die Brüde lehnte, während diese in allen Wohlen knarrte, da streuten wir bereits erwartungsvoll die Hände aus, um die bekannten Bademüllen in Empfang zu nehmen.

Zwei schlanke, ältere Damen wurden von Niels aus dem Boot gehoben. Sie schwankten noch ein wenig und sahen sehr blaß aus; als wir aber nach Schachteln und Tüchern griffen, lamen sie uns zuvor. Wir sollten nichts tragen, sagten sie, das könnte uns schaden; und dann streichelten sie uns und meinten freundlich, wir wären liebe, hübsche Kinder. Unser Erstaunen war groß; es wuchs aber ins Grenzenlose, als die Tanten in der Kutsche durchaus eilends sitzen wollten, während sie uns befreit waren, doch vorwärts oder im "Fond", wie man damals sagte, zu fahren. Wie taten es natürlich; schon des Spahes wegen und um nachher den Gespielen gegenüber prahlend zu können, doch wir Tanten hätten, die rückwärts sitzen wollten, während wir vorwärts fuhren; unheimlich aber war uns doch dabei zumute, und wir wurden still und nachdenklich.

Die Tanten, die uns also befreit gegenüber saßen und auch noch Schachteln auf dem Schoß hielten, sprachen hin und wieder einige französische Worte miteinander. Wie konnten nicht alles verstehen, aber doch sowiel, daß sie uns bien éléves (wohlgerogen) nannten, und mich un peu laid (etwas häßlich). Erst sahen wir möglichst gleichgültig vor uns hin; dann stießen wir uns an, und endlich konnten wir uns vor Lachen nicht mehr halten. Es war doch zu komisch, daß wir bien éléves sein sollten! Und als wir merkten, daß uns die Tanten lächeln anblickten und gar keine Miene machten, uns von andern Kindern zu erzählen, die niemals lachten, oder die pföhlich gestorben wären, weil sie in Begleitung ihrer Verwandten gelacht hätten, da wurden wir sehr zutraulich. Wir eröffneten ein wahres Kreuzfeuer von Fragen auf die unglaublichen Damen, und als wir nach Hause kamen, konnte ich bereits dem Stubenmädchen erzählen, daß Tante Julie fünfzig und Tante Augusta fünfundfünfzig Jahre alt geworden sei, daß jede vier Kleider mitgebracht hatte, und daß keine von ihnen verheiratet gewesen sei. Und der Koffer sollte morgen gleich ausgedrückt werden. Der Koffer! Der Gedanke, daß wir endlich hinter die Geheimnisse des Koffers kommen sollten, regte uns gewißlich auf, wir sprachen unaushörliech darüber, was er wohl enthalten möchte, und begriffen gar nicht, daß sich die Tanten nicht mehr auf dies Ereignis freuten, und daß Tante Augusta sogar ein trauriges Gesicht mache, als sie, verfolgt von uns, die schmale Bodentreppe hinaufging. Und nun endlich, endlich öffnete sich der schwere verstaubte Deckel, ein sonderbarer Moderduft stieg uns entgegen, und wir erblickten einen Haufen sorgfältig aufgemäkelte Kleidungsstücke.

Auspacken! riesen Jürgen und ich in einem Atem; aber die beiden sonst so höllischen und rücksichtslosen Tanten gehörten uns nicht folglich. Sie knieten vor dem gefüllten Koffer, und die Tränen strömten aus ihren Augen. Draußen regnete es, schwere Tropfen glitten wie Tränen über die schrägen Dachfenster; der Wind spielte mit einigen losen Ziegeln, und manchmal klapperte es, als ob auch er weinte. Uns ward unheimlich zumute, bis Tante Augusta unsre bestürzten Gesichter bemerkte, trok des grauen Blickes. Mit bittendem Lächeln sah sie uns an, freundlich über unsre Haare streichend.

Es geht gleich vorüber, sagte sie entzückt. Wir haben den Koffer so lange nicht geöffnet — er wurde eingepackt, als wir noch dreißig Jahre jünger waren. Nun kommen die Erinnerungen — sie brach ab, um uns noch einmal zu liebkoschen. Sie mochte einsehen, daß Kinder weder für Erinnerungen, noch für eine lange Spanne bei Verständnis haben.

Tante Julie hatte schon angefangen auszupacken. Zuerst waren es gleichgültige Gegenstände, die durch unsre Hände gingen: alte Wäsche, feine Strümpfe und sonstige nützliche Dinge, so daß wir aufmerksam Tante Julie zuhören konnten, die uns die Geschichte jedes Kleidungsstückes erzählte. Dies Spikenjabot hatte ihr Vater bei feierlichen Gelegenheiten getragen. Er war Uniform gewesen und mußte, nach den Schnallenbüchsen zu urteilen, die jetzt ans Tagessicht laufen, auf großem Fuße gelebt haben. Und dann kam ein Ordensband, das dem Großvater der Tanten, einem dänischen General, gehört hatte. Früher möchte es nicht Mode gewesen sein, die Ordensdekorationen dem Landesherrn wiederzugeben, ein Haftan, mit verblasster Seide gefüllt, enthielt allerhand Kreuze und Medaillen. Solange wir uns bei dem Unterstoßung des tapfern Generals aufgeholt hatten, waren wir still. Hörer der Tanten gewesen; als aber sein oberer Galamens an das Tagessicht befördert wurde, da hielten sie ebensofort mit den Daumenzähnen wie mit uns sprechen können. Nunum daß wir Ihre Erlaubnis abwarten, etwas von den kostlichen Gegenständen anzulegen, dann polterten wir die Bodentreppe hinunter. Jürgen trug einen feuerroten Frack, dessen Kippel wie eine Schleife hinter ihm herzogen; ich hatte mir einen Dreimaster aufgesetzt und das Kommandeurzeug des Danzibogs und eine Degenquaste um den Hals gehängt.

Au Jürgen der Treppen standen die älteren Brüder, die auch von dem Koffer gehört hatten, und nach wenigen Sekunden sahen wir neinend vor der Haustür. Alles, was uns zum "Teilen" geboten war, war die Degenquaste. Unsre Schäfte waren nicht allein in andre Hände übergegangen, man hatte uns auch noch vorgeworfen, daß wir schlechte Schleswig-Holsteinische wären. — denn wer trägt heutzutage eine dänische Uniform und einen Orden des Dänenkönigs? Lebensfalls mußte man doch dazu die Erlaubnis der Eltern einholen und vorläufig diese Sachen den älteren Brüdern überlassen!

Wir weinten jedoch nicht lange. Der rote, moltenzerfressene Frack wanderte wieder zu den Tanten zurück, die Orden gleichfalls, und als diese nachher uns allen etwas schenkten, waren es andre und passendere Gegenstände. Der Koffer enthielt wirklich kostliche Sachen: alte Glasflaschen, Bücher, Notizbücher und eine Menge von altnordischen Dingen, die jedem Liebhaber Freude gemacht hätten. Uns Kindern ward allerhand zur Auswahl hingelegt. Ich bekam eine dicke Taschenmutter aus einem Metall, das man Tombak nannte, und Jürgen wähle sich eine schnale, zusammengezollte Glideri. Es waren ver-

blaue Nosen und Vergißmeinnicht auf ganz schmalen Stämmen gestellt, und die Tanten meinten, es sollte sich später ein paar Hosenträger davon machen lassen.

(Schluß folgt.)

Aus der Geschichte der Chirurgie.*

Früher hat man alle Krankheiten, die durch die Anwendung mechanischer Mittel geheilt wurden, chirurgische genannt, eine Einleitung die gegenwärtig bedeutungslos geworden ist, da auch viele sogen. innere oder medizinische Krankheiten nur durch chirurgische resp. operative Behandlung geheilt werden können. Die erhöhte Leistungsfähigkeit der modernen Chirurgie hat es ermöglicht, daß sie auch auf dem Gebiete der inneren Medizin bei Erkrankungen der inneren Organe sich immer mehr Terrain erobert hat. Von der Oberfläche des Körpers hat sich die moderne Chirurgie immer mehr vertieft und alle Organe in den Bereich ihrer Tätigkeit gezogen. Die Zeit ist lange dahin, wo der Chirurg in der eleganten Beherrschung der operativen Technik, in der möglichst schnellen Ausführung einer Operation seine Hauptaufgabe suchte. Das Wort Chirurgie stammt aus dem Griechischen, von heut die Hand und ergon das Werk, aber aus dem „Handwerk“ ist eine Kunst, eine Wissenschaft geworden, die sich besonders in den letzten vier Dekaden so gewaltig und staunenswert rasch zu einer Höhe der Entwicklung erheben hat, wie nie zuvor.

Im Altertum stand die Ausübung der Chirurgie, wie überhaupt der gesamten Heilkunde, vielfach in innigster Beziehung zu dem religiösen Kultus. Die ärztliche Tätigkeit wurde teils von Personen, teils von Aerzten im gewöhnlichen Sinne des Wortes ausgeübt. So war es bei den Ägyptern, bei den Indern, bei den Griechen während der hellenistischen Heldenzeit, bei den Römern während der Zeit der Republik und bei den Germanen bis tief in das Mittelalter hinein. Auch in Italien waren es in der späteren Zeit Mönche, besonders die Benediktiner, die sich vielfach mit dem Studium und der praktischen Ausübung der Heilkunde beschäftigten und ihre Wissenschaft zugleich mit der christlichen Lehre in ferne Gegenden trugen, z. B. auch nach Deutschland und England.

Über den Zustand der Heilkunde bei dem ältesten Kulturstufe, bei den Ägyptern, geben uns zahlreiche Inschriften und Schriftwerke Aufschluß, besonders auch der Papyrus Ebers, der uns die Heilkunde der Ägypter vor etwa 4000—1500 Jahren schildert. Besonders berühmt waren die ägyptischen Augenärzte, auch die Zahnhilfekunde scheint nach den vorsätzlich eingesetzten künstlichen Zahnen an Mumien eine höhere Stufe der Entwicklung erreicht zu haben.

Bei den Indern blieb die Heilkunde und besonders die Chirurgie vordringweise während der brahmanischen Zeithperiode. Knorpelbrüche und Verrenkungen wurden sachgemäß behandelt, Wunden genäht, Geschwülste entfernt usw. Von den größeren Operationen seien erwähnt die Amputationen, die Darmnaht, die Größerung des Unterleibs bei Unwegsamkeit des Darmes, der Steinschnitt befußt Entfernung von Blasensteinen, die Operation des Stars und besonders die sogen. plastischen Operationen, d. h. die operative Neubildung von Lippen, Nasen und Ohren (die sogen. Cheilos, Rhino- und Otoplastik), wozu die indischen Aerzte wegen der vielfach angewandten Strafe des Abschneidens von Nase und Ohren reiche Gelegenheit fanden. Die Ausübung der Heilkunde war fast ganz in den Händen der Priester, doch gab es auch einen besonderen Stand der Aerzte, welche namentlich als Feldärzte die Kriegsschreie begleiteten.

Bei den Griechen war die Chirurgie schon sehr frühe in her vorragender Weise entwickelt. Aus der Ilias des Homers erfahren wir, daß es schon damals einen besonderen Stand der Aerzte gab. Das Spezialistentum war bei den Griechen ganz besonders ausgebildet, die griechischen Chirurgen wechselten vielfach ihren Wohnsitz, zogen umher, um bald hier, bald dort ihre Kunst auszuüben. Von den zahlreichen medizinischen bzw. chirurgischen Schriften, welche die Griechen schon im 5. Jahrhundert v. Chr. besaßen, ist uns nur das Werk des Hippokrates erhalten geblieben, ein Sammelwerk, das von verschiedenen Autoren abgeschrieben ist. Einzelne Teile dieses Werkes sind ganz vorzüglich, z. B. die Abhandlung über Schadelverletzungen und über die operative Größerung des Schädels durch die Trepanation, welche mit ähnlichen Instrumenten ausgeführt wurde, wie es bis vor relativ kurzer Zeit noch bei uns üblich war. In der Tat ist die Trepanation eine der ältesten und bei den verschiedensten Völkern ausgeführte Operation. Wissen wir doch aus verschiedenen Funden in Gräbern der Steinzeit, z. B. in Frankreich, in Amerika, daß auch in der jüngeren Steinzeit die Trepanation am Lebenden ausgeführt wurde (Prunières, Broca). Der Schädel wurde mittels Feuerstein ähnlich durchgeschabt, oder es wurde mit einem Steinmesser ein ovales oder quadratisches Knochenstück ausgeschnitten. Wie wissen ferner, daß auch diejenigen Wilden, welche heute noch in der Steinperiode leben, wie z. B. auf den Südseeinseln, die Trepanation genau in derselben Weise

* Wie entnehmen diesen Überblick über die Geschichte der Chirurgie dem jüchen erschienenen 31. Banden der empfehlenswerten Sammlung Wissenschaft und Bildung (Leipzig, Verlag von Quelle u. Meyer): Die moderne Chirurgie für gebildete Leute. Von Dr. H. Tillmanns, Professor an der Universität Leipzig. Preis gebunden 1 M. 25 Pfg. — Tillmanns, einer der erfolgreichsten Chirurgen der Gegenwart, gibt hier auf Grund langjähriger Erfahrung einen kurzen Überblick über die chirurgische Wissenschaft und deren heutigen Stand. Wir lernen zunächst die modernsten Heilmethoden durch Röntgen- und Radiumstrahlen, die Anwendung des elektrischen Lichts, der Sonnenstrahlen, der Elektrozität, der flüssigen Luft usw. kennen, wohnen sodann einer chirurgischen Operation bei, sehen deren Vorbereitung, Ausführung und Nachbehandlung und bedachten die Wirkung der Narose, sowie anderer Schmerzstillungsmittel. Den wichtigsten Infektionskrankheiten ist ein weiterer Abschnitt gewidmet. Wundheilung, Entzündungen, Eiterungen, Rose, Blutergüsse usw. werden behandelt. Von besonderem Interesse ist das folgende Kapitel, das eine Anleitung zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen gibt: Wiederbelebung bei Ohnmacht, Hirschlag, Sonnenstich, bei Erstickung, bei Ertrunkenen, bei Bergstürzen, bei Verbrennungen und sonstigen Verlebungen durch Verbrennen oder Ersticken, durch giftige Tiere, Insekten und Schlangen usw. Ein Extrakt über die moderne Kriegschirurgie beschließt diese Ausführungen, während ein leichter Abschnitt die Entstehung und Verhütung der wichtigsten Krankheiten behandelt, insbesondere der Wacholderstörungen, der Tuberkulose, Diphtherie, der Blinddarmentzündung und der Krebskrankheiten.

bei Verletzungen oder Krankheiten des Gehirns ausführen, wie die Menschen der prähistorischen Steinzeit.

Ein großer Aufschwung der Chirurgie fand sodann besonders unter den Hellenen in Aegypten statt, wo das Studium der Anatomie, z. B. von Herophilos, Eratosthenes u. a. sehr gepflegt wurde und indirekt zur Förderung der Chirurgie mit beitrug. Unter den Ägypten und Chirurgen dieser Zeitperiode ragen besonders hervor: Philogenes, der Verfasser eines mehrere Bände umfassenden, hochangesehenen chirurgischen Werkes, ferner Eratosthenes, die beiden Apollonios und Ammonius, genannt Ptolemaios, welcher auert die Verstülpung zu großer Blasensteine beim Steinschnitt vornahm.

Bei den Römern beginnt erst in der letzten Zeit der Republik die Pflege der Heilkunde, eigentliche Aerzte waren sehr selten, selbst tüchtigen griechischen Aerzten gelang es während der republikanischen Periode in Rom nicht, sich Stellung zu verschaffen. Das berühmteste medizinische Werk des Römers Celsus, eines hochgebildeten medizinischen Dilettanten, dessen 7. und 8. Buch der Chirurgie gewidmet ist, beruht fast ausschließlich auf aegyptischen Quellen, er fand aber in der römischen Kaiserzeit und im Mittelalter wenig Beachtung. Die glänzendste Epoche der römischen resp. griechischen Chirurgie im Altertum fällt in die römische Kaiserzeit, besonders in das 2. bis 4. Jahrhundert n. Chr. Archigenes, Hippocrates, Leonides, Anthos sind hervorragende Chirurgen, deren Leistungen uns mit Bewunderung erfüllen, wie besonders aus dem Sammelwerk des Oribassios (1. Jahrhundert) hervorgeht. Von Anthos stammt eine Operationsmethode bei Krankheiten der Blutgefäße (bei Anurysmen), welche gegenwärtig immer häufiger ausgeführt wird. Die hervorragendste Erscheinung unter den römischen Aerzten ist Claudius Galenus (131–201 n. Chr.), er förderte vor allem die Anatomie und fasste die Medizin in ein philosophisches System zusammen, welches über tausend Jahre in höchstem Ansehen gestanden hat und allgemein als richtig akzeptiert wurde. Mit dem Verfall des römischen Reichs ging der Rückgang der Kultur und der Wissenschaften Hand in Hand.

Überblieben wir die wichtigsten Leistungen des Altertums auf dem Gebiete der Chirurgie, so sehen wir, daß die Alten Operationen gekannt und ausgeführt haben, die im Mittelalter wieder vollständig in Vergessenheit gerieten und erst später wieder neu entdeckt wurden, wie z. B. ganz besonders die Stellung der Blutung auf Grund ihrer Kenntnis des Blutkreislaufs. Einen wertvollen Ausgangspunkt für die Beurteilung der chirurgischen Leistungen im Altertum bilden die in Pompeji und Herculaneum gefundenen chirurgischen Instrumente, welche im Museum und im Museo Borbonico in Neapel aufbewahrt werden. Wir finden hier zum Teil dieselben Instrumente, welche wir gegenwärtig verwenden. Die schneidenden Instrumente sind von Eisen, die übrigen von Bronze. Im angehenden waren im römischen Reich die griechischen Aerzte. Freie Römer wurden nur selten Aerzte. Die Erlernung der Heilkunde galt anfangs durch Privatunterricht, später wurden umfangreiche staatliche bzw. städtische Lehranstalten gegründet. Die Heilkunde war ein freies Gewerbe, jeder, welcher sich als Arzt ansah, galt als solcher. Das Spezialistentum war sehr ausgebildet. Die Chirurgie war vielfach in den Händen von Badern und Barbieren. Größere Operationen wurden natürlich im Vergleich zur Gegenwart nur sehr selten ausgeführt.

Im Mittelalter sank die Chirurgie tief herab, die schönen Errungenschaften und Leistungen der griechischen und römischen Chirurgen aus der römischen Kaiserzeit gerieten vollständig in Vergessenheit. Am meisten noch traten die arabischen Aerzte in den Vordergrund. Der hervorragendste chirurgische Schriftsteller der Araber ist Abul-Asaf in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts, aber bei dem natürlichen Abschluß der Orientale vor operativen Eingriffen spielt die Chirurgie bei den arabischen Aerzten nur eine geringe Rolle.

Die literarischen Vertreter der Chirurgie im Mittelalter werden dann bis etwa zur Mitte des 13. Jahrhunderts die italienischen Aerzte; in Salerno und Bologna bestanden hochberühmte medizinische Schulen, wohin die lernbegierige Jugend aller Nationen zusammenströmte. Das frische Aufblühen der Heilkunde in Italien war im wesentlichen ein Verdienst der geistlichen Orden, besonders der Benediktiner. Im 14. Jahrhundert beginnen dann die französischen Aerzte resp. Chirurgen das Übergewicht zu gewinnen. In Deutschland ist es während des ganzen Mittelalters um die Chirurgie geradezu traurig bestellt, erst 1400 erschien das erste bekannte deutsche Werk über Chirurgie, die Bündnerchronik von Heinrich v. Pfalzgründt.

Die soziale Stellung der Chirurgen während des Mittelalters war sehr unfreudlicher Natur. Es bestand eine tiefe Kluft zwischen den auf den Universitäten gebildeten „gelehrten“ Aerzten, den „Doktoren“, welche den „Mittlern“ gleichstanden, und den Wundärzten, den Chirurgen. Letztere lernten in der Regel ihr „Handwerk“ bei einem Meister in der Barberstube oder auf einzelnen Lehranstalten der chirurgischen Genossenschaften, sie waren vorwiegend Spezialisten, der eine war ein Starstecker, der andre ein Stein- oder Bruchschneider oder nur ein „Bahnbrecher“ usw. Die besten Chirurgen waren die Operatores, die Schneideärzte, welche auch als sogen. Stadtärzte für beschleunigten Lohn als die „gelehrten“ vornehmnen Mediziner die ärztliche Behandlung der Armen übernahmen. Zu der niedrigsten Klasse der Chirurgen gehörten auch die Scharfrichter, welche sich vielfach mit der Behandlung der durch die Tortur Gemarterten beschäftigten und dadurch sich chirurgische Kenntnisse erwarben. Diese Kollegialität zwischen Chirurgen und Scharfrichtern hat in Deutschland bis in das 17. Jahrhundert, ja sogar bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts gedauert. Ein Scharfrichter Michael Widmann war Ende des 17. Jahrhunderts ein mit einem Privilegium Kaiser Leopolds versuchter „berühmter Medicus“ in Nürnberg, und König Friedrich I. von Preußen ernannte einen Scharfrichter namens Coblenz zum Hofmedicus.

Mit dem 16. Jahrhundert, dem Zeitalter der Renaissance, der Wiedergeburt des geistigen Lebens, beginnt auch ein mächtiger Aufschwung der Chirurgie, angeregt durch die glänzende Förderung der Anatomie durch Vesal (1519–1564), Fallopius (1532–1562) und Guicciardini († 1570), sowie durch die Einführung der Schußwaffen. Auch die soziale Stellung der Chirurgen verbesserte sich. Besonders in Italien finden wir hervorragende, wissenschaftlich gebildete Chirurgen, z. B. Benedetti in Padua, Maggi in Bologna, Vigo in Rom u. a.; fast an allen Universitäten Italiens wurden Lehrstühle für Chirurgie errichtet. In der Mitte des 16. Jahrhunderts treten dann die französischen Chirurgen immer mehr in den Vordergrund und unter ihnen ganz besonders Ambroise Paré, der Sohn eines Barbiers und selbst anfangs ein Barbierzögling, dann aber der gefeierteste Chirurg seiner Zeit, welcher sich durch die Umgestaltung der Lehre von den Schußwunden, durch die Einführung der schon im Alterum geübten, aber wieder in Vergessenheit geratenen Blutstillung durch Unterbindung der Blutgefäße und durch die Verbesserung der operativen Technik, z. B. der Amputationen, für die damalige Zeit große Verdienste erworben hat.

Die deutsche Chirurgie des 16. Jahrhunderts blieb immer noch weit hinter der vorzüglichen Entwicklung der italienischen und französischen Chirurgie zurück. Die nennenswertesten deutschen Schriften aus dieser Periode sind die 1497 erschienene Hauptwirkung der Wundärztekunst von Hieronymus Brunschwig, dann zwanzig Jahre später das Feldbuch der Wundärztekunst von Hans von Gersdorff und fünfzig Jahre später die Praxis der Wundärztekunst von Felix Würz (1518–1574), Wundarzt in Basel.

Auch im 17. Jahrhundert behielten die französischen Chirur-

gen noch die Führerschaft, dann aber treten die englischen Chirurgen immer mehr in den Vordergrund, besonders seit Darß sich durch die Entdeckung des Blutkreislaufs einen großen Namen gemacht hatte. Außer den italienischen und englischen Chirurgen verdienen sodann besonders die holländischen Chirurgen hervorgehoben zu werden. Unter den deutschen Chirurgen treten besonders Fabri aus Hilden (Fabricius Hildanus), Schultes (Sculptetus) und der Regimentschirurg des Großen Kurfürsten Gottfried Burmann (1648–1711) rühmlich hervor. Aber im allgemeinen bleiben die Fortschritte der Chirurgie im 17. Jahrhundert nur gering. Zumindest noch ist es die Trennung der Medizin und Chirurgie und besonders die Trennung des ärztlichen Standes in zwei nach ihrem Bildungsangebot so verschiedene Klassen, welche in den meisten Ländern, am wenigsten vielleicht in Italien, fortbesteht und den wissenschaftlichen Auswirkungen der Chirurgie lädt. Es fehlt an tüchtigen chirurgischen Lehrkräften auf den Universitäten. Zumindest noch halten es besonders in Deutschland und Frankreich die promovierten, auf den Universitäten gebildeten Aerzte für schmäglich, für unwürdig, sich mit Chirurgie zu befassen, die Chirurgie bleibt im wesentlichen in den Händen junftmäßiger Barbiere und unverzichtbarer privilegierter Spezialisten.

(Schluß folgt.)

Kunstchronik.

Altes Theater (Tau send und eine Nacht). — Eines muß man der Gattung Operette lassen: sie braucht vor nichts halt zu machen, und sie muß dieses Recht gehörig aus. Täglichkeiten kennt die Operette nicht; allmählich hat sie ein ganzes System ausgebildet, wie man jedem Stoff, wenn er nur etwas Zugkräftiges enthält, bekommen kann, mag er für die höherstehende Kunst auch denkbar widersprüchlich und geradezu unmöglich sein. Der Grund hierfür ist vor allem die grenzenlose Umgänglichkeit, mit der die Operette — eine so festgefügte Gattung wie kaum etwas in der Kunst — sich einen Stoff betrachtet und ihn dann nach ihren Gesetzen „bewältigt“. Es wird sich schon einmal ein geschickter, kurzweiliger Stoff daran machen müssen, die ganze Operette gerade von diesem Standpunkt aus zu betrachten, all ihre Mittel und Wege — denn von solchen kann man wirklich reden — zu untersuchen und in einer Darstellung offen darzulegen.

Es ist zwar kein gerade erhebendes Kapitel der Kunsts geschichte, aber ganz uninteressant ist die Sache sicher nicht, und Pendavis finden sich immerhin in der früheren italienischen und deutschen Oper. Der spritzige Punkt ist dabei immer, daß man, sobald wirklich echt operetttmäßig, also geschnellig verfahren wird — leider gibt es gerade heute vieles, immer im Sinne der Operette, wirklich dilettantenhafte — der ganzen Behandlung nicht einmal hört wird, denn die Operette hat nun einmal ihr System, dem sich selbst die komplizierten Stoffe mit einer gewissen Eleganz fügen. Operetten wie Garelli oder Vaccaio, die berühmte gesellschaftliche Personen behandeln, sind hier am charakteristischsten. Es stimmt auch kaum ein Zug in der ganzen Behandlung zu der Wirklichkeit, aber dennoch, man kann den Operetten nicht eigentlich böse sein, und zwar eben deshalb, weil sie mit einer Art Rabiat, mit Umgänglichkeit alles von sich aus betrachten und den Stoff danach formen. Davon abgesehen, haben Operetten, die in ihrer eigenständlichen Freiheit nach bedeutenden Stoffen greifen, immerhin das Gute, daß man, wenn auch auf Umwegen, an das Original denkt, auf Umwegen, denn direkt kommt es einem ja weiter gar nicht in den Sinn, da alles in Operettenbeleuchtung geschenkt ist. Wenn deshalb bei den bearbeiteten Operetten: Tau send und eine Nacht jemand wieder an das Original denkt und sich dieses unsterbliche Buch zur Hand nimmt, so ist damit immerhin etwas erreicht; lief er darin, so denkt er kaum an die Operette mit ihren ganz unmöglich Harmonienverhältnissen, die eben deshalb, weil sie ganz unmöglich sind, nichts verbergen. Sie bieten eigentlich keine Klaratur, weil sie eben etwas ganz andres sind.

Das in der Rolle der Walli auf Engagement gestellte Del. Emmy hört vom Dresden Theater nahm durch das elegante, lebendige Spiel unbedingt für sich ein; leider sind die künstlerischen Qualitäten ziemlich gering, so daß man, da es sich für unser Theater um eine erste Sängerin handelt, von einem Engagement wird abschätzen müssen. Die Stimme bewirkt sich freilich im Laufe des Abends etwas; jedenfalls wäre ein zweites Gastspiel in einer etwas anspruchsvolleren gesanglichen Partie absolut notwendig. Ganz ohne den notwendigen Humor spielt die mit einem mächtigen Organ versehene Frau Ida Katharina vom Dresden Neidengtheater, die Del. Buse vertont. Sonst verdient aufdringliches Lob Frau Knuth, die, gestern gefangenlich sehr glücklich disponiert, die Partie der Scherzfrau recht poetisch durchführte.

Russische Malerei. Von den redenden Künsten Russlands, von der Musik und Dichtung der Russen, hat das westliche Europa in den letzten Jahrzehnten viel erfahren, von den bildenden Künsten aber, von Malerei und Bildhauer der Russen, wissen wir wenig. Will man Erklärungen dieser Tatsache suchen, so stellen sich wohl eine Menge Erwagungen und Gedanken ein, aber alle zusammen bleiben der seltsamen Tatsache gegenüber ziemlich ungelänglich. Zunächst weiß man, daß so groß das russische Volk und die russische Natur ist, vom Norden bis zum Süden nur der Kopf, das nordwestliche europäische Russland, eine bewußte Kultur mit Kunstmuseum hat, und daß diese wiederum nur in wenigen großen Städten zentralisiert und völlig in ausländerischer Schule erworben ist. Dann fällt uns weiter der grundlegende Unterschied der Ausdrucksmittel zwischen bildenden und redenden Künsten ein, zwischen Wort und Ton, mit denen die redenden Künste arbeiten, und Stein, Metall und Farbe, den Mitteln der bildenden Künste. Die Nutzung von Wort und Ton ist einem Volke schon vor der Kunstabnutzung natürlich, hat daher das Gepräge der Volksseele, d. h. eine Eigenart, die keine ausländische Schule vernichten kann. Die Technik der Kunstabnutzung am Stein, Metall oder mit den Farben ist aber nur in einem Volke innerlich lebendig, das aus glücklichen Entwicklungsgesetzen eine eigene Kultur gewann, und diese fehlt Russland. Daher erscheinen und die neuen russischen Künstler, die wir vereinzelt auf dem westeuropäischen Kunstmärkte treffen und bewundern, ein Somoff oder Troubetskoi, z. B. völlig losgelöst von dem, was wir doch aus Musik und Literatur der Russen kennen und Slawentum, russische Natur nennen. Die hohe technische Vollendung, die die Arbeiten jener erreicht haben, hat sie ganz herübergezogen in unsre seelische und künstlerische westeuropäische Dekadenz. Man kann an diesen modernen Russen nur noch eine Nuance des Temporamenis unterscheiden: in höchster Lebensverfeinerung ihres Gefühls und künstlerischer Ausdrucks ist noch etwas Drängendes, oft Schmerzliches oder Dürstes lebendig. Dann ist vor allem noch an die Existenzbedingungen zu denken, die solch ein nicht mehr in seiner Volksbarbarei holden Künstler in Russland finden kann. In den paar Hauptstädten im russischen Nordwesten — kaum noch am Schwarzen Meer — ist in den exklusiven Gesellschaftskreisen allerdings die ganze westeuropäische Volkskultur in Blüte, ja noch viel üppiger, temperamentvoller, glänzender als selbst in Paris; die Gesellschaftsaison des leichten blutigen Winters ist ein Toben des Vergnügens und verschwenderischer Verstreunungen gewesen. Natürlich ist da auch moderne Volkskunst „Mode“, aber deswegen keine Existenzgrundlage für Künstler, die mit ihrem Schaffen meistens überhaupt nicht mehr in diesem Staate der Freiheit, Beamten- und Kriegerzumut und der Lebensgefahr für jeden freien

Lebenbleiben wollen oder können. Die beste jungrussische Kunst ist zur Zeit überhaupt nicht in Russland, sondern in München und vor allem in Paris, und zwar nicht um zu lernen, sondern um zu leben. Daher zerbröckelt natürlich der innere und auch der äußere Heimat Zusammenhang.

Wer es unternehmen will, um die junge russische Kunst vorzuführen, der müßte sie möglichst in westeuropäischen Kunstsälen ausspielen und sammeln, eine Aufgabe, die eines allerersten Kunsthalls würdig wäre und vielleicht neue tiefe Aufschlüsse über jungrussische bildende Kunst brächte. So wie Del Vecchio & un Stalon jetzt eine Russische Ausstellung veranstaltet, werden weder tiefer Interessen angeregt, noch wird auch nur ein besonders gearteter künstlerischer Geschmack geboten. Man hat sich nach verschiedenen westeuropäischen Großstädten eine Sammlung von Malereien bekannter russischer Namen von einer guten, vielleicht Petersburger Kunsthändler kaufen lassen lassen. Diese bestimmen — auch im Ausland selber angeschauten — Namen deuten aber nur eine für uns recht gültige Sammlung von Arbeiten, die wir größtenteils technisch veraltet, künstlerisch untermäßig und in den Bildgegenständen selten spezifisch russisch finden: westeuropäische Schule vor 20 bis 30 Jahren. Es kommt noch hinzu, daß Del Vecchio seine Wände einfach nach Formaten füllt, in drei Räumen vier Sachen eines der interessantesten Künstler verteilt, so daß ungleichwertige Durcheinander noch erhöht und durch gedankenlose Übernahme eines französischen Analogs Namen verwirrt, Repin statt Repin, Repin-Schoguine statt Repeschagin steht.

Ein Durchlaufen der Ausstellung genügt, um festzustellen, daß man in den gangbaren russischen Malerei reichlich 20 Jahre hinterher kommt, daß man dort doch neben derartiger Delmalerei eine sehr solide technisch echte Aquarellmalerei pflegt, in der etwas weichlicher Volkoff der bekannte Jagdmaler Chrenoff überlegen ist. Man mag einigen alten Meistern eine Reverenz machen, u. w. a. s. o. s. i. s. stürmische: Brandung bewundern, die ein schillernd durchsichtiges Farbenspiel in den Wogen, den tödlichen Felsrispen, ja an der blau-schwarzen Wetterwand des nahen Horizonts läßt, man mag Malovsy's Bauernkommunion in trefflicher Gruppierung, in dem freudigen Mot der Trachten zwischen dem fahlen Metallglanz des ärmlichen Kirchenschmucks gen studieren und an Wenzels Anfänge als Maler erinnert sein, man mag endlich bedauern, daß von den beiden Realisten Repin und Repeschagin nicht mehr zu sehen ist als Repins Danielopf, der auf eine rote Steigerung des Gewands gegen grünen Grund abzielt und technisch vollständig gelten mag, und Repeschagins intensive Winterszenenstudien. Das Bild dieses Meisters, der als Maler von Napoleons russischem Feldzug in auch in Leipzig bekannt ist: Überberg über den Balkan, ist ein echt russisches Kriegsbild. Grau vermummte, marschierende Infanterie in der hellen Kälte des verschneiten Gebirgszugs ist wie verloren und gefangen in der Einsamkeit, dem Angewirr des Bergwalds und dessen bläulichen Schatten auf den Schneebalden.

Das mag man alles anerkennen, und manchmal mag gefallen — warum soll es als eine „russische Ausstellung“ besonders erscheinen? In Provinzmuseen findet sich viel Gleichtöniges und Gleichtwertiges. Der aber, der sich nach russischen Malern hier umsieht, die technisch die Höhe französischer und deutscher Malerei erreichen und damit uns ein künstlerisches russisches Heimatgefühl mitteilen, der findet unter dem halben Hundert Namen nur drei oder vier, die ihn länger fesseln. So wird Archipoff's großes Gemälde, in impressionistischer Technik, stark und abgelaert in Natur- und Seelenstimmung, jede moderne westeuropäische Ausstellung schmücken; es stellt im dicht verwuldeten schattengrünen Aischhof einige Bauern, alte Holzkreuze und die grauen Säulen des Kirchportals hin; der Sonntagmorgen vor der Messzeit ist in feinsten Natürlichkeit und Feierstimmung gefühlt und gemalt. Auch Repetitschikoff, der Triibners breitfarbige schwierige Technik erreicht, wenn er weich und süß den Herbst malt, der aber auch volle, sprühend leuchtende Farben für sonnige Küste hat, ist überausend und fesselnd. Die Malerei dieser beiden ist jedoch kulturell betrachtet, völlig westeuropäisch künstlerisch. Anders Germschhoff, der seine: Ansicht des Kreml und das Mühlhäuser am Wintertag als farbige Einheiten vieler eigenartig weicher stumpfer Töne gibt und damit eine bannende Muße der farbigen Fläche erreicht, aus der die Dinge stumm und langsam hervortreten. Endlich schenkt er auch russische Volkskunst und Landschaftskunst in den Bildern von Maravoff. Doch erinnert uns diese Malerei selber feinster, klarbündiger Farben- und Linienimpressionen so sehr an den finnischen Maler Edelfelt, der in Paris seine unvergleichlichen Erfolge erzielte und erlebt, daß wir auch diese Malerei nicht als russisch, sondern als finnisch, gereift in der Pariser malerischen Kultur, betrachten müssen. Dr. S.

Neues Theater. Freitag: Messalina, große Oper in 4 Akten, Musik von J. de Lava (Erstaufführung). Sonnabend: Der Dieb. Sonntag: Messalina. Montag: Mietze und Maria. — **Altes Theater.** Freitag: Jugend (halbe Preise). Sonnabend: Ein Wolkertraum. Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr: Der blaue Club (Vorstellung für den Buchhandlungsgesellverein), abends 1/2 Uhr: Mietze und Maria, Komödie in 4 Akten von Georg Hirschfeld (Erstaufführung). Montag: Die lustige Witwe.

Als nächste Schauspielwoche wird für den 8. Oktober (Formationstest) im Neuen Theater Ernst von Wilbenbruch's vierstötiges Drama Die Rabensteinlerin vorbereitet.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts anderes angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater um 1/2 Uhr. Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Freitag, Sonnabend: Rassles. Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr: Wohlthätige Frauen (Vorstellung für den Gewerbeverein H.-D.), abends 1/2 Uhr: Rassles. — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomaskirchhof). Freitag: Der Bettelstudent. Sonnabend: Der Bettelstudent. Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr: Traum ein Leben (Vorstellung für den Verein Gutenberg), abends 8 Uhr: Der Bettelstudent.

Konzerte. Morgen, Freitag, im Kaufhaus: Liederabend Dr. Ludwig Wüllner's. Der Künstler wird in diesem Jahre nur diesen einen Liederabend veranstalten. Karten zu 2, 3 und 4 Mk. bei G. A. Klemm und Franz Jost. Die Karten zu 1 und 1,50 Mk. sind bereits vergriffen.

In der Bibliothek der Osnabrücker Loge zum Goldenen Rabe, der einst Albert Dorring angehörte, fand man die Noten und Texte zu acht bisher völlig unbekannten Liedern Dorring's, durchweg freimaurerischen Charakters.

Eingelaufene Schriften.

Dr. W. Borgius, Die Welt sprachen bewegung vor dem Forum sachverständiger Kritik. Berlin W. 35, Verlagsbuchhandlung von Hans Th. Hoffmann. Preis 80 Pfg.

Briefe von Goethes Mutter. Ausgewählt und eingeleitet von Albert Höster. Leipzig, Inselverlag. Preis gebunden 2 Mk.

Wissenschaft und Bildung. Einzeldarstellungen aus allen Gebieten des Wissens. Herausgegeben von Privatdozent Dr. Paul Herre. Leipzig, Verlag von Quelle u. Meyer. Preis des Bandchens gebunden 1,25 Mk. — Nr. 15: Dr. Hugo Winkel, Die babylonische Geisteswelt in ihren Beziehungen zur Kulturtentwicklung der Menschheit. — Nr. 10: Dr. B. Schuster, Das Herrensystem und die Schädlichkeiten des täglichen Lebens. — Nr. 21: Dr. H. Tillmanns, Die moderne Chirurgie für gebildete Leute.